

# RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

## Statistische Monatshefte

1984

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

**August**

September

Oktober

November

Dezember

## INHALT

<b>Kommunalwahlen 1984</b>	169	Wahlbeteiligung, Stimmen- und Sitzverteilung werden für die Gemeinde- und Stadtratswahlen, die Verbandsgemeinderatswahlen, die Kreistagswahlen und die Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz dargestellt.
<b>Ausbildungsplätze im Mai 1984 — Angebot und Nachfrage</b>	181	Für das Ausbildungsjahr 1984/85 ist in Rheinland-Pfalz ein globales Ausbildungsplatzdefizit von 1 600 Ausbildungsplätzen zu erwarten. Ende September 1983 hatte das Ausbildungsplatzdefizit bei 2 000 gelegen. Damals konnten nachträglich noch zahlreiche Jugendliche untergebracht werden.
<b>Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftsentwicklung</b>	185	Die demographische Struktur der Bevölkerung kann über das Angebot an Erwerbspersonen auch die Wirtschaftsentwicklung beeinflussen.
<b>Behinderte</b>	190	Die Zahl der Behinderten zeigt eine steigende Tendenz. Ende 1983 war etwa jeder zehnte Rheinland-Pfälzer als Behinderter anerkannt.
<b>Ernteaussichten für 1984</b>	195	Nach dem Stand von Ende Juli wird für die wichtigen Kulturpflanzen auf Grund des Witterungsverlaufs, von verschiedenen Wachstumsbeurteilungen und von Ertragsvorhersagen eine Übersicht über die diesjährigen Ernteaussichten gegeben.
<b>Anhang</b>	57*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	63*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes



### **Die Kommunalwahlen am 17. Juni 1984**

Am 17. Juni 1984 hatten die Wähler über die Zusammensetzung der 2 303 Gemeinde- und Stadträte, 163 Verbandsgemeinderäte, 24 Kreistage und des Bezirkstages des Bezirksverbandes Pfalz zu entscheiden. Dabei galt — mit Ausnahme der 1 222 kleineren Gemeinden, in denen Mehrheitswahl stattfand, und der Bezirkstagswahl — erstmals ein neues Kommunalwahlrecht. Der Wähler konnte neben der Kennzeichnung des Wahlvorschlages einer Partei oder Wählergruppe bis zu sechs Personenstimmen für Bewerber des von ihm gewählten Wahlvorschlages abgeben. Diese Möglichkeit nutzten bei der Kreistagswahl nahezu 51%, bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte rund 60%, den Verbandsgemeinderatswahlen fast 62% und bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen der kreisangehörigen Gemeinden sogar mehr als 71% der Wähler.

Die Wahlbeteiligung betrug in den kreisfreien Städten 69,2%, bei der Gemeinderatswahl der kreisangehörigen Gemeinden 79%, der Kreistagswahl 78,9% und der Verbandsgemeinderatswahl 80,5%.

Die Zusammenfassung der Stadtratswahlen der zwölf kreisfreien Städte und der Kreistagswahlen der 24 Landkreise ergibt für die CDU einen Anteil von 45,4% der gültigen Stimmen, das waren 2,1 Prozentpunkte weniger als 1979. Nach einem gleich starken Rückgang verzeichnet die SPD 40,1% der Stimmen. Die F.D.P. verlor 1,9 Prozentpunkte und erzielte einen Anteil von 5%. Die erstmals bei einer Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz kandidierenden Grünen konnten 5,4% der gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Wählergruppen haben landesweit einen Anteil von 3,9% gegenüber 3,1% 1979.

In jeweils vier Stadträten der kreisfreien Städte erzielte die SPD die absolute bzw. relative Mehrheit. Für die CDU gilt das in einer bzw. in drei Städten. Die in zehn Städten angetretene F.D.P. ist in fünf Stadträten vertreten. Die Grünen zogen in allen zehn Städten, in denen sie kandidiert hatten, in den Rat ein. Wählergruppen stellten sich in acht Städten zur Wahl und scheiterten in Kaiserslautern an der 5%-Klausel.

Die CDU erreichte in 13 Kreistagen die absolute und in drei Kreistagen eine relative Mehrheit. In fünf bzw. zwei Kreisen gab es absolute bzw. relative Mehrheiten der SPD. Die F.D.P. kandidierte in allen Kreisen und wurde in 13 Kreistage gewählt. In 21 Kreisen stellten sich die Grünen zur Wahl und erhielten nur im Rhein-Lahn-Kreis weniger als 5% der Stimmen. Wählergruppen sind in zehn Kreistagen vertreten.

In den Verbandsgemeinderäten gab es 73 absolute und 16 relative Mehrheiten der CDU sowie jeweils 30 absolute bzw. relative Mehrheiten der SPD. Gleiche Sitzzahlen haben beide Parteien in zwölf Ver-

bandsgemeinderäten. In einer Verbandsgemeinde stellt eine Wählergruppe die stärkste Fraktion.

Im Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz haben SPD und CDU 14 bzw. 13 Mandate. Die Grünen erhielten zwei Sitze, welche die F.D.P. abgeben mußte. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 169

### **Ausbildungsplatzsituation bleibt angespannt**

Im Mai jeden Jahres führt das Statistische Landesamt im Auftrag der Landesregierung zwei Erhebungen durch, mit denen die voraussichtliche Ausbildungsplatzsituation ermittelt wird. Zur Feststellung der Nachfrage werden die Schulabgänger nach ihren Ausbildungsabsichten gefragt. Zur Ermittlung des Angebots wird unter Mitwirkung der Kammern bei den Betrieben gefragt, wieviele Auszubildende neu eingestellt werden sollen.

Nach der Schülerbefragung vom Mai 1984 streben in Rheinland-Pfalz 42 300 Jugendliche aus dem Entlaßjahrgang 1984 eine Ausbildung im dualen System an. Dazu kommen nach den bisherigen Erfahrungen etwa 2 100 Lehrstellenbewerber aus früheren Schulentlaßjahrgängen, so daß für 1984 mit insgesamt 44 400 Lehrstellenbewerbern gegenüber 45 000 im Jahre 1983 zu rechnen ist (– 1,4%). Obwohl die Zahl der Entlaßschüler aus den befragten Schulen in diesem Jahr gegenüber 1983 bereits um 3 300 abgenommen hat, reduzierte sich in der gleichen Zeit die Ausbildungsplatznachfrage lediglich um 600. Dies ist darauf zurückzuführen, daß der Anteil der Schulabgänger, die anschließend eine Ausbildung im dualen System anstreben, nochmals zugenommen hat.

Aufgrund der hochgerechneten Ergebnisse der Betriebsbefragung sind für das Ausbildungsjahr 1984/85 rund 42 800 Ausbildungsplätze zu erwarten. Damit würde das tatsächliche Ausbildungsplatzangebot aus dem Vorjahr (43 000) etwa wieder erreicht (– 0,4%). Dies ist um so höher zu bewerten, als die Zahl der Ausbildungsplätze im Jahre 1983 gegenüber 1982 nochmals um 7,5% erhöht worden war.

Für das kommende Ausbildungsjahr ist demnach mit einem globalen Ausbildungsplatzdefizit von 1 600 zu rechnen. Am 30. September 1983 hatte das Ausbildungsplatzdefizit bei 2 000 gelegen, wobei jedoch nachträglich noch zahlreiche Jugendliche untergebracht werden konnten. Von den rheinland-pfälzischen Arbeitsämtern wurden Ende März 1984 nur noch 557 unversorgte Bewerber aus dem Jahre 1983 registriert.

Als Fazit aus der Schüler- und Betriebsbefragung vom Mai 1984 läßt sich feststellen, daß die Ausbildungsplatzsituation angespannt bleibt. Es bedarf noch großer Anstrengungen, um allen Schulabgängern einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen zu können. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 181



### **Über 109 000 Auszubildende in Rheinland-Pfalz**

Im Jahre 1983 gab es in Rheinland-Pfalz 109 177 Auszubildende. Das sind 1 852 oder 1,7% mehr als 1982. Der Anteil der Mädchen an der Gesamtzahl der Auszubildenden liegt wie im Vorjahr bei knapp 38%.

Die meisten Ausbildungsverhältnisse wurden mit 43% in Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe) und mit 42% im Handwerk registriert. 7,1% der Ausbildungsverhältnisse bestanden bei den freien Berufen, 3,6% in der Landwirtschaft, 3% im öffentlichen Dienst und 0,9% in der städtischen Hauswirtschaft. Große Anteile haben die Mädchen in der städtischen Hauswirtschaft mit 100% und in den freien Berufen mit 96%, geringere Anteile im Handwerk mit 22% und der Landwirtschaft mit 24%. Im öffentlichen Dienst sind die Mädchen mit 36% und in Industrie und Handel mit 43% vertreten.

Mit 43 712 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (einschließlich Anschlußverträge in Stufenausbildung) wurde 1983 eine neue Höchstzahl erreicht. Gegenüber dem Vorjahr konnten 2 717 Jugendliche (+ 6,6%) mehr eine betriebliche Ausbildung beginnen. Die Zahl der Neuabschlüsse wurde gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 1980 um 1 985 übertroffen. we

### **Tiefgreifende Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung**

Zwei Kriege und die Weltwirtschaftskrise haben zu erheblichen Ausfällen bei den Geburten und der Besetzung bestimmter Altersjahrgänge geführt. Die daraus resultierende, für die deutsche Bevölkerung typische Altersgliederung prägt in entscheidendem Maße die Entwicklung der zukünftigen Altersstruktur. So werden in den kommenden Jahren teilweise einschneidende Veränderungen eintreten. Hiervon ausgehend sind – beispielsweise über das Konsumverhalten oder das Arbeitskräfteangebot – vielfältige Einflüsse auf die Wirtschaftsentwicklung zu erwarten.

Besonderes Augenmerk ist in Zukunft solchen Altersgruppen zu widmen, die in das Schul- oder Studienalter hineinwachsen. Die auffälligste Entwicklung wird dabei die Gruppe der 16- bis 19jährigen treffen. So wird die Anzahl der Personen dieses Alters in Rheinland-Pfalz von 196 000 im Jahre 1982 bis 1993 um 91 000 auf nicht einmal 54% des Ausgangswertes fallen. In der Altersgruppe der 19- bis 25-jährigen, der der größte Teil der Studenten zuzurechnen ist, wird bis 1986 zunächst ein Anstieg um gut 10% gegenüber 1982 erwartet. Daran wird sich jedoch eine erhebliche Reduzierung anschließen. So ist 1997 nur noch mit 235 000 Personen in dieser Altersklasse zu rechnen. Das sind 42% weniger als 1986. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 185

### **Zahl der Behinderten um ein Fünftel gestiegen**

Ende 1983 lebten in Rheinland-Pfalz über 378 000 anerkannte Behinderte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 30%. Damit hat sich ihre Zahl gegenüber 1981 um rund 60 000 oder fast ein Fünftel erhöht.

Nahezu zwei Drittel der behinderten Personen waren über 55 Jahre, knapp die Hälfte über 60 Jahre alt. Von der Gesamtzahl der behinderten Menschen waren 57,5% Männer. Auf 1 000 Einwohner kamen 1983 insgesamt 104 Behinderte, bei den Männern 125, bei den Frauen 85.

Die Zahl der nichtdeutschen Behinderten stieg gegenüber 1981 zwar überdurchschnittlich um 36% auf insgesamt 4 900 an, ihr Anteil an allen Behinderten beträgt jedoch nur 1,3%, bei einem Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung von 4,8%.

Gut vier Fünftel aller Behinderten gelten als Schwerbehinderte, bei denen sich die Minderung der Erwerbsfähigkeit auf mindestens 50% beläuft. Häufigste Behinderungsart ist die Beeinträchtigung der Funktion innerer Organe und hier insbesondere des Herz-Kreislaufsystems. Hiervon sind 36% aller Behinderten betroffen.

Unter den Verwaltungsbezirken weist die Stadt Koblenz die höchste Behindertenquote auf. Dort sind unter 1 000 Einwohnern 158 Behinderte. Auch die Städte Trier (147), Landau, Pirmasens (je 133) und Mainz (129) verzeichnen überdurchschnittliche Quoten. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 190

### **790 Mill. DM für Sozialhilfe**

Die aufgrund des Bundessozialhilfegesetzes geleisteten Sozialhilfeausgaben erreichten im Jahre 1983 in Rheinland-Pfalz 790 Mill. DM. Dieser Betrag liegt um 100 Mill. DM oder 14,5% höher als im Vorjahr. Die hohe Steigerung ergibt sich daraus, daß die pauschalisierte Eingliederungshilfe für Sonderkindergärten, Tagespflegestätten und Werkstätten für Behinderte ab 1983 in die Statistik einbezogen wurde. Bisher wurde sie nur nachrichtlich angegeben.

Die Sozialhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen erhöhten sich um 8% auf 284 Mill. DM, die Hilfen in Einrichtungen betrugen 506 Mill. DM (+ 19%). 532 Mill. DM oder rund zwei Drittel der Gesamtausgaben machte die Hilfe in besonderen Lebenslagen aus, 258 Mill. DM die Hilfe zum Lebensunterhalt. Größter Einzelposten im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen war die Hilfe zur Pflege. Sie erhöhte sich um 4% auf 289 Mill. DM, das sind 37% des gesamten Sozialhilfeaufwandes.

Die Einnahmen der Sozialhilfe wie Kostenbeiträge, Ersatzleistungen und Darlehensrückzahlungen erbrachten 180 Mill. DM (+ 5,8%). Das sind 23% der gezahlten Sozialhilfe. he



### Die Kommunalwahlen am 17. Juni 1984

Am 17. Juni 1984 fanden in Rheinland-Pfalz gleichzeitig mit der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament die Kommunalwahlen statt.

Gesetzliche Grundlage für die Durchführung der Kommunalwahlen war das Landesgesetz über die Wahlen zu den kommunalen Vertretungsorganen (Kommunalwahlgesetz – KWG –) in der Fassung vom 7. September 1982 (GVBl. S. 369) sowie die Landesverordnung zur Durchführung des Kommunalwahlgesetzes (Kommunalwahlordnung – KWO –) vom 11. Oktober 1983 (GVBl. S. 247). Um das landesrechtlich geregelte Kommunalwahlrecht dem Europawahlrecht als dem höherrangigen Bundesrecht anzupassen, hat der Minister des Innern und für Sport am 31. Januar 1984 eine Landesverordnung über die gleichzeitige Durchführung der Kommunalwahlen mit der Europawahl am 17. Juni 1984 (GVBl. S. 18) erlassen.

Der folgende Aufsatz enthält die Ergebnisse der Wahlen zu den kommunalen Vertretungsorganen. Bei den Zahlen von 1979 handelt es sich immer um die Ergebnisse der Kommunalwahlen am 10. Juni 1979, das heißt Nachwahlen sind nicht berücksichtigt. In einem späteren Beitrag werden die Auswirkungen des neuen Wahlsystems auf die Zusammensetzung der Gemeinderäte, Stadträte, Verbandsgemeinderäte und Kreistage behandelt.

#### Erstmals mit Personenwahl verbundene Listenwahl

Bei den Kommunalwahlen 1984 galt in Rheinland-Pfalz erstmals ein neues Wahlrecht, das den Bürgern zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Zusammensetzung der kommunalen Vertretungskörperschaften bot. Sieht man von den Fällen der reinen Mehrheitswahl ab, die stattfindet, wenn kein oder nur ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht wurde, dann wurden die Ratsmitglieder der Gemeinderäte, Stadträte, Verbandsgemeinderäte und Kreistage nach den Grundsätzen einer mit Personenwahl verbundenen Listenwahl gewählt.

Bei dem neuen Wahlsystem hat der Wähler eine Listenstimme zur Kennzeichnung des Wahlvorschlages der Partei oder Wählergruppe, die er wählen will, und sechs Personenstimmen zur Kennzeichnung von Bewerbern des von ihm gewählten Wahlvorschlages, die er bei der Zuteilung der Sitze begünstigen will. Er kann bis zu sechs Bewerber kennzeichnen; er kann auch kumulieren, indem er einem Bewerber bis zu drei Stimmen gibt.

Die Sitze werden auf die Parteien und Wählergruppen im Verhältnis der auf sie entfallenen Listenstimmen nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. Wahlvorschläge, auf die weniger als 5% der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen entfallen, bleiben dabei unberücksichtigt.

Landesergebnisse der Kommunalwahlen 1984

Berichtsmerkmal	Wahlen zu den Gemeinde-/Stadträten <sup>1)</sup>				Wahlen zu den Kreistagen		Wahlen zu den Verbands-gemeinderäten <sup>2)</sup>		Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz	
	insgesamt		kreisfreie Städte							
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	2 816 614		737 918		2 089 496		1 628 043		1 007 657	
Wähler	2 151 823	76,4	510 503	69,2	1 648 013	78,9	1 310 768	80,5	768 967	76,3
Ungültige Stimmen	77 373	3,6	17 292	3,4	70 636	4,3	56 883	4,3	20 186	2,6
Gültige Stimmen	2 074 450	96,4	493 211	96,6	1 577 377	95,7	1 253 885	95,7	748 781	97,4
CDU	697 274	33,6	200 426	40,6	740 108	46,9	571 735	45,6	318 086	42,5
SPD	687 014	33,1	224 002	45,4	606 493	38,4	475 259	37,9	322 647	43,1
F.D.P.	63 129	3,0	19 980	4,1	84 036	5,3	57 878	4,6	33 698	4,5
Grüne	49 680	2,4	31 060	6,3	80 768	5,1	14 550	1,2	50 199	6,7
DKP	2 663	0,1	1 018	0,2	1 174	0,1	696	0,1	-	-
EAP	157	0,0	157	0,0	-	-	-	-	-	-
DS	43	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Wählergruppen	320 718	15,5	16 568	3,4	64 798	4,1	133 767	10,7	24 151	3,2
Mehrheitswahl	253 772	12,2	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Ohne das Ergebnis der auf den 9.9.1984 verschobenen Wahl zum Stadtrat der Stadt Sobernheim. – 2) Ohne das Ergebnis der auf den 16.9.1984 verschobenen Wahl zum Verbandsgemeinderat der VG Hillesheim.



Gebiet	Gültige Stimmen		CDU		SPD		F.D.P.		Grüne		Wählergruppen	
	UL	VL	UL	VL	UL	VL	UL	VL	UL	VL	UL	VL
Stadtratswahlen												
der kreisfreien Städte	40,2	59,8	39,6	60,4	39,2	60,8	41,0	59,0	53,8	46,2	33,1	66,9
Kreistagswahlen	49,4	50,6	49,2	50,8	49,3	50,7	48,5	51,5	58,3	41,7	41,4	58,6
Verbandsgemeinderatswahlen	38,5	61,5	38,6	61,4	40,8	59,2	36,7	63,3	48,5	51,5	29,7	70,3
Gemeinderatswahlen (ohne kreisfreie Städte)	28,3	71,7	29,2	70,8	32,5	67,5	29,1	70,9	45,9	54,1	19,3	80,7

Bei der Verteilung der Sitze auf die Bewerber spielt das Ergebnis der Personenwahl eine Rolle. Die auf einen Wahlvorschlag entfallenen Sitze werden im Verhältnis der Zahl der Wähler, die den Wahlvorschlag unverändert angenommen haben, und der Zahl der Wähler, die Personenstimmen vergeben haben, also den Wahlvorschlag verändert haben, aufgeteilt. Die den Stimmabgaben mit veränderter Liste zugeteilten Sitze werden in der Reihenfolge der auf die einzelnen Bewerber entfallenen Personenstimmen zuerst besetzt. Die anderen Sitze werden aus dem Wahlvorschlag (unveränderte Liste) in der Reihenfolge der darin aufgeführten Bewerber besetzt.<sup>1)</sup>

#### Reine Mehrheitswahl in 1 222 Gemeinden

Findet Mehrheitswahl statt, so kann der Wähler bis doppelt soviel wählbare Personen eintragen wie Ratsmitglieder zu wählen sind. Die Bewerber sind in der Reihenfolge der für sie abgegebenen Stimmen gewählt. Da die Zahl der eingereichten Wahlvorschläge von der Größe des Wahlgebiets abhängt, wurde nur in kleineren Gemeinden nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl über die Zusammensetzung des Ortsgemeinderats abgestimmt. Das war aber immerhin in 1 222 oder 53% der Gemeinden des Landes der Fall.

#### Bezirkstagswahl nach altem Recht

Keine Anwendung fand das neue Wahlrecht bei der Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz. Sie wurde nach altem Recht als eine Verhältniswahl mit starren Listen durchgeführt. Bei der Bezirkstagswahl hat der Wähler eine Stimme zur Kennzeichnung des Wahlvorschlags einer Partei oder Wählergruppe. Die 29 Sitze werden auf die Wahlvorschläge im Verhältnis der auf sie entfallenen Stimmen nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. Die einer Partei oder Wählergruppe zugeteilten Sitze werden an die Bewerber in der Reihenfolge, wie sie im Wahlvorschlag aufgestellt sind, vergeben.

#### Neues Wahlrecht vom Wähler angenommen

Die Möglichkeit, durch die Vergabe von Personenstimmen einzelne Bewerber einer Partei oder Wählergruppe zu unterstützen, wurde von den Wählern in hohem Maße genutzt. So machten bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte rund 60% und bei den Kreistagswahlen nahezu 51% der Wähler von der Möglichkeit Gebrauch, die vorgegebenen Listen zu

ändern. Bei den Verbandsgemeinderatswahlen vergaben fast 62%, bei den Gemeinderatswahlen in den kreisangehörigen Gemeinden sogar mehr als 71% der Wähler Personenstimmen.

Während der Anteil der Stimmzettel mit veränderter Liste bei CDU, SPD und F.D.P. etwa diesen Landesdurchschnittswerten entsprach, wurden für die Grünen wesentlich weniger Stimmabgaben mit veränderter Liste registriert. Bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und den Kreistagswahlen vergab die überwiegende Mehrheit der Wähler der Grünen keine Personenstimmen. Der Anteil der veränderten Listen lag hier ebenso wie bei den Verbandsgemeinderatswahlen um 10 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt. Die Wählergruppen dagegen verzeichneten einen weit überdurchschnittlichen Anteil von Stimmabgaben für einzelne Bewerber ihres Wahlvorschlags. Am deutlichsten wird dies bei den Gemeinderatswahlen in den kreisangehörigen Gemeinden, wo der Anteil der veränderten Listen mehr als 80% betrug.

#### Fast 30 000 Mandate zu vergeben, rund 4 400 Wahlvorschläge

Die Wähler hatten über die Zusammensetzung der 2 303 Gemeinde- und Stadträte, 163 Verbandsgemeinderäte, 24 Kreistage und des Bezirkstages des Bezirksverbandes Pfalz zu entscheiden.

Von den 23 931 zu wählenden Ratsmitgliedern der Städte und Gemeinden wurde gut ein Drittel (35,6%) durch Mehrheitswahl ermittelt. Mehrheitswahl findet vor allem in kleineren Gemeinden statt. So wurde in 71,6% der Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt, in den Gemeinden mit weniger als 300 Einwohnern sogar in 95% der Fälle. Der Anteil der Gemeinden mit Mehrheitswahl ist 1984 gegenüber den letzten Wahlen im Jahre 1979 von 51,4 auf 53,1% angestiegen und liegt damit sogar noch höher als bei den Kommunalwahlen 1974 (52,1%).

In den 1 081 Gemeinden und Städten mit Verhältniswahl waren insgesamt 3 667 Wahlvorschläge zugelassen, 118 weniger als 1979. Mit 1 690 wurde fast die Hälfte (46,1%) von Wählergruppen eingereicht, 823 von der CDU, 859 von der SPD, 222 von der F.D.P. und 61 von den erstmals bei Kommunalwahlen auftretenden Grünen. Gegenüber 1979 nahm die Zahl der von CDU und SPD eingereichten Wahlvorschläge um 13 bzw. acht geringfügig zu, während Wahlvorschläge der F.D.P. um 30 und der Wählergruppen um 167 zurückgingen. CDU und SPD bewarben sich

<sup>1)</sup> Vgl. M. Unglaub: Das neue Kommunalwahlrecht in Rheinland-Pfalz. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 35, Heft 7, September 1982.



### **56 Mill. DM für die Kriegsofferfürsorge**

Für die Kriegsofferfürsorge wurden im Jahre 1983 in Rheinland-Pfalz 56 Mill. DM ausgegeben. Dies bedeutet gegenüber 1982 einen Rückgang um 10,8 Mill. DM oder 16,2%, der allerdings zum Teil verrechnungstechnisch bedingt ist. Von den Gesamtausgaben wurden 98% als Beihilfen, der Rest als Darlehen gewährt. 35,6 Mill. DM, das sind 64% der Gesamtausgaben, wurden für die Hilfen in besonderen Lebenslagen nach Paragraph 27 d des Bundesversorgungsgesetzes gewährt.

Dem Aufwand der Kriegsofferfürsorge standen insgesamt 12,5 Mill. DM Einnahmen gegenüber. Sie deckten die Ausgaben zu 22%.

Die Anzahl der Empfänger von laufenden Leistungen der Kriegsofferfürsorge verringerte sich 1983 um 22% auf 6 955 Personen. Auch die Zahl der Empfänger einmaliger Leistungen (Fälle) ging um 19% auf 9 099 zurück. ki

### **Virushepatitis stark rückläufig**

1983 wurden von den rheinland-pfälzischen Gesundheitsämtern 3 550 Fälle von Enteritis infectiosa (übertragbare Dünndarmentzündung) registriert, das sind 47 Fälle oder 1,3% mehr als 1982. Die Zahl der durch Salmonellen bewirkten Enteritisfälle verminderte sich um 359 Fälle oder 13% auf 2 392. Dagegen ist bei den übrigen Formen ein Anstieg von mehr als 50% auf 1 160 Fälle zu verzeichnen, der allerdings zum überwiegenden Teil darauf zurückzuführen ist, daß in das Untersuchungsprogramm die Diagnostizierung von weiteren Virenarten aufgenommen wurde.

Zurückgegangen ist die Zahl der an Virushepatitis Erkrankten. 636 Fälle wurden bekannt, das sind fast 20% weniger als 1982. vo

### **Benzin und Kartoffeln wieder billiger Verbraucherpreise im Juli**

Die Heizölpreise, die im Juni noch angestiegen waren, gingen im Juli leicht zurück. So kosteten in Rheinland-Pfalz 100 Liter Heizöl durchschnittlich 72,80 DM. Das sind 1,9% weniger als im Juni, aber 5,4% mehr als vor einem Jahr. Benzin wurde sowohl im Vergleich zum Vormonat als auch zum Vorjahresmonat billiger angeboten, und zwar bis zu 2,3%. Der Preis für Dieselkraftstoff lag um 1,5% niedriger als im Monat zuvor, erhöhte sich aber gegenüber dem Vorjahr um 0,3%.

Kartoffeln und Ziebeln verbilligten sich zwar gegenüber dem Vormonat um 39 bzw. 27%, waren aber immer noch um 18% bzw. 37% teurer als vor einem Jahr. Für Kopfsalat (— 20%), Möhren (— 17%), Salatgurken (— 7%) und Tomaten (— 7%) wurde weniger als vor Jahresfrist bezahlt. Auch die Preise für Zitronen (— 16%) und Bananen (— 9%) gingen zurück. br



### **Mittlere bis gute Ernteaussichten, Wein leicht über Durchschnitt**

Niedrige Temperaturen und häufige Niederschläge im Frühjahr und Sommer hatten zwar eine deutliche Wachstumsverzögerung zur Folge, für die meisten Kulturpflanzen bestehen aber Aussichten auf mindestens mittlere Erträge.

Die Getreideernte in Rheinland-Pfalz dürfte sich 1984 auf 1,4 bis 1,5 Mill. t belaufen. Sie wird damit um gut 10% höher ausfallen als im letzten Jahre. Der Hektarertrag für Getreide insgesamt dürfte das Ergebnis von 1983 um annähernd 15% und das im Sechsjahresdurchschnitt 1978/83 noch um 5% übertreffen.

Der erste Rauhfutterschnitt erbrachte 54 dt Heu je Hektar gegenüber 60 dt im letzten Jahr und 55 dt im mehrjährigen Durchschnitt. Nach erheblichen Verzögerungen hat sich der Wachstumsstand der Hackfrüchte und des Grünmais in der letzten Zeit merklich verbessert.

Nachdem 1982 und 1983 die beiden bisher größten Weinmosternten überhaupt zu verzeichnen waren, ist für den kommenden Herbst auf Grund des Blütenverlaufs und des Traubenansatzes mit einer Mostmenge zu rechnen, die voraussichtlich leicht über dem Sechsjahresdurchschnitt von 6,5 Mill. hl liegen wird.

Bei nahezu allen Obstarten können mittlere, bei den Sauerkirschen und Äpfeln überdurchschnittliche Erträge erwartet werden. Bei einigen wärmeliebenden Gemüsearten traten deutliche Einbußen ein. Für die übrigen Kulturen bestehen dagegen größtenteils überdurchschnittliche Ertragserwartungen. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 195

### **Mehr Roggen und Wintergerste anstatt Sommergerste und Hafer**

Die mit Getreide bestellte Ackerfläche ging in Rheinland-Pfalz gegenüber 1983 um etwas mehr als 1% zurück. Während der Weizenanbau (113 000 ha) nur geringfügig eingeschränkt wurde, gab es bei der Sommergerste (81 000 ha) und beim Hafer (42 000 ha) stärkere Flächeneinbußen. Eine deutliche Ausweitung erfuhren dagegen Roggen (29 500 ha) und Wintergerste (52 000 ha).

Beim Kartoffelanbau (13 000 ha) hat sich der Rückgang vor allem dank der Entwicklung bei den frühen Sorten nicht fortgesetzt. Mit 22 500 ha liegt diesmal die Erntefläche der Zuckerrüben etwas höher als vor Jahresfrist. Die Winterrapsfläche erreicht mit rund 10 500 ha einen neuerlichen Höchststand. Im Ackerfutterbau verloren die traditionellen Futterpflanzen, wie Runkelrüben, Klee oder Luzerne, erneut an Bedeutung. An ihre Stelle tritt in zunehmendem Maße der Grünmais, der mittlerweile eine Fläche von 19 500 ha beansprucht. lx



in allen kreisfreien Städten um die insgesamt 572 Stadtratssitze, F.D.P. und Grüne traten in den Städten Landau und Pirmasens nicht zur Wahl an. Die DKP kandidierte in vier kreisfreien Städten und sechs weiteren Gemeinden. Die EAP und die Demokratischen Sozialisten hatten jeweils einen Wahlvorschlag eingereicht. Wählergruppen stellten sich in acht der zwölf kreisfreien Städte zu Wahl.

Für die Wahl der 4 469 Mitglieder der Verbandsgemeinderäte in den 163 Verbandsgemeinden des Landes wurden insgesamt 626 Wahlvorschläge eingereicht, acht mehr als vor fünf Jahren. CDU und SPD traten wiederum in allen Verbandsgemeinden zur Wahl an. Die F.D.P. reichte mit 116 Wahlvorschlägen zehn weniger als 1979 ein. Die Wählergruppen stellten 151 Wahlvorschläge (– 14) in 132 Verbandsgemeinden zur Wahl. Die Grünen kandidierten in 31, die DKP in zwei Verbandsgemeinden.

In den 24 Kreistagen waren 1 008 Kreistagsmitglieder zu wählen. CDU, SPD und F.D.P. reichten für alle Kreistagswahlen Vorschläge ein. Die Grünen kandidierten in 21 Landkreisen, die DKP reichte ebenso wie 1979 zwei Wahlvorschläge ein. Wählergruppen beteiligten sich in 15 Kreisen an der Wahl, 1979 waren sie in 13 Landkreisen zur Wahl angetreten.

Um die 29 Sitze im Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz bewarben sich CDU, SPD, F.D.P., die Grünen und eine Wählergruppe. An der Wahl 1979 hatten sich nur die drei erstgenannten Parteien beteiligt.

#### Wahlbeteiligung leicht rückgängig

Zu den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen waren von den rund 3,63 Millionen Rheinland-Pfälzern 2 827 414 wahlberechtigt. Das waren fast 111 000 Personen oder 4,1% mehr als fünf Jahre zuvor. Von ihrem Wahlrecht machten 2 158 516 Bürger Gebrauch. Die Wahlbeteiligung betrug 76,3% und lag 2,1 Prozentpunkte niedriger als 1979. Gegen-

Wahlen zu den Stadträten der kreisfreien Städte und zu den Kreistagen 1984 und 1979

Berichtsmerkmal	17. Juni 1984		10. Juni 1979	
	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>Stimmenverteilung</b>				
Wahlberechtigte	2 827 414		2 716 672	
Wähler	2 158 516	76,3	2 130 538	78,4
Ungültige Stimmen	87 928	4,1	52 090	2,4
Gültige Stimmen	2 070 588	95,9	2 078 448	97,6
CDU	940 534	45,4	987 338	47,5
SPD	830 495	40,1	876 870	42,2
F.D.P.	104 016	5,0	142 829	6,9
Grüne	111 828	5,4	–	–
DKP	2 192	0,1	6 006	0,3
EAP	157	0,0	–	–
Wählergruppen	81 366	3,9	65 405	3,1
<b>Sitzverteilung</b>				
CDU	740	46,8	762	48,4
SPD	669	42,3	689	43,7
F.D.P.	45	2,8	82	5,2
Grüne	73	4,6	–	–
Wählergruppen	53	3,4	43	2,7
Sitze insgesamt	1 580	100,0	1 576	100,0

Wahlen zu den Kreistagen 1984 und 1979

Berichtsmerkmal	17. Juni 1984		10. Juni 1979	
	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>Stimmenverteilung</b>				
Wahlberechtigte	2 089 496		1 986 571	
Wähler	1 648 013	78,9	1 607 447	80,9
Ungültige Stimmen	70 636	4,3	42 075	2,6
Gültige Stimmen	1 577 377	95,7	1 565 372	97,4
CDU	740 108	46,9	768 170	49,1
SPD	606 493	38,4	634 525	40,5
F.D.P.	84 036	5,3	112 486	7,2
Grüne	80 768	5,1	–	–
DKP	1 174	0,1	1 606	0,1
Wählergruppen	64 798	4,1	48 585	3,1
<b>Sitzverteilung</b>				
CDU	500	49,6	511	50,9
SPD	402	39,9	413	41,1
F.D.P.	33	3,3	60	6,0
Grüne	44	4,4	–	–
Wählergruppen	29	2,9	20	2,0
Sitze insgesamt	1 008	100,0	1 004	100,0

über 1974 war sogar eine Abnahme um 4,8 Prozentpunkte festzustellen.

Wie bereits bei früheren Kommunalwahlen zeigten sich deutliche regionale Unterschiede in der Wahlbeteiligung. Sie lag in den Landkreisen mit 78,9% wiederum deutlich höher als in den kreisfreien Städten (69,2%). Der Abstand hat sich gegenüber früheren Kommunalwahlen sogar noch weiter vergrößert und beträgt heute 9,7 Prozentpunkte. Im Jahre 1979 hatte die Differenz noch bei 9,3 und 1974 bei 7,7 Prozentpunkten gelegen.

Bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte machten die Wahlberechtigten in Neustadt (76,3%) und in Landau (72,3%) am häufigsten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. In Trier und Kaiserslautern wurde mit 65,5 bzw. 66,3% die niedrigste Wahlbeteiligung registriert. Neustadt hatte bereits vor fünf Jahren die Spitzenposition inne, auch Trier und Kaiserslautern nahmen damals die letzten Stellen ein. Von den Kreistagswahlen meldeten Alzey-Worms mit 83,2% und Südliche Weinstraße mit 82,9% die höchste Wahlbeteiligung, Birkenfeld und Neuwied mit 73,3 bzw. 74,9% die niedrigste. Der Landkreis Birkenfeld lag schon 1979 mit 74,2% am Ende der Skala.

Bei den Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten gingen 1 310 768 bzw. 80,5% der 1 628 043 Wahlberechtigten zu den Urnen. Nur geringfügig niedriger lag mit 79% die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zu den Gemeinde- und Stadträten ohne die kreisfreien Städte. Hier nahmen 1 641 320 der 2 078 696 Wahlberechtigten an der Wahl teil.

#### Geringe Zunahme ungültiger Stimmen

Die vor den Wahlen geäußerte Befürchtung, daß die neuen, für den Wähler schwierigeren Möglichkeiten der Stimmabgabe zu einer starken Zunahme ungültiger Stimmen führen würde, hat sich nicht bestätigt. Berücksichtigt man, daß das neue Wahlrecht



Stimmenverteilung in den kreisfreien Städten

Verwaltungsbezirk	Jahr	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	Sonstige Parteien 1)	Wähler- gruppen
§							
Stadtratwahlen der kreisfreien Städte							
Koblenz	1984	48,4	38,9	5,1	7,6	-	-
	1979	49,7	43,6	6,3	-	0,4	-
Trier	1984	51,3	38,2	3,7	6,9	-	-
	1979	50,7	41,8	5,8	-	-	1,7
Frankenthal (Pfalz)	1984	38,5	44,2	3,6	5,8	-	8,0
	1979	39,6	46,2	4,7	-	-	9,4
Kaiserslautern	1984	38,3	47,3	6,1	7,2	-	1,1
	1979	40,8	48,4	7,7	-	1,0	2,1
Landau i.d.Pfalz	1984	43,5	35,7	-	-	-	20,9
	1979	42,7	39,6	7,2	-	-	10,4
Ludwigshafen a.Rhein	1984	34,1	57,2	2,4	5,7	0,6	-
	1979	38,2	56,0	4,6	-	1,2	-
Mainz	1984	40,4	43,7	6,1	9,2	0,4	-
	1979	42,5	48,1	8,0	-	1,4	-
Neustadt a.d.Weinstraße	1984	44,5	35,0	3,5	6,4	-	10,6
	1979	49,1	35,6	4,7	-	1,2	9,4
Pirmasens	1984	35,7	57,8	-	-	-	6,5
	1979	37,7	52,8	2,7	-	0,6	6,2
Speyer	1984	35,8	42,2	6,0	6,1	0,7	9,2
	1979	38,4	45,0	5,1	-	2,3	9,1
Worms	1984	38,6	48,0	2,4	5,3	0,5	5,3
	1979	39,0	49,0	5,1	-	0,9	5,9
Zweibrücken	1984	33,4	49,1	5,8	5,2	-	6,4
	1979	37,8	48,1	5,8	-	-	8,3
Kreisfreie Städte insgesamt	1984	40,6	45,4	4,1	6,3	0,2	3,4
	1979	42,7	47,2	5,9	-	0,9	3,3
Kreistagswahlen Regierungsbezirk Koblenz							
Ahrweiler	1984	62,7	25,9	5,4	6,1	-	-
	1979	65,2	28,4	6,4	-	-	-
Altenkirchen (Ww.)	1984	47,6	37,6	5,9	5,2	-	3,7
	1979	49,3	39,3	7,4	-	-	4,0
Bad Kreuznach	1984	38,8	44,3	7,0	6,3	-	3,6
	1979	39,7	45,7	9,9	-	-	4,7
Birkenfeld	1984	36,5	48,4	7,4	-	1,5	6,2
	1979	38,0	49,4	11,0	-	1,7	-
Cochem-Zell	1984	61,7	27,6	5,7	5,1	-	-
	1979	66,1	27,1	6,8	-	-	-
Mayen-Koblenz	1984	50,8	39,4	4,3	5,5	-	-
	1979	49,9	41,9	4,6	-	-	3,6
Neuwied	1984	46,1	40,2	3,6	5,7	-	4,4
	1979	47,4	44,4	6,2	-	-	2,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	1984	48,5	34,8	9,7	6,9	-	-
	1979	48,9	36,9	11,6	-	-	2,6

1) 1984 DKP und EAP, 1979 nur die DKP.



Verwaltungsbezirk	Jahr	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	Sonstige Parteien 1)	Wähler- gruppen
		%					
Rhein-Lahn-Kreis	1984	37,9	45,9	3,9	4,9	-	7,3
	1979	39,2	48,0	5,8	-	-	7,0
Westerwaldkreis	1984	49,5	38,8	4,0	-	-	7,6
	1979	50,5	38,5	5,6	-	-	5,4
Landkreise zusammen	1984	47,6	38,9	5,4	4,5	0,1	3,5
	1979	48,7	40,7	7,1	-	0,1	3,3
Regierungsbezirk Trier							
Bernkastel-Wittlich	1984	58,8	27,1	8,0	6,1	-	-
	1979	62,1	28,9	9,0	-	-	-
Bitburg-Prüm	1984	58,1	26,4	4,1	5,4	-	5,9
	1979	63,7	29,4	6,8	-	-	-
Daun	1984	64,9	25,4	3,4	6,3	-	-
	1979	68,6	26,8	4,6	-	-	-
Trier-Saarburg	1984	54,6	32,9	2,7	5,5	-	4,3
	1979	60,6	34,7	4,7	-	-	-
Landkreise zusammen	1984	58,2	28,6	4,6	5,8	-	2,9
	1979	63,0	30,6	6,4	-	-	-
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz							
Alzey-Worms	1984	33,1	50,8	6,6	-	-	9,4
	1979	35,4	48,5	8,6	-	-	7,4
Bad Dürkheim	1984	39,0	42,6	5,0	6,0	-	7,4
	1979	44,5	47,8	7,7	-	-	-
Donnersbergkreis	1984	34,4	50,3	9,1	6,2	-	-
	1979	35,7	52,8	11,5	-	-	-
Germersheim	1984	49,6	35,5	6,8	8,0	-	-
	1979	49,6	36,1	8,4	-	-	6,0
Kaiserslautern	1984	41,6	40,7	3,5	5,5	-	8,6
	1979	44,0	44,1	5,3	-	-	6,5
Kusel	1984	29,0	54,9	3,6	5,5	0,9	6,1
	1979	31,8	55,5	5,9	-	1,6	5,2
Südliche Weinstraße	1984	48,9	31,8	5,3	5,8	-	8,2
	1979	50,6	35,0	7,2	-	-	7,2
Ludwigshafen	1984	45,3	40,2	4,7	6,1	-	3,7
	1979	48,5	44,8	6,7	-	-	-
Mainz-Bingen	1984	41,3	39,1	6,0	6,7	-	6,9
	1979	42,4	42,3	8,3	-	-	7,0
Pirmasens	1984	55,0	34,7	5,2	5,1	-	-
	1979	56,9	36,7	6,4	-	-	-
Landkreise zusammen	1984	42,2	41,4	5,5	5,6	0,1	5,3
	1979	44,5	43,9	7,5	-	0,1	4,0
Landkreise insgesamt	1984	46,9	38,4	5,3	5,1	0,1	4,1
	1979	49,1	40,5	7,2	-	0,1	3,1
Stadtratswahlen und Kreistagswahlen zusammen							
Rheinland-Pfalz	1984	45,4	40,1	5,0	5,4	0,1	3,9
	1979	47,5	42,2	6,9	-	0,3	3,1



erstmals zur Anwendung kam, so sind die niedrigen Ungültigkeitsquoten ein Indiz für die Praktikabilität des neuen Verfahrens.

Bei den Wahlen zu den Kreistagen und den Stadträten der kreisfreien Städte gaben rund 88 000 Wähler einen Stimmzettel ab, der für ungültig erklärt wurde. Der Anteil der ungültigen Stimmen stieg damit um nur 1,7 Prozentpunkte von 2,4% im Jahre 1979 auf 4,1% im Jahre 1984. In den kreisfreien Städten lag der Anteil der ungültigen Stimmen mit 3,4% niedriger als in den Landkreisen (4,3%).

Die geringste Steigerung bei den ungültigen Stimmen war bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen ohne die kreisfreien Städte zu verzeichnen. Hier nahm der Anteil nur um 0,4 Punkte von 3,3% im Jahre 1979 auf 3,7% 1984 zu.

Bei den Verbandsgemeinderatswahlen gab es etwa 57 000 Wähler, die einen ungültigen Stimmzettel abgaben. Der Anteil der ungültigen Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen stieg damit um 1,3 Prozentpunkte von 3 auf 4,3%.

Die mit zwischen 7 und 8% auffallend hohen Anteile ungültiger Stimmen bei den Kreistagswahlen in den Landkreisen Cochem-Zell und Bernkastel-Wittlich und die auch bei den Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten dieses Gebiets deutlich höheren Anteile ungültiger Stimmen haben ihre Ursache offenbar in den Aufrufen, bei der gleichzeitig stattfindenden Europawahl aus Protest gegen die europäische Weinmarktpolitik ungültig zu wählen. Es zeigt sich eine Art Mitzieheffekt durch die Europawahl, bei der in Cochem-Zell 15,2% und in Bernkastel-Wittlich 12,4% der Wähler ungültige Stimmzettel abgaben.

#### **CDU wiederum stärkste Partei im Lande**

Die Zusammenfassung der Stadtratswahlen der zwölf kreisfreien Städte und der Kreistagswahlen der 24 Landkreise zum Landesergebnis der Kommunalwahlen zeigt die CDU als stärkste politische Kraft. Sie erreichte 45,4% der gültigen Stimmen. Das sind 2,1 Prozentpunkte weniger als 1979. Einen gleich starken Rückgang verzeichnete mit einem Stimmenanteil von 40,1% die SPD. Die F.D.P. verlor 1,9 Prozentpunkte gegenüber 1979 und erzielte damit einen Anteil von 5%. Einen Zuwachs erreichten die Wählergruppen. Sie haben jetzt landesweit einen Anteil von 3,9% (1979: 3,1%). Die erstmals bei einer Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz kandidierenden Grünen konnten 5,4% der gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Die in vier Städten und zwei Kreisen auftretende DKP erhielt 0,1%, die nur in der Stadt Ludwigshafen zur Wahl stehende EAP lag noch weit darunter.

#### **Stimmenmehrheit der CDU in 17 Landkreisen und vier kreisfreien Städten, SPD in sieben Landkreisen und acht kreisfreien Städten erfolgreicher**

In den kreisfreien Städten erreichte die CDU 40,6% und die SPD 45,4% der gültigen Stimmen. Die F.D.P. trat in zehn kreisfreien Städten auf und brachte es auf 4,1%. Die ebenfalls in zehn kreisfreien Städten kandidierenden Grünen erhielten einen Stimmen-

anteil von 6,3%. Der Anteil der neun Wählergruppen, von denen in Landau zwei kandidierten, betrug 3,4%.

Die relativ meisten Stimmen verbuchte die CDU mit 51,3% in Trier. Dort konnte sie ihren Stimmenanteil, ebenso wie in der Stadt Landau (43,5%), gegenüber 1979 ausweiten. Das zweitbeste Ergebnis erzielte die CDU in Koblenz mit 48,4% der Stimmen. Am schlechtesten schnitt sie in der Stadt Zweibrücken ab, wo sie mit einem Verlust von 4,4 Prozentpunkten jetzt noch auf 33,4% kommt. Ähnlich hoch war mit 4,1 Punkten der Verlust in Ludwigshafen, wo die CDU 34,1% der Stimmen erhielt. Der stärkste Rückgang ihres Stimmenanteils wurde in Neustadt registriert. Der Anteil ging dort von 49,1% im Jahre 1979 auf nun 44,5% zurück.

Die SPD konnte ihre Position in drei Städten verbessern, am deutlichsten in Pirmasens um 5 Prozentpunkte. Hier erreichte sie mit 57,8% zugleich den höchsten Stimmenanteil in den kreisfreien Städten. Den größten Rückgang gab es für die Sozialdemokraten mit 4,7 Punkten in Koblenz, wo ihr Stimmenanteil auf 38,9% sank. Die niedrigsten Stimmenanteile erzielte die SPD in Neustadt (35%) und Landau in der Pfalz (35,7%).

Die F.D.P. errang ihre höchsten Stimmenanteile mit jeweils 6,1% in den Städten Kaiserslautern und Mainz, gefolgt von Speyer mit 6%. Speyer war gleichzeitig die einzige kreisfreie Stadt, in der die Freien Demokraten besser als vor fünf Jahren abschnitten. Die höchsten Rückgänge mußten sie mit 2,7 Prozentpunkten in Worms und mit 2,2 Prozentpunkten in Ludwigshafen hinnehmen. In diesen beiden Städten erreichte die F.D.P. nur noch einen Stimmenanteil von jeweils 2,4%.

Die Grünen zogen bei allen Stadtratswahlen, bei denen sie Wahlvorschläge eingereicht hatten, in die Stadtparlamente ein. Am besten schnitten sie in Mainz mit 9,2% und in Koblenz mit 7,6% der Stimmen ab.

Die zwei in Landau kandidierenden Wählergruppen kamen auf zusammen 20,9%, die Wählergruppe in Neustadt auf 10,6% der gültigen Stimmen.

Bei den Kreistagswahlen in den 24 Landkreisen schnitt die CDU mit 46,9% der Stimmen deutlich besser ab als bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte. Die Partei erzielte ihre besten Ergebnisse in den Landkreisen Daun (64,9%) und Ahrweiler (62,7%). Die geringsten Stimmenanteile hatte die CDU in den Landkreisen Kusel mit 29% und Alzey-Worms mit 33,1% zu verzeichnen. Im Landkreis Mayen-Koblenz verbesserten sich die Christdemokraten um 0,9 Prozentpunkte und hielten im Landkreis Gernsheim das Ergebnis des Jahres 1979. In allen anderen Landkreisen waren Einbußen zu verzeichnen, die in den Landkreisen Trier-Saarburg mit 6 Prozentpunkten, Bitburg-Prüm mit 5,6 und Bad Dürkheim mit 5,5 am stärksten waren.

Die SPD erzielte ihre besten Ergebnisse in den Landkreisen Kusel und Alzey-Worms, wo sie Stimmenanteile von 54,9 bzw. 50,8% erreichte. Während sie in den Landkreisen Alzey-Worms, Cochem-Zell und im Westerwaldkreis Verbesserungen gegenüber



Berichtsmerkmal	17. Juni 1984 <sup>1)</sup>				10. Juni 1979			
	insgesamt		kreisfreie Städte		insgesamt		kreisfreie Städte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmenverteilung								
Wahlberechtigte	2 816 614		737 918		2 711 819		730 101	
Wähler	2 151 823	76,4	510 503	69,2	2 127 800	78,5	523 091	71,6
Ungültige Stimmen	77 373	3,6	17 292	3,4	62 457	2,9	10 015	1,9
Gültige Stimmen	2 074 450	96,4	493 211	96,6	2 065 343	97,1	513 076	98,1
CDU	697 274	33,6	200 426	40,6	707 019	34,2	219 168	42,7
SPD	687 014	33,1	224 002	45,4	702 217	34,0	242 345	47,2
F.D.P.	63 129	3,0	19 980	4,1	87 421	4,2	30 343	5,9
Grüne	49 680	2,4	31 060	6,3	-	-	-	-
DKP	2 663	0,1	1 018	0,2	6 507	0,3	4 400	0,9
EAP	157	0,0	157	0,0	-	-	-	-
DS	43	0,0	-	-	-	-	-	-
Wählergruppen	320 718	15,5	16 568	3,4	324 172	15,7	16 820	3,3
Mehrheitswahl	253 772	12,2	-	-	237 905	11,5	-	-
Sitzverteilung								
CDU	5 210	21,8	240	42,0	5 214	21,8	251	43,9
SPD	4 843	20,3	267	46,7	4 789	20,0	276	48,3
F.D.P.	254	1,1	12	2,1	372	1,6	22	3,8
Grüne	118	0,5	29	5,1	-	-	-	-
DKP	2	0,0	-	-	5	0,0	-	-
Wählergruppen	4 969	20,8	24	4,2	5 317	22,2	23	4,0
Mehrheitswahl	8 512	35,6	-	-	8 204	34,3	-	-
Sitze insgesamt	23 908	100,0	572	100,0	23 901	100,0	572	100,0

1) Ohne das Ergebnis der auf den 9.9.1984 verschobenen Wahl zum Stadtrat der Stadt Sobernheim.

den letzten Kreistagswahlen verzeichnen konnte, war ihr Stimmenanteil in allen übrigen Kreisen rückläufig. Am höchsten waren die Verluste in den Landkreisen Bad Dürkheim und Ludwigshafen, wo die Rückgänge 5,2 bzw. 4,6 Prozentpunkte betrugen.

Als Hochburgen der Freien Demokraten erwiesen sich der Rhein-Hunsrück-Kreis mit 9,7% und der Donnersbergkreis mit 9,1% F.D.P.-Stimmen. In drei Landkreisen scheiterten sie, wie bereits 1979, an der 5%-Hürde. Sieben weitere Kreistage, in denen die F.D.P. bisher vertreten war, sind künftig ohne F.D.P.-Vertreter.

Die Grünen schnitten im Landkreis Germersheim am besten ab, wo sie 8% der gültigen Stimmen erhielten. Auch im Rhein-Hunsrück-Kreis und im Landkreis Mainz-Bingen sind sie mit 6,9% bzw. 6,7% Stimmenanteil verhältnismäßig stark vertreten.

Die in 15 Landkreisen kandidierenden Wählergruppen erreichten in den Kreisen Alzey-Worms (9,4%) und Kaiserslautern (8,6%) ihre höchsten Stimmenanteile.

#### Weit mehr als ein Drittel der Gemeinderatsmandate über Mehrheitswahl vergeben

Wegen der Verschiebung der Wahl zum Stadtrat der Stadt Sobernheim (21 Sitze) auf den 9. September 1984 wurden in 2302 Gemeinden und Städten Wahlen zu den Gemeinde- und Stadtparlamenten abgehalten. Dabei wurden 23 908 Mandate vergeben. Zwei weitere Sitze konnten nicht vergeben werden, weil ein Wahlvorschlag weniger Bewerber enthielt als Sitze auf diese Wählergruppe entfielen.

Über reine Mehrheitswahl zogen 8 512 Gemeinderatsmitglieder in örtliche Vertretungsorgane ein. Das waren 35,6% der zu vergebenden Sitze und 308 mehr als 1979. Im Wege der Verhältniswahl wurden 15 396 Mandate für Gemeinde- und Stadträte vergeben, 280 weniger als 1979. Die Stadt Sobernheim blieb hierbei wie auch bei den weiteren Vergleichszahlen unberücksichtigt.

Der CDU gehören in den neuen Kommunalparlamenten 5 210 Ratsmitglieder, drei mehr als 1979, an. Die SPD konnte 64 Sitze hinzugewinnen und stellt jetzt 4 843 Mitglieder in Gemeinde- und Stadträten. Die F.D.P. verlor 116 Mandate und hat jetzt noch 254 Ratssitze. Die erstmals auftretenden Grünen erhielten 118 Ratssitze. Die DKP verlor drei von vorher fünf Mandaten. Von den verschiedenen Wählergruppen werden nun 4 969 Gemeinde- und Stadtratssitze besetzt, 346 weniger als vor fünf Jahren.

#### Stadträte der kreisfreien Städte: vier absolute und vier relative Mehrheiten der SPD, eine absolute und drei relative Mehrheiten der CDU

Von den bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte zu vergebenden 572 Mandaten entfielen auf die CDU 240, das sind elf weniger als vor fünf Jahren. Die SPD verlor neun Ratssitze und kommt jetzt auf 267. Während die F.D.P. nur noch zwölf Ratsmitglieder gegenüber 22 im Jahre 1979 stellt, zogen die Grünen mit 29 Mitgliedern in zehn der zwölf Stadträte der kreisfreien Städte ein. Die Wählergruppen gewannen einen Sitz und haben damit 24 Mandate.

Die CDU konnte in zwei Städten ein besseres Ergebnis als vor fünf Jahren erzielen, in zwei weiteren



Verwaltungsbezirk	Jahr	Sitze insgesamt	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	Wähler- gruppen
Stadtratswahlen der kreisfreien Städte							
Koblenz	1984	55	27	22	2	4	-
	1979	55	28	24	3	-	-
Trier	1984	51	28	20	-	3	-
	1979	51	26	22	3	-	-
Frankenthal (Pfalz)	1984	43	18	20	-	2	3
	1979	43	18	21	-	-	4
Kaiserslautern	1984	51	20	25	3	3	-
	1979	51	21	26	4	-	-
Landau i.d.Pfalz	1984	39	18	14	-	-	7
	1979	39	17	16	2	-	4
Ludwigshafen a.Rhein	1984	59	21	35	-	3	-
	1979	59	24	35	-	-	-
Mainz	1984	59	24	27	3	5	-
	1979	59	26	29	4	-	-
Neustadt a.d.Weinstraße	1984	43	20	16	-	3	4
	1979	43	23	16	-	-	4
Pirmasens	1984	43	16	25	-	-	2
	1979	43	17	24	-	-	2
Speyer	1984	43	16	19	2	2	4
	1979	43	17	20	2	-	4
Worms	1984	47	19	24	-	2	2
	1979	47	19	24	2	-	2
Zweibrücken	1984	39	13	20	2	2	2
	1979	39	15	19	2	-	3
Kreisfreie Städte insgesamt	1984	572	240	267	12	29	24
	1979	572	251	276	22	-	23
Kreistagswahlen							
Regierungsbezirk Koblenz							
Ahrweiler	1984	41	26	11	2	2	-
	1979	41	27	12	2	-	-
Altenkirchen (Ww.)	1984	41	21	16	2	2	-
	1979	41	21	17	3	-	-
Bad Kreuznach	1984	45	18	21	3	3	-
	1979	45	19	22	4	-	-
Birkenfeld	1984	41	15	21	3	-	2
	1979	41	16	21	4	-	-
Cochem-Zell	1984	37	24	10	2	1	-
	1979	37	25	10	2	-	-
Mayen-Koblenz	1984	49	27	20	-	2	-
	1979	49	27	22	-	-	-
Neuwied	1984	49	25	21	-	3	-
	1979	49	24	22	3	-	-
Rhein-Hunsrück-Kreis	1984	41	20	15	4	2	-
	1979	41	21	15	5	-	-



Verwaltungsbezirk	Jahr	Sitze insgesamt	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	Wähler- gruppen
Rhein-Lahn-Kreis	1984 1979	41 41	17 16	21 20	- 2	- -	3 3
Westerwaldkreis	1984 1979	49 49	25 26	20 19	- 2	- -	4 2
Landkreise zusammen	1984 1979	434 434	218 222	176 180	16 27	15 -	9 5
Regierungsbezirk Trier							
Bernkastel-Wittlich	1984 1979	41 41	25 26	11 12	3 3	2 -	- -
Bitburg-Prüm	1984 1979	41 41	26 27	11 12	- 2	2 -	2 -
Daun	1984 1979	33 33	23 24	8 9	- -	2 -	- -
Trier-Saarburg	1984 1979	45 45	27 29	16 16	- -	2 -	- -
Landkreise zusammen	1984 1979	160 160	101 106	46 49	3 5	8 -	2 -
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz							
Alzey-Worms	1984 1979	41 41	14 15	21 20	2 3	- -	4 3
Bad Dürkheim	1984 1979	41 41	17 18	19 20	- 3	2 -	3 -
Donnersbergkreis	1984 1979	37 37	13 13	19 20	3 4	2 -	- -
Germersheim	1984 1979	41 41	21 21	15 15	2 3	3 -	- 2
Kaiserslautern	1984 1979	41 41	18 18	18 19	- 2	2 -	3 2
Kusel	1984 1979	37 37	11 12	22 21	- 2	2 -	2 2
Südliche Weinstraße	1984 1979	41 41	21 21	13 14	2 3	2 -	3 3
Ludwigshafen	1984 1979	45 41	22 20	20 19	- 2	3 -	- -
Mainz-Bingen	1984 1979	49 49	21 21	19 21	3 4	3 -	3 3
Pirmasens	1984 1979	41 41	23 24	14 15	2 2	2 -	- -
Landkreise zusammen	1984 1979	414 410	181 183	180 184	14 28	21 -	18 15
Landkreise insgesamt	1984 1979	1 008 1 004	500 511	402 413	33 60	44 -	29 20
Stadtratswahlen und Kreistagswahlen zusammen							
Rheinland-Pfalz	1984 1979	1 580 1 576	740 762	669 689	45 82	73 -	53 43



konnte sie ihre Sitzzahl behaupten. Weniger Ratsmitglieder als 1979 stellt die Partei in acht Städten, wobei sie in Koblenz und Neustadt ihre absolute Mehrheit verlor. Damit verfügt sie nur noch in Trier über mehr als die Hälfte aller Ratssitze. In Koblenz, Neustadt und Landau hat sie die relative Mehrheit.

Die SPD konnte ihre absolute Mehrheit in Pirmasens um einen zusätzlichen Sitz erhöhen, in Ludwigshafen und Worms behauptete sie die schon vorhandene Mehrheit im Stadtrat unverändert. In Zweibrücken konnten die Sozialdemokraten durch Zugewinn eines Sitzes die absolute Mehrheit gewinnen, während sie diese in Kaiserslautern durch den Verlust eines Mandats einbüßten. In Frankenthal, Mainz und Speyer stellt die SPD trotz des Verlusts von Sitzen weiterhin die relative Mehrheit.

Die F.D.P. konnte nur in Speyer und Zweibrücken die 1979 erreichten je zwei Ratssitze behaupten, während sie in den anderen acht Städten, in denen sie angetreten war, Verluste hinnehmen mußte bzw. zweimal den Sprung in den Stadtrat nicht mehr schaffte.

Die Grünen zogen in allen zehn Städten, in denen sie kandidiert hatten, in den Rat ein. Sie schnitten am besten in Mainz mit fünf und in Koblenz mit vier Mandaten ab.

Die zwei Wählergruppen, die sich in Landau zur Wahl stellten, erhielten zusammen sieben Ratssitze. Die Wählergruppen in Neustadt und Speyer schnitten mit jeweils vier Sitzen so gut ab wie vor fünf Jahren.

Von den 14 824 Sitzen, die in den übrigen Gemeinden und Städten durch Verhältniswahl zu vergeben waren, erhielt die CDU 4 970, 14 weniger als 1979. Die SPD gewann 73 Ratssitze hinzu und stellt jetzt 4 576 Ratsmitglieder. Nach dem Verlust von 106 Sitzen stellt die F.D.P. jetzt 242 Vertreter in den Ge-

meinde- und Stadträten. Die Wählergruppen sind in den neuen Kommunalparlamenten mit 4 945 Mitgliedern vertreten, vor fünf Jahren besetzten sie noch 5 292 Ratssitze. Auf die Grünen entfallen 89, auf die DKP zwei Sitze.

#### **Kreistage: 13 absolute und drei relative Mehrheiten der CDU, fünf absolute und zwei relative Mehrheiten der SPD**

Von den 1 008 Kreistagssitzen erreichte die CDU 500 oder 49,6% der zu vergebenden Mandate. Das sind elf Kreistagsmandate weniger als vor fünf Jahren. Die SPD kam auf 402 Sitze (39,9%) und verlor damit ebenfalls elf Kreistagsmitglieder gegenüber den vorangegangenen Kommunalwahlen. Die größten Verluste mußte die F.D.P. hinnehmen, die bei einem Rückgang um 27 Mandate jetzt noch 33 Sitze verzeichnet. Die Wählergruppen dagegen kommen nach der neuen Wahl auf 29 Ratsmitglieder, neun mehr als 1979. Die erstmals auftretenden Grünen errangen 44 Kreistagsmandate, während die nur in zwei Landkreisen kandidierende DKP erneut ohne Sitz blieb.

Die beiden großen Parteien sind wieder in allen Kreistagen vertreten. Die F.D.P. hatte zwar in allen Kreisen Wahlvorschläge eingereicht, konnte aber nur 13mal über die 5%-Hürde kommen. 1979 war ihr das in 21 Kreisen gelungen. Die in 21 Kreisen antretenden Grünen erreichten nur im Rhein-Lahn-Kreis weniger als 5% der Stimmen; sie entsenden in 20 Kreistage Mitglieder. Die Wählergruppen sind künftig in zehn Kreistagen vertreten, das sind zwei mehr als bisher. In fünf Landkreisen gelang es ihnen nicht, da sie unter 5% blieben. In 13 der 24 Kreistage hat die CDU die absolute, in drei Kreistagen die relative Mehrheit der Sitze. Bislang hatten die Christdemokraten ebenfalls in 13 Kreistagen die absolute und in zwei die relative Mehrheit der Mandate. Die SPD stellt jetzt in fünf Landkreisen mehr als die Hälfte der Kreistagsmitglieder gegenüber drei im Jahre 1979. Sie erzielte relative Mehrheiten in zwei gegenüber bisher fünf Kreisen. Im Landkreis Kaiserslautern erreichten CDU und SPD die gleiche Sitzzahl. Über die absolute Mehrheit der Sitze verfügt die CDU in den Kreistagen der Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen (Ww.), Cochem-Zell, Mayen-Koblenz, Neuwied, Westerwaldkreis, Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun, Trier-Saarburg, Gernersheim, Südliche Weinstraße und Pirmasens. Die absolute Mehrheit der Sitze hat die SPD in den Kreistagen Birkenfeld, Rhein-Lahn-Kreis, Alzey-Worms, Donnersbergkreis und Kusel.

Gegenüber den letzten Kreistagswahlen konnte die CDU in sieben Kreistagen ihre Sitzzahl behaupten, in 13 Kreisen mußte sie einen Sitz abgeben, im Landkreis Trier-Saarburg sogar zwei. Im Landkreis Neuwied und im Rhein-Lahn-Kreis gewann die Partei jeweils einen Sitz hinzu. Im Landkreis Ludwigshafen konnte die CDU von der Erhöhung der Gesamtsitzzahl um vier auf 45 Ratsmitglieder durch zwei zusätzliche Mandate profitieren. Hier gewann auch die SPD einen Sitz hinzu, ebenso wie im Rhein-Lahn-Kreis, im Westerwaldkreis und in den Landkreisen Alzey-Worms und Kusel. Je zwei Sitze verlor die SPD

Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten  
1984 und 1979

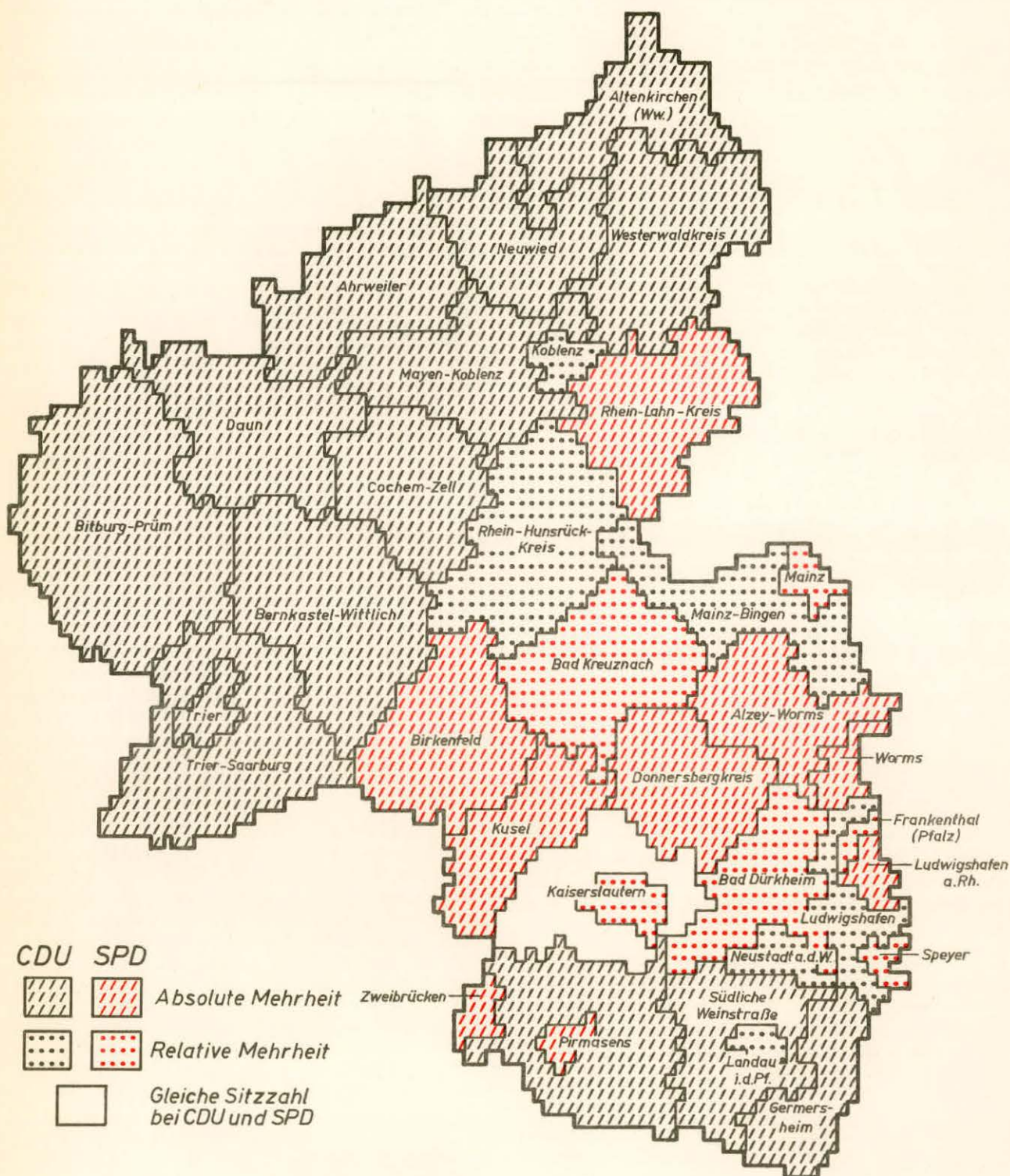
Berichtsmerkmal	17. Juni 1984 <sup>1)</sup>		10. Juni 1979	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmenverteilung				
Wahlberechtigte	1 628 043		1 551 142	
Wähler	1 310 768	80,5	1 276 514	82,3
Ungültige Stimmen	56 883	4,3	37 954	3,0
Gültige Stimmen	1 253 885	95,7	1 238 560	97,0
CDU	571 735	45,6	572 948	46,3
SPD	475 259	37,9	469 361	37,9
F.D.P.	57 878	4,6	77 700	6,3
Grüne	14 550	1,2	-	-
DKP	696	0,1	417	0,0
Wählergruppen	133 767	10,7	118 134	9,5
Sitzverteilung				
CDU	2 088	47,0	2 129	47,6
SPD	1 730	38,9	1 744	39,0
F.D.P.	136	3,1	213	4,8
Grüne	35	0,8	-	-
Wählergruppen	457	10,3	387	8,7
Sitze insgesamt	4 446	100,0	4 473	100,0

1) Ohne das Ergebnis der auf den 16.9.1984 verschobenen Wahl zum Verbandsgemeinderat der VG Hillesheim.



# Mehrheitsverhältnisse in den Stadträten der kreisfreien Städte und den Kreistagen der Landkreise

Sitzverteilung vom 17. Juni 1984





Wahlen zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz  
1984 und 1979

Berichtsmerkmal	17. Juni 1984		10. Juni 1979	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmenverteilung				
Wahlberechtigte	1 007 657		973 885	
Wähler	768 967	76,3	762 390	78,3
Ungültige Stimmen	20 186	2,6	22 347	2,9
Gültige Stimmen	748 781	97,4	740 043	97,1
CDU	318 086	42,5	340 429	46,0
SPD	322 647	43,1	347 069	46,9
F.D.P.	33 698	4,5	52 545	7,1
Grüne	50 199	6,7	-	-
Wählergruppe	24 151	3,2	-	-
Sitzverteilung				
CDU	13	44,8	13	44,8
SPD	14	48,3	14	48,3
F.D.P.	-	-	-	6,9
Grüne	2	6,9	-	-
Sitze insgesamt	29	100,0	29	100,0

in den Landkreisen Mainz-Bingen und Mayen-Koblenz, in zwölf weiteren Kreisen büßte sie je einen Sitz ein. In fünf Landkreisen ist sie mit der gleichen Zahl an Ratsmitgliedern vertreten wie bisher.

**In 96 von 162 Verbandsgemeinden Stimmenmehrheiten der CDU**

Im Rahmen der allgemeinen Kommunalwahlen wurden in 162 Verbandsgemeinden die Ratsmitglieder gewählt. In der Verbandsgemeinde Hillesheim wurde der Urnengang auf den 16. September 1984 verschoben.

Die CDU erreichte 45,6% der gültigen Stimmen gegenüber 46,3% bei den Verbandsgemeinderatswahlen 1979. Die SPD konnte ihren Stimmenanteil von 37,9% unverändert behaupten. Die F.D.P. erreichte noch 4,6% der Stimmen und lag deutlich unter ihrem letzten Kommunalwahlergebnis von 6,3%. Die erstmals in 31 Verbandsgemeinden auftretenden Grünen erhielten 1,2% der gültigen Stimmen und die in zwei Verbandsgemeinden kandidierende DKP 0,1%. Die Wählergruppen waren zwar mit weniger Wahlvorschlägen als 1979 bei den Verbandsgemeinderatswahlen vertreten, konnten aber ihren Stimmenanteil von 9,5% auf 10,7% erhöhen.

**Verbandsgemeinderäte: 73 absolute und 16 relative Mehrheiten der CDU, 30 absolute und 30 relative Mehrheiten der SPD**

Von den 4 446 zu vergebenden Ratssitzen errang die CDU 2 088 oder 47%. Die SPD erreichte 1 730

Sitze bzw. 38,9%, während die F.D.P. zukünftig noch mit 136 Ratsmitgliedern (3,1%) vertreten sein wird. Die Grünen kamen auf 35 Sitze, während die DKP in keinem Verbandsgemeinderat vertreten ist. Wählergruppen erreichten 10,3% der Sitze, das entspricht 457 Mandaten. Läßt man beim Vergleich mit 1979 die damaligen Ergebnisse der Verbandsgemeinde Hillesheim außer Betracht, dann ergeben sich Sitzverluste bei CDU (- 26), SPD (- 9) und F.D.P. (- 77), während die Wählergruppen 73 Ratssitze hinzugewinnen konnten.

Nach dem Ergebnis der Verbandsgemeinderatswahl verfügt die CDU jetzt in 73 Verbandsgemeinden über mehr als die Hälfte der Sitze. Sie konnte damit trotz des Rückgangs ihres Stimmenanteils in mehr Verbandsgemeinden die absolute Mehrheit erreichen als 1979. Damals verfügte sie erst in 70 Verbandsgemeinderäten (ohne Verbandsgemeinde Hillesheim) über mehr als die Hälfte der Ratssitze. In weiteren 16 Verbandsgemeinden hat die CDU die relative Mehrheit der Sitze.

Mehr als 50% der Ratsmitglieder stellt die SPD in 30 Verbandsgemeinden, 1979 war das in 29 der Fall. Ebenfalls in 30 Verbandsgemeinden ist die SPD zwar stärkste Partei, erreicht aber nicht die Hälfte der Ratssitze. Bei der Kommunalwahl 1979 hatte sie 32mal die relative Mehrheit der Sitze errungen. Personell gleich stark sind die beiden großen Parteien in zwölf Verbandsgemeinderäten (1979: 10) vertreten. In der Verbandsgemeinde Gölheim stellt wie bei der vorangegangenen Wahl eine Wählergruppe die stärkste Fraktion.

**Bezirkstag: SPD 14, CDU 13, Grüne zwei Sitze**

In acht kreisfreien Städten und acht Landkreisen waren 1 007 657 Wahlberechtigte aufgerufen auch noch 29 Vertreter in den Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz zu wählen. Von den 748 781 gültigen Stimmen entfielen 42,5% auf die CDU und 43,1% auf die SPD. Vor fünf Jahren hatten die beiden Parteien noch 46,0 bzw. 46,9% der Stimmen erhalten. Die F.D.P. verschlechterte sich um 2,6 Prozentpunkte auf 4,5% Stimmenanteil und schaffte den Einzug in den Bezirkstag nicht mehr. 1984 traten zusätzlich noch eine Wählergruppe und die Grünen zur Wahl an. Während die Wählergruppe nur 3,2% der Stimmen erhielt, gelang den Grünen mit einem Stimmenanteil von 6,7% der Sprung in den Bezirkstag. Sie erhielten zwei Mandate, welche die F.D.P. abgeben mußte. Unverändert gegenüber 1979 blieb die Sitzzahl der beiden großen Parteien. Die CDU hat 13 und die SPD 14 Mandate.

Dr. M. Unglaub/Diplom-Volkswirt H. Kollmar



# Ausbildungsplätze im Mai 1984 - Angebot und Nachfrage

Über die voraussichtliche Ausbildungsplatzsituation in Rheinland-Pfalz geben zwei Erhebungen Aufschluß, die das Statistische Landesamt seit 1976 jährlich im Auftrag der Landesregierung durchführt.

(1) Mit einer Befragung der Entlaßschüler wird die zu erwartende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ermittelt. Im Auftrag des Kultusministeriums wird an den allgemeinbildenden Schulen (ohne Schulen für Geistigbehinderte) und an den berufsbildenden Vollzeitschulen (ohne Fachoberschulen, Berufsaufbau- und Fachschulen) im Mai gefragt, wie viele Schulabgänger zum Schuljahresende zu erwarten sind und welche Ausbildungsabsichten sie haben. Wichtigstes Ergebnis dieser Befragung ist, zu erfahren, wieviele Schüler eine Ausbildung im dualen System (Lehre) anstreben und wieviele von ihnen zum Erhebungszeitpunkt bereits eine Zusage hatten. Mit dieser Erhebung werden nahezu alle Schulabgänger erfaßt, mit Ausnahme derjenigen Abiturienten, die zum Zeitpunkt der Befragung von der Schule nicht mehr erreicht werden können. Nicht einbezogen in die Erhebung sind die unversorgten Bewerber aus früheren Schulentlaßjahrgängen, die sogenannten Altbewerber.

(2) Parallel zu dieser Befragung zur Ermittlung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr in Zusammenarbeit mit den Kammern bei den Betrieben das voraussichtliche Angebot an Ausbildungsplätzen ermittelt. In diese auf freiwilliger Basis durchgeführten Erhebung sind die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft (Industrie, Handel, Handwerk), der Landwirtschaft, der freien Berufe, der Hauswirtschaft und des öffentlichen Dienstes einbezogen, allerdings ohne die Bundesbehörden und die der Aufsicht des Bundes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Gefragt wur-

de dabei im Mai 1984 nach der Zahl der Auszubildenden Ende 1983, der Neueinstellungen von Auszubildenden 1983, nach den für 1984 geplanten Neueinstellungen sowie nach der Zahl der Auszubildenden, die 1984 beendet werden.

## Rege Beteiligung der Betriebe

Die Befragung der Betriebe wird in Zusammenarbeit mit den Kammern bzw. den nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stellen durchgeführt. Seit 1976, dem ersten Jahr dieser Erhebung, beteiligen sich die Betriebe sehr rege daran. 1984 wurde – bezogen auf die Zahl der Auszubildenden zum Jahresende 1983 – eine Rücklaufquote von 47% erreicht. Die aus der Befragung gewonnenen Teilergebnisse wurden auf der Basis der Zahl der Auszubildenden zum 31. Dezember 1983 mit kammer-spezifischen Faktoren auf die Gesamtheit hochgerechnet. Die Erfahrungen aus den Vorjahren haben gezeigt, daß mit den globalen Ergebnissen der Hochrechnung relativ genaue Prognosen über die Ausbildungsplatzsituation des kommenden Jahres möglich sind, bei regionalen oder berufsspezifischen Ergebnissen dagegen die Fehlerwahrscheinlichkeit zunimmt.

Nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung vom Mai ist im Ausbildungsjahr 1984/85 mit einem Angebot von 41 700 Ausbildungsplätzen zu rechnen. Zu diesem Angebot müssen noch die schätzungsweise 600 Ausbildungsplätze hinzugerechnet werden, die bei Bundesbehörden und der Aufsicht des Bundes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts voraussichtlich zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, daß sich das Angebot an Ausbildungsplätzen vom Berichtszeitpunkt Mai bis zum Einstellungstermin September nach den bisherigen Erfahrungen noch einmal geringfügig erhöht. Bei Fortschreibung des Ausbildungsplatzangebots von Mai bis September erhöht sich das Gesamt-

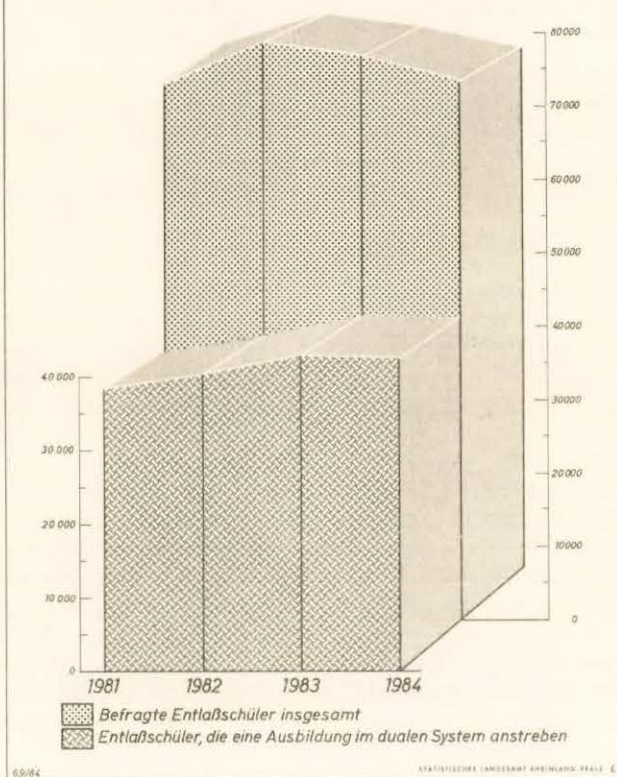
Ausbildungsplatzangebot und Ausbildungsplatznachfrage Ende September 1976 - 1984<sup>1)</sup>

Jahr	Ausbildungsplatzangebot		Ausbildungsplatznachfrage		Angebots-Nachfrage-Relation 2)
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr in %	
1976	30 013	.	30 803	.	97,4
1977	37 012	23,3	37 622	22,1	98,3
1978	39 415	6,5	40 753	8,3	96,7
1979	43 382	10,1	43 467	6,7	99,8
1980	43 758	0,9	43 162	- 0,7	101,4
1981	40 166	- 8,2	40 819	- 5,4	98,4
1982	39 962	- 0,5	41 711	2,2	95,8
1983	42 968	7,5	45 013	7,9	95,5
1984 (Prognose)	42 800 <sup>3)</sup>	- 0,4	44 400 <sup>4)</sup>	- 1,4	96,4

1) 1976 bis 1983 Statistik gemäß § 3 Abs.2 des Berufsbildungsförderungsgesetzes (Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung). - 2) Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze pro 100 Ausbildungsplatzsuchende. - 3) Ergebnisse der Betriebsbefragung vom Mai 1984 zuzüglich geschätzte Ausbildungsplätze beim Bund und die Fortschreibung des Gesamtangebots von Mai bis September 1984. - 4) Ergebnisse der Schülerbefragung vom Mai 1984 zuzüglich geschätzte Bewerberzahl aus früheren Schulentlaßjahrgängen.



### Schulabgänger, die eine Ausbildung im dualen System anstreben 1981-1984



angebot nochmals um 500 Plätze. Das Ausbildungsplatzangebot ist damit für 1984 auf 42 800 zu veranschlagen.

Diesem Angebot steht eine Nachfrage nach 44 400 Stellen gegenüber: Nach den Ergebnissen der Schulabgängerbefragung ist mit 42 300 Schulabgängern aus dem Entlassjahrgang 1984 zu rechnen, die einen Ausbildungsplatz nachfragen, außerdem mit etwa 2 100 Altbewerbern, also Schulabgängern früherer Entlassjahrgänge, die ebenfalls noch einen Ausbildungsplatz suchen.

### Ausbildungsplatzdefizit leicht verringert

Das globale Ausbildungsplatzdefizit beläuft sich damit für das Ausbildungsjahr 1984/85 auf 1 600. Nach der im Berufsbildungsförderungsgesetz definierten Ausbildungsbilanz für das Ausbildungsjahr 1983/84 (Stichtag 30. September 1983) stand dagegen einer Ausbildungsplatznachfrage von 45 000 ein Ausbildungsplatzangebot von 43 000 gegenüber. Demnach belief sich das Ausbildungsplatzdefizit im September 1983 auf 2 000, wobei jedoch nachträglich noch zahlreiche Jugendliche – insbesondere dank der Sonderprogramme von Land und Bund – untergebracht werden konnten. Ende März 1984 registrierten die rheinland-pfälzischen Arbeitsämter nur noch 557 unversorgte Bewerber aus dem Jahre 1983.

Das aufgrund der Betriebsbefragung für 1984 zu erwartende Ausbildungsplatzangebot (42 800) liegt nur um 0,4% unter dem Vorjahresniveau (43 000). Dies ist um so höher zu bewerten, als das Ausbildungs-

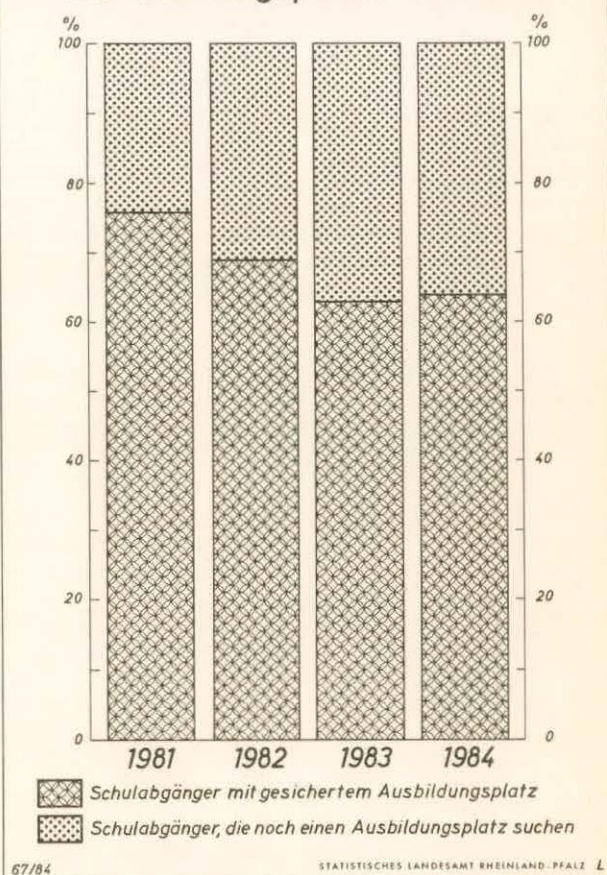
platzangebot im Jahre 1983 gegenüber 1982 nochmals um 3 000 (+ 7,5%) erhöht worden war. Gegenüber 1976 ergab sich sogar eine Steigerung um 13 000 Ausbildungsplätze (+ 43%). Inwieweit jedoch die Betriebe ihre Einstellungsabsichten aus dem Frühjahr 1984 bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres realisieren werden, hängt entscheidend von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab.

### Schulabgängerzahlen rückläufig

Das Ausbildungsplatzdefizit verringerte sich nicht nur wegen des geplanten weiteren Ausbaus der Ausbildungsplatzkapazitäten durch die Betriebe. Gleichzeitig ging auch die Zahl der Schüler zurück, die zum Schuljahrsende voraussichtlich die Schulen verlassen werden. Nach den Ergebnissen der Schulabgängerbefragung waren 1983 rund 76 300 Schulentlassungen zu erwarten, 1984 waren es 73 000.

Allerdings erhöhte sich der Anteil derer, die nach dem Verlassen der Schule eine Ausbildung im dualen System absolvieren wollen. Beabsichtigten vor einem Jahr noch 56% der zu erwartenden Schulabgänger, eine Lehre anzustreben, so waren es in diesem Jahr 58%. Wegen der leicht rückläufigen Entwicklung der Schulabgängerzahlen verringerte sich dennoch die Nachfrage nach Ausbildungsstellen geringfügig, und zwar von 42 900 auf 42 300.

### Versorgung der Schulabgänger mit Ausbildungsplätzen 1981-1984





## Ausbildungsabsichten und Ausbildungsplatzsituation der Entlassschüler nach Kreisen 1984

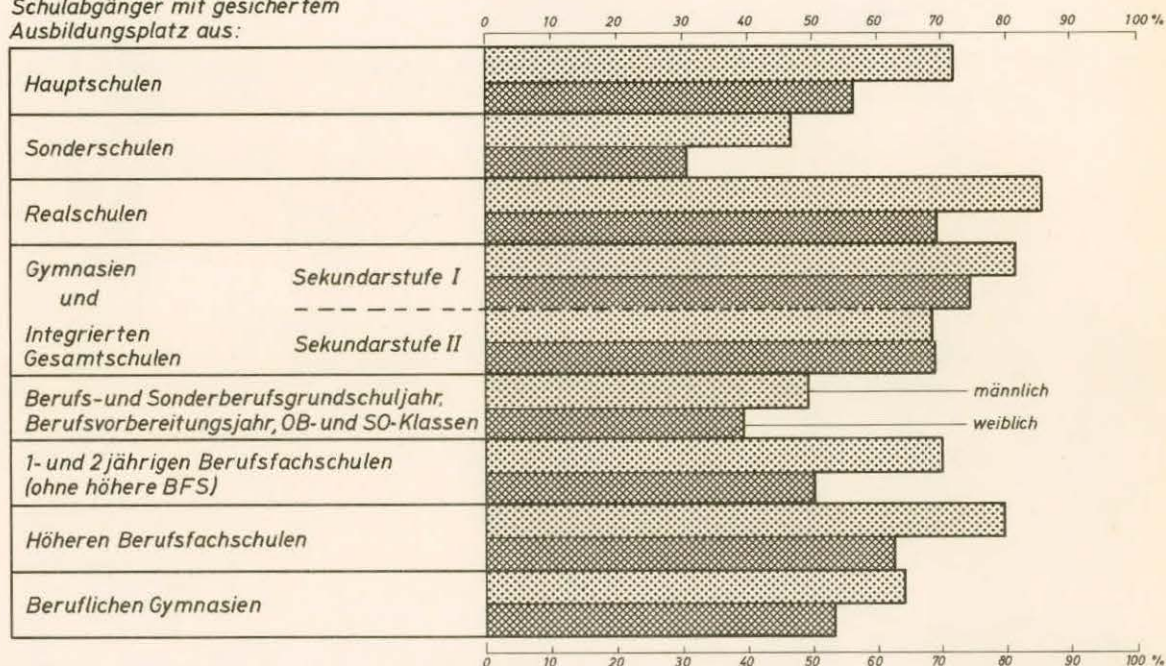
Verwaltungsbezirk	Be-fragte Ent-lass-schüler ins-gesamt	davon										
		streben eine berufliche Ausbildung im dualen System an		davon				streben eine Aus-bildung im öffent-lichen Dienst an	gehen zur Bun-des-wehr/ zum Bun-des-grenz-schutz/ in Er-satz-dienst	streben einen Ar-beits-platz, aber keine Aus-bildung an	streben un-mittelb. anschl. eine weitere schu-lische bzw. Hoch-schul-ausbildung an	wollen zu Hause bleiben (ein-schließ-lich mithel-fende Fa-milien-ange-hörige 1)
				haben einen gesicherten Ausbildungs-platz		suchen noch einen Ausbildungs-platz						
				Anzahl	%	Anzahl	%					
Kreisfreie Stadt Koblenz	3 012	1 614	53,6	926	57,4	688	42,6	3,1	3,0	4,9	30,1	5,3
Landkreise												
Ahrweiler	1 873	1 081	57,7	787	72,8	294	27,2	2,6	3,6	2,1	32,8	1,2
Altenkirchen (Ww.)	2 315	1 469	63,5	867	59,0	602	41,0	1,3	1,6	4,5	27,0	2,2
Bad Kreuznach	2 990	1 686	56,4	991	58,8	695	41,2	2,2	1,9	4,0	33,0	2,4
Birkenfeld	1 565	976	62,4	520	53,3	456	46,7	1,7	2,6	5,1	27,5	0,6
Cochem-Zell	1 193	691	57,9	531	76,8	160	23,2	1,6	2,4	1,9	36,0	0,2
Mayen-Koblenz	3 252	1 886	58,0	1 246	66,1	640	33,9	1,6	3,3	1,2	31,7	4,2
Neuwied	3 349	1 859	55,5	1 276	68,6	583	31,4	1,3	1,5	4,1	36,2	1,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 963	1 168	59,5	822	70,4	346	29,6	2,8	1,9	2,8	31,8	1,2
Rhein-Lahn-Kreis	1 958	1 165	59,5	809	69,4	356	30,6	3,0	2,9	2,5	31,3	0,8
Westerwaldkreis	3 500	2 070	59,1	1 308	63,2	762	36,8	1,7	3,7	3,7	30,1	1,7
RB Koblenz	26 970	15 665	58,1	10 083	64,4	5 582	35,6	2,0	2,6	3,4	31,6	2,2
Kreisfreie Stadt Trier	3 188	1 868	58,6	944	50,5	924	49,5	3,4	5,3	4,7	26,1	1,9
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	2 154	1 337	62,1	841	62,9	496	37,1	1,3	3,6	2,2	30,0	0,7
Bitburg-Prüm	2 275	1 356	59,6	799	58,9	557	41,1	2,6	4,4	1,1	32,1	0,2
Daun	1 464	839	57,3	493	58,8	346	41,2	3,3	4,6	1,5	33,1	0,2
Trier-Saarburg	2 015	1 176	58,4	724	61,6	452	38,4	2,1	3,2	0,4	33,4	2,5
RB Trier	11 096	6 576	59,3	3 801	57,8	2 775	42,2	2,6	4,3	2,3	30,4	1,2
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	1 111	628	56,5	435	69,3	193	30,7	0,8	0,6	7,7	32,6	1,7
Kaiserslautern	2 217	1 179	53,2	636	53,9	543	46,1	1,7	5,4	9,2	28,2	2,3
Landau i.d.Pfalz	1 404	757	53,9	475	62,7	282	37,3	3,5	6,8	5,7	28,6	1,5
Ludwigshafen a.Rhein	3 329	1 859	55,8	1 086	58,4	773	41,6	0,9	1,8	8,5	27,5	5,4
Mainz	3 616	1 966	54,4	1 363	69,3	603	30,7	2,7	5,7	3,3	33,1	0,9
Neustadt a.d.Weinstr.	1 245	702	56,4	484	68,9	218	31,1	2,4	5,1	2,2	24,1	9,8
Pirmasens	1 229	639	52,0	420	65,7	219	34,3	2,0	4,4	14,6	26,7	0,3
Speyer	1 268	624	49,2	376	60,3	248	39,7	1,9	1,3	3,9	41,9	1,7
Worms	1 849	1 119	60,5	684	61,1	435	38,9	1,4	4,1	5,6	26,6	1,7
Zweibrücken	1 092	503	46,1	314	62,4	189	37,6	2,0	0,5	6,4	33,8	11,3
Landkreise												
Alzey-Worms	1 598	949	59,4	629	66,3	320	33,7	2,1	3,9	2,8	30,7	1,2
Bad Dürkheim	1 630	1 095	67,2	738	67,4	357	32,6	1,3	1,9	1,5	27,3	0,8
Donnersbergkreis	1 661	990	59,6	623	62,9	367	37,1	2,2	3,0	2,8	31,1	1,3
Germersheim	2 181	1 272	58,3	918	72,2	354	27,8	1,1	1,7	4,7	33,3	0,8
Kaiserslautern	1 260	743	59,0	466	62,7	277	37,3	1,5	0,7	7,1	30,8	1,0
Kusel	1 326	918	69,2	552	60,1	366	39,9	0,8	0,7	2,3	18,9	8,1
Südliche Weinstraße	1 727	1 038	60,1	729	70,2	309	29,8	2,5	2,0	2,3	32,3	0,8
Ludwigshafen	1 100	642	58,4	487	75,9	155	24,1	1,4	1,0	1,2	36,5	1,5
Mainz-Bingen	2 680	1 639	61,2	1 167	71,2	472	28,8	1,2	2,8	2,8	31,3	0,8
Pirmasens	1 428	789	55,3	486	61,6	303	38,4	1,2	0,5	13,7	29,1	0,3
RB Rheinhessen-Pfalz	34 951	20 051	57,4	13 068	65,2	6 983	34,8	1,7	2,9	5,3	30,2	2,4
Rheinland-Pfalz	73 017	42 292	57,9	26 952	63,7	15 340	36,3	2,0	3,0	4,2	30,8	2,2
Kreisfreie Städte	24 560	13 458	54,8	8 143	60,5	5 315	39,5	2,2	3,9	6,1	29,6	3,4
Landkreise	48 457	28 834	59,5	18 809	65,2	10 025	34,8	1,8	2,6	3,2	31,3	1,6

1) Einschl. zum Zeitpunkt der Befragung noch unentschlossenen Schulabgängern.



## Versorgung der Schulabgänger mit Ausbildungsplätzen im Mai 1984

Schulabgänger mit gesichertem  
Ausbildungsplatz aus:



68/84

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Während der Anteil der Schulabgänger zunimmt, die eine Lehre absolvieren wollen, gehen gleichzeitig Zahl und Anteil derer zurück, die eine weitere schulische oder Hochschulausbildung anstreben. Begründet ist dies zum einen in der weiterhin abnehmenden Studienneigung der Abiturienten. So wollten nach den Ergebnissen der Abiturientenbefragung vom Februar 1984 nur 70% aller rheinland-pfälzischen Abiturienten und Abgänger aus Fachoberschulen studieren, 1983 waren es 72% gewesen, 1972 noch 90%. Zum anderen waren mit Beginn der sich verschlechternden Situation am Lehrstellenmarkt Schulabgänger verstärkt zu weiterführenden allgemein- und berufsbildenden Schulen übergegangen, um mit einer höheren Qualifikation die Chancen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zu verbessern. Diese Schüler fragen jetzt mit einer Zeitverzögerung von ein bis drei Jahren nach Lehrstellen. Ein erneutes Ausweichen dieser Schulabgänger in schulische Bildungsgänge kann nicht erwartet werden.

So gaben im Mai 1984 rund 22 500 Schulabgänger (31%) an, nach dem Verlassen der Schule eine weitere schulische oder Hochschulausbildung durchlaufen zu wollen. 1981 hatten noch 27 300 Schulabgänger (38%) diesen Ausbildungswunsch. Entsprechend gestiegen ist der Anteil derer, die in einen Beruf gehen wollen. 1984 waren es 49 000 Schulabgänger (67%), 1981 dagegen 44 700 (62%).

### 1 400 wollen in den öffentlichen Dienst

Von den Abgängern in einen Beruf planen die meisten eine Ausbildung im dualen System (42 300 oder 86%). Nur wenige suchen direkt einen Arbeits-

platz, wollen also als Ungelernte berufstätig werden (3 000 oder 6%). Für diesen Weg entscheiden sich viele Abgänger von Vollzeitklassen der Berufsschulen, aber auch Sonderschulabgänger. Bundeswehr, Bundesgrenzschutz oder Ersatzdienst gaben 2 200 (5%) als nächstes Ziel an, eine Ausbildung im öffentlichen Dienst planen 1 400 (3%) derjenigen, die in einen Beruf gehen wollen.

Von den Schulabgängern, die eine Lehre anstreben, hatten im Mai 27 000 (64%) einen gesicherten Ausbildungsplatz, 15 300 suchten noch einen Lehrherren. Nach wie vor haben Abgänger aus Sonderschulen die größten Probleme, einen Ausbildungsplatz zu finden. Von ihnen waren im Mai erst 42% mit einem Ausbildungsplatz versorgt, von den weiblichen Sonderschulabgängern sogar nur 31%. Auch Schulabgänger aus Vollzeitklassen der Berufsschulen (Berufsgrundschuljahr, Sonderberufsgrundschuljahr, Berufsvorbereitungsjahr) haben es am Lehrstellenmarkt schwer. Bis Mai 1984 hatten erst 44% von ihnen einen gesicherten Ausbildungsplatz gefunden.

Gute Chancen am Ausbildungsstellenmarkt haben vor allem Schulabgänger aus Realschulen und Gymnasien. Von den Realschulabsolventen, die eine Lehre anstreben, hatten im Mai bereits 77% einen gesicherten Ausbildungsplatz und auch 72% der Gymnasiasten hatten einen Lehrherren gefunden.

Eine Problemgruppe auf dem Lehrstellenmarkt sind Mädchen. Sie waren zum Zeitpunkt der Befragung generell schlechtergestellt als ihre männlichen Mitbewerber, ausgenommen sind hier lediglich Abgänger aus der Sekundarstufe II der Gymnasien.



Während bei den Jungen immerhin sieben von zehn mit Ausbildungsziel Lehre im Mai bereits eine Zusage hatten, waren es bei den Mädchen nur 56%.

### Regionale Unterschiede

Neben schulart- und geschlechtsspezifischen Unterschieden beim Versorgungsgrad mit Ausbildungsstellen bestehen auch regionale Abweichungen. In den Landkreisen Cochem-Zell und Ludwigshafen hatten mehr als drei Viertel der Lehrstellensuchenden im Mai bereits einen Ausbildungsplatz gefunden und auch in den Kreisen Ahrweiler, Rhein-Hunsrück-Kreis, Germersheim, Südliche Weinstraße und Mainz-Bingen lag die Versorgungsquote über 70%. Dagegen hatte in der Stadt Trier erst die Hälfte aller Lehrstellenbewerber einen Ausbildungsplatz gefunden. Im Landkreis Birkenfeld und in der Stadt Kaiserslautern war nur wenig mehr als die Hälfte der Nachfrager vermittelt.

Eine Gegenüberstellung der Zahl der offenen Stellen laut Betriebsbefragung und der Zahl der gesuchten Stellen laut Schulabgängerbefragung nach Berufsgruppen macht die große Diskrepanz zwischen

den Berufswünschen unversorgter Schulabgänger und dem Ausbildungsplatzangebot deutlich. Beispielsweise suchten im Mai dreimal so viele Schulabgänger einen Ausbildungsplatz in Gesundheits- und Körperpflegeberufen als offene Stellen vorhanden waren. In Hotel- und Gaststättenberufen betrug das Verhältnis sogar vier zu eins. Doppelt so hoch wie das Angebot war die Nachfrage in Hauswirtschaftsberufen sowie in Druck- und Papierberufen. Auch in kaufmännischen und Verwaltungsberufen (einschließlich Verkäufer) und in Elektroberufen überstieg die Nachfrage das Angebot bei weitem. Dagegen standen bei den Bauberufen im Mai wesentlich mehr Stellen zur Verfügung als gesucht wurden.

Als Fazit läßt sich aus den Ergebnissen der Betriebs- und der Schulabgängerbefragung vom Mai 1984 feststellen, daß sich die Lage am Ausbildungsstellenmarkt 1984 gegenüber dem Vorjahr kaum entspannt hat. Es sind immer noch große Anstrengungen nötig, um allen Schulabgängern einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen zu können.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

## Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftsentwicklung

### Bevölkerungsstruktur wird bei Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung zunehmend beachtet

Erste Untersuchungen über den Einfluß der Bevölkerung auf das Wirtschaftswachstum gehen bereits auf das 18. Jahrhundert zurück. Johann Peter Süßmilch veröffentlichte 1742 seine Analysen über die „Göttliche Ordnung“ in der Bevölkerungsentwicklung. Zahlreiche weitere Autoren widmeten sich diesem Thema. So findet man Abhandlungen hierzu beispielsweise von John M. Keynes (1883 bis 1946), Thomas R. Malthus (1766 bis 1834), Alfred Marshall (1842 bis 1924), Karl Marx (1795 bis 1866), Adam Smith (1723 bis 1790), Herbert Spencer (1820 bis 1903) und Knut Wicksell (1851 bis 1926). In der neueren Wirtschaftstheorie wurde diese Frage jedoch zunächst kaum beachtet. Die meisten ökonomischen Modelle, die sich mit dem Wirtschaftswachstum auseinandersetzten, ließen die Bevölkerung weitgehend außer acht. Erst der rapide Geburtenrückgang, der in den Industrieländern seit etwa Mitte der sechziger Jahre einsetzte, hat wieder zu einer zunehmenden Beschäftigung mit der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung geführt. Gegenwärtig gibt es eine große Zahl neuester Veröffentlichungen zu diesem Thema, auch spezielle bevölkerungswissenschaftliche Fachtagungen setzen sich damit auseinander.

Seit 1973 ist eine Abnahme der Bevölkerungszahl zu beobachten, sieht man einmal von geringfügigen zwischenzeitlichen Zunahmen in den Jahren 1979 bis 1981 ab. Umfaßte die Bevölkerung im Durchschnitt des Jahres 1973 in Rheinland-Pfalz noch

3 698 000 Personen, so waren es 1982 noch 3 639 000. Die sinkenden Tendenzen werden auch in Zukunft anhalten, so wird für das Jahr 1995 eine Bevölkerung von 3 541 000 Personen prognostiziert.

Dieser Rückgang in der Gesamtzahl der Bevölkerung dürfte jedoch relativ geringe Auswirkungen haben, wenn man sich im Vergleich hierzu vor Augen führt, welche erheblichen Veränderungen in der Altersstruktur stattgefunden haben und auch noch in Zukunft bevorstehen. So ist beispielsweise die Anzahl der Personen im Alter von 15 bis 25 Jahren von 1970 bis 1982 um nahezu 30% gestiegen, während die Gruppe der 65- bis 70jährigen um mehr als 20% abgenommen hat.

Die Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung lassen sich im wesentlichen zwei Themenkreisen zuordnen, nämlich einerseits den Auswirkungen auf Einkommen und Konsumverhalten, andererseits den Beziehungen zum Arbeitsmarkt.

### Bevölkerungsstruktur und Konsumverhalten

Eine Analyse von Konsumentscheidungen kann über den Pro-Kopf-Konsum erfolgen. Es kann aber auch auf Haushalte abgestellt werden, da sich zahlreiche Verbrauchsdaten, wie die Nachfrage nach Wohnungen, PKW oder nach Energie, eher auf den privaten Haushalt als auf das Individuum beziehen. Trotz sinkender Bevölkerungszahl ist zumindest bis Mitte der neunziger Jahre noch mit einer Zunahme der Anzahl der Haushalte zu rechnen. Während die



Jahr	Insgesamt		15- bis 65jährige	
	Anzahl	Veränderung zum vor- stehenden Jahr in %	Anzahl	Veränderung zum vor- stehenden Jahr in %
1950	3 046 860	.	2 042 680	.
1955	3 304 880	8,5	2 253 660	10,3
1960	3 411 170	3,2	2 237 890	- 0,7
1965	3 581 990	- 5,0	2 271 210	1,5
1970	3 658 930	2,1	2 283 250	0,5
1975	3 665 780	0,2	2 332 580	2,2
1980	3 593 940	- 2,0	2 390 360	2,5
1985	3 616 890	0,6	2 518 760	5,4
1990	3 583 860	- 0,9	2 456 300	- 2,5
1995	3 540 680	- 1,2	2 376 860	- 3,2

Meinungen über die Auswirkungen einer schrumpfenden Bevölkerung auf das durchschnittliche Einkommen je Person auseinandergehen – es gibt Untersuchungen, die ein ansteigendes, aber auch solche, die ein sinkendes Pro-Kopf-Einkommen erwarten –, beinhalten neuere Untersuchungen die weitgehend einheitliche Auffassung, daß keine gravierenden Veränderungen des privaten Konsums zu erwarten sind.

#### Bevölkerungsstruktur und Arbeitsmarkt

Ein Rückgang der Bevölkerungszahl läßt zunächst eine Entlastung des Arbeitsmarktes vermuten. E. Günther hat jedoch schon 1931 in einer Veröffentlichung in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik aufgezeigt, daß unter gewissen Bedingungen ein Geburtenrückgang auch zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen kann. Das Arbeitskräfteangebot in den kommenden Jahren hängt im wesentlichen von den Folgen des Geburtenbooms der 60er Jahre sowie des anschließenden starken Geburtenrückgangs ab. So ist zunächst mit einer Zunahme des Angebots an deutschen Arbeitskräften zu rechnen. Ab etwa 1990 kann ein Rückgang erwartet werden. Nach Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wird jedoch der deutsche Arbeitsmarkt noch in erheblichem Maße von der Entwicklung des ausländischen Erwerbspotentials belastet werden. So kommt allmählich die zweite Ausländergeneration ins Erwerbsalter, zudem belasten nachziehende Familienangehörige den Arbeitsmarkt. Ferner sind zusätzliche Zuwanderungen im Rahmen der EG-Erweiterung sowie weitere Flüchtlinge aus Ostblockländern zu erwarten. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes von der demographischen Entwicklung her wird unter diesen Voraussetzungen kaum vor der Jahrhundertwende eintreten. Für das Land Rheinland-Pfalz dürften derartige Faktoren nur geringe Bedeutung haben, da hier der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung mit 4,6% relativ gering ist (Bundesdurchschnitt 7,4%).

#### Problem der Quantifizierbarkeit

Für eine Untersuchung über den Zusammenhang zwischen der Bevölkerungs- und der Wirtschaftsent-

wicklung ist zunächst zu klären, durch welche Strukturmerkmale die Bevölkerung charakterisiert werden soll.

Esenwein-Rothe<sup>1)</sup> unterscheidet folgende drei Klassen von Merkmalen zur Kennzeichnung der Bevölkerungsstruktur:

- (1) Regionalstruktur
- (2) Vitalstruktur
- (3) Sozialstruktur

Die Regionalstruktur wird durch solche Merkmale beschrieben, die demographische Daten der Bevölkerung zur Fläche von Gebietseinheiten in Beziehung setzen, also beispielsweise die Einwohner je Flächeneinheit. Merkmale zur Charakterisierung der Vitalstruktur sind Alter, Geschlecht und Familienstand, aber auch sonstige demographische Größen wie Heiratsalter oder Ehedauer. Die Sozialstruktur läßt sich durch sozio-ökonomisch relevante Merkmale und Gruppierungen wie Berufszugehörigkeit, Haushalt und Familie beschreiben.

Die Merkmale sind zum Teil nicht oder nur schwer quantifizierbar. Darüber hinaus ist für viele Merkmale kein oder kein hinreichendes Datenmaterial verfügbar. Umfangreiches Material liegt dagegen für das Alter vor, das zudem die aufschlußreichsten Ergebnisse ableiten läßt. Die folgenden Ausführungen, die das Land Rheinland-Pfalz betreffen, beschränken sich im wesentlichen auf diese Größe. Dabei wird sowohl die vergangene Entwicklung betrachtet als auch die über das regionale Bevölkerungsprognosemodell vorausgeschätzte Entwicklung dargestellt. Der Prognose liegt das Basisjahr 1982 zugrunde.

#### Gesamtbevölkerung und Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

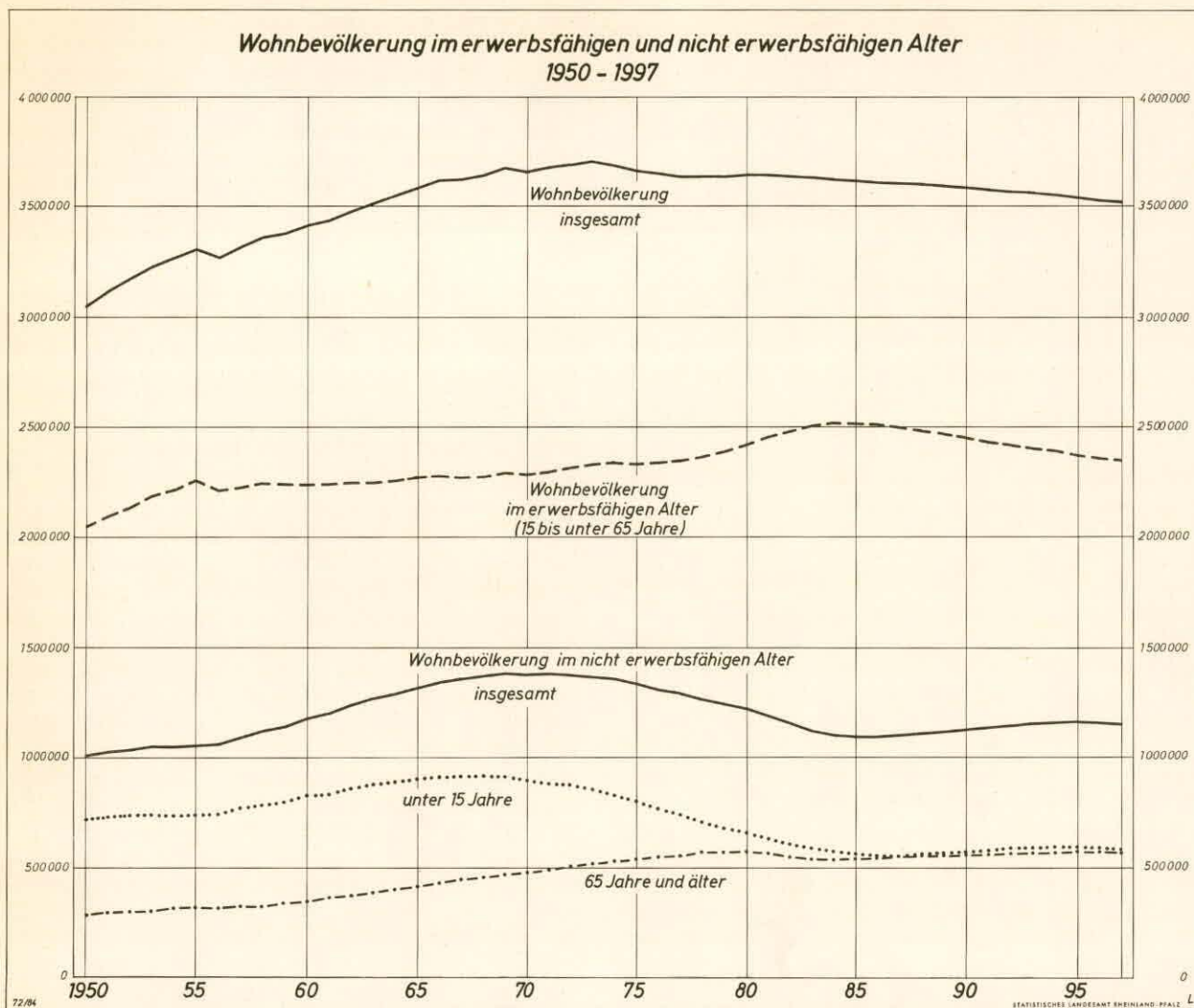
Während der Umfang der gesamten Bevölkerung Anhaltspunkte für den Bedarf an Gütern und Dienstleistungen liefert, kann die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter als Potential zur Deckung dieses Bedarfs angesehen werden. Die zahlenmäßige Entwicklung weist zum Teil erhebliche Unterschiede in den Veränderungsraten auf. So ist beispielsweise die Gesamtbevölkerung von 1950 bis 1970 um mehr als 20% angewachsen, die Anzahl der 15- bis 65jährigen im gleichen Zeitraum um nicht einmal 12%. Hingegen wird die Zahl aller Personen bis 1985 um 1,3% gegenüber dem Wert von 1975 zurückgehen, die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter jedoch um 8% zunehmen. Bis 1995 werden im Vergleich zum Jahre 1982 Rückgänge von 2,6% bzw. 4,2% erwartet.

Diese Beispiele zeigen, daß die Altersstruktur und damit die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter der Bevölkerung im Zeitablauf stark variiert. Dies bedeutet, daß schon allein aufgrund demographischer Größen große Be- oder Entlastungen des Arbeitsmarktes oder des Systems der Altersversorgung erwartet werden können.

Nach der vorliegenden Bevölkerungsprognose auf Basis des Jahres 1982 ist die größte Zahl an Personen im erwerbsfähigen Alter in diesem Jahr zu erwarten. Bis 1997, dem Endjahr der Prognose, wird sie gegenüber 1984 um 6,5% zurückgehen und dann 2 357 000 Personen umfassen.

<sup>1)</sup> Esenwein-Rothe, Ingeborg: Einführung in die Demographie, Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsprozeß aus der Sicht der Statistik, Wiesbaden 1982.





Die Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter, die sich aus den unter 15jährigen und Personen im Alter von 65 Jahren und älter zusammensetzt, wird 1986 mit 1 098 000 Personen ihren niedrigsten Stand aufweisen und bis 1995 auf 1 164 000 anwachsen. Für die Jahre danach wird eine erneute Abnahme erwartet.

Es stellt sich die Frage, ob man wegen der Verlängerung der Ausbildungszeiten und der zunehmenden Herabsetzung des Ruhestandsalters nicht von dieser üblichen Abgrenzung der Altersgruppen abgehen sollte. So könnte man als Gruppe der erwerbsfähigen Personen beispielsweise die 17- bis 62jährigen heranziehen. Größere Verschiebungen in den Ergebnissen wären dann nur bei den Absolutzahlen, weniger jedoch bei den Veränderungsraten zu erwarten.

### Steigende Belastungsquoten

Altersstrukturveränderungen in der Bevölkerung schlagen sich auch recht deutlich in der Entwicklung der Belastungsquoten nieder, die Personen im nichterwerbsfähigen Alter zu Personen im erwerbsfähigen Alter in Beziehung setzen. Die Jugendlichenbelastungsquote stellt den Quotienten aus den unter 15jährigen und den 15- bis 65jährigen dar. Zur Berechnung der Altenbelastungsquote wird die Anzahl der

Personen, die 65 Jahre und älter sind, zur Zahl der 15- bis 65jährigen ins Verhältnis gesetzt. Die gesamte Belastungsquote setzt sich additiv aus der Jugendlichen- und der Altenbelastungsquote zusammen. Damit bringen diese Quotienten zum Ausdruck, wie groß die Zahl der Personen ist, für die die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufkommen muß.

Gibt man die Anzahl der nichterwerbsfähigen Personen auf jeweils 1 000 erwerbsfähige Personen bezogen an, so zeigt sich ab 1950 zunächst ein Absinken der Quoten von 492 auf 466 bis zur Jahre 1955. Für die folgenden Jahre ist ein kräftiges Ansteigen zu verzeichnen. 1970 war mit 602 Personen im nichterwerbsfähigen Alter je 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter der Höchststand erreicht. Nach der Prognose auf Basis des Jahres 1982 wird 1985 mit 436 der niedrigste Wert und am Ende des Vorausschätzungszeitraums, im Jahre 1997, mit einer Quote von 491 der größte prognostizierte Wert erwartet.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu berücksichtigen, daß nicht alle Personen im erwerbsfähigen Alter auch tatsächlich erwerbstätig sind. Belastungsquoten bringen ausschließlich demographische Strukturmerkmale der Bevölkerung zum Ausdruck, die jedoch gegenwärtig angesichts hoher Arbeitslosenzah-



Belastungsquoten 1950 - 1995  
(Wohnbevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter  
je 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter)

Jahr	Insgesamt		Unter 15jährige		65jährige und ältere	
	Quote	1982 = 100	Quote	1982 = 100	Quote	1982 = 100
1950	492	105,6	352	144,3	140	63,1
1955	466	100,0	325	133,2	141	63,5
1960	524	112,4	369	151,2	155	69,8
1965	577	123,8	395	161,9	182	82,0
1970	602	129,2	392	160,7	210	94,6
1975	571	122,5	341	139,8	230	103,6
1980	506	108,6	270	110,7	236	106,3
1985	436	93,6	222	91,0	214	96,4
1990	459	98,5	232	95,1	227	102,3
1995	490	105,2	249	102,0	241	108,6

len nur von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung sind. Die Belastungsquoten signalisieren allein aufgrund der erwarteten Altersstrukturentwicklung der Bevölkerung ab Mitte der achtziger Jahre eine zunehmende Belastung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die jedoch in diesem Jahrhundert bei weitem nicht mehr die Werte der sechziger und siebenziger Jahre erreichen wird. Diese Zunahme bedeutet, daß bei gleichbleibender Konjunkturlage mit einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zu rechnen ist. Von der Bevölkerungsstruktur her können also in den kommenden Jahren keine Entlastungen für den Arbeitsmarkt erwartet werden.

Die Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter setzt sich aus im Grunde genommen zwei sehr unterschiedlichen Gruppen zusammen, den unter 15jährigen einerseits und den 65jährigen und älteren andererseits. Diese Differenzierung ist insofern von Interesse, als sich die Art der Belastung bei beiden Quoten grundlegend unterscheidet.

Die Unterhaltung der Kinder im Vorschul- und Schulalter ist in erster Linie Aufgabe der Eltern. Der Staat ist durch Zahlung von Kindergeld usw. sowie durch die Bereitstellung schulischer Einrichtungen und die Gehaltszahlungen an die Lehrer betroffen.

Die Bevölkerung im Rentenalter hingegen wird durch Transferzahlungen unterhalten, die im wesentlichen durch Beiträge der Erwerbstätigen aufgebracht werden müssen.

Der seit 1950 höchste Wert der Jugendlichenbelastungsquote war mit 401 im Jahre 1968 zu verzeichnen. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Bevölkerungsvorausschätzung ist 1986 mit 220 die niedrigste Quote zu erwarten, die bis zum Endjahr der Prognose auf 250 ansteigt.

Für die Altenbelastungsquote wurde 1979 mit 239 der bisher höchste Wert errechnet, im laufenden Jahre 1984 wird mit 212 der niedrigste und im Jahre 1997 mit 242 der höchste Wert im Prognosezeitraum erwartet.

### Veränderungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebots

Das tatsächliche Angebot an Arbeitskräften wird nicht allein durch die Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung – also durch eine demographische Komponente – bestimmt. Vielmehr beeinflusst auch eine Verhaltenskomponente, nämlich der Wunsch, am Erwerbsleben teilzunehmen, das Erwerbspersonenangebot. Im Rahmen des Modells zur regionalen Bevölkerungsprognose erfolgt eine Vorausschätzung des Angebots an Erwerbspersonen über beide Komponenten. Dabei wird das Erwerbsverhalten mit Hilfe alters- und geschlechtsspezifischer Erwerbsquoten beschrieben, für die eine Trendprognose auf Grundlage der in der Vergangenheit beobachteten Entwicklung durchgeführt wird. Läßt man die im Basisjahr der Prognose beobachteten Erwerbsquoten im gesamten Vorausschätzungszeitraum konstant, was einem „Einfrieren“ der Verhaltenskomponente gleichkommt, so erhält man die Veränderungen im Arbeitskräfteangebot, die allein durch die demographische Entwicklung der Bevölkerung bedingt sind.

Nach der aktuellsten vorliegenden Prognose wird das Angebot an Arbeitskräften insgesamt betrachtet von 1982 bis 1987 um 32 870 Personen auf 1 663 820 steigen und bis 1997, dem Endjahr der Prognose,

Arbeitskräfteangebot 1982 - 1997  
(Entwicklung des Angebots an Erwerbspersonen aufgrund von Veränderungen  
in der Bevölkerungsstruktur)

Jahr	Anzahl			1982 = 100		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1982	1 630 950	1 051 810	579 130	100,0	100,0	100,0
1983	1 643 780	1 061 580	582 200	100,8	100,9	100,5
1984	1 653 400	1 069 420	583 980	101,4	101,7	100,8
1985	1 658 800	1 074 300	584 500	101,7	102,1	100,9
1986	1 663 220	1 078 490	584 720	102,0	102,5	101,0
1987	1 663 820	1 080 130	583 680	102,0	102,7	100,8
1988	1 660 020	1 079 210	580 810	101,8	102,6	100,3
1989	1 652 900	1 076 690	576 200	101,3	102,4	99,5
1990	1 642 020	1 072 120	569 900	100,7	101,9	98,4
1991	1 632 720	1 068 590	564 130	100,1	101,6	97,4
1992	1 623 600	1 066 760	558 840	99,5	101,2	96,5
1993	1 613 870	1 060 630	553 230	99,0	100,8	95,5
1994	1 601 720	1 054 660	547 060	98,2	100,3	94,5
1995	1 590 440	1 048 560	541 880	97,5	99,7	93,6
1996	1 578 940	1 042 430	536 510	96,8	99,1	92,6
1997	1 567 400	1 035 840	531 560	96,1	98,5	91,8



Arbeitskräfteangebot nach Altersgruppen 1982 - 1997  
(Entwicklung des Angebots an Erwerbspersonen aufgrund von Veränderungen  
in der Bevölkerungsstruktur)

Alter	1982	1985	1988	1991	1994	1997
Anzahl						
15 - 20 Jahre	169 600	153 580	122 270	98 240	93 820	97 900
20 - 25 "	232 370	259 660	261 400	226 440	178 420	152 540
25 - 30 "	195 710	203 450	223 720	244 470	233 970	193 730
30 - 35 "	182 390	183 540	187 150	197 650	220 800	233 420
35 - 40 "	142 630	163 570	182 290	181 870	185 870	200 240
40 - 50 "	376 580	352 200	319 240	301 880	315 730	344 880
50 - 60 "	266 770	274 790	286 280	302 020	293 810	260 910
60 - 65 "	42 800	48 240	50 240	52 080	49 970	55 120
65 - 70 "	22 090	19 780	27 440	28 080	29 340	28 660
<b>Insgesamt</b>	<b>1 630 950</b>	<b>1 658 800</b>	<b>1 660 020</b>	<b>1 632 720</b>	<b>1 601 720</b>	<b>1 567 400</b>
1982 = 100						
15 - 20 Jahre	100,0	90,6	72,1	57,9	55,3	57,7
20 - 25 "	100,0	111,7	112,5	97,4	76,8	65,6
25 - 30 "	100,0	104,0	114,3	124,9	119,5	99,0
30 - 35 "	100,0	100,6	102,6	108,4	121,1	128,0
35 - 40 "	100,0	114,7	127,8	127,5	130,3	140,4
40 - 50 "	100,0	93,5	84,8	80,2	83,8	91,6
50 - 60 "	100,0	103,0	107,3	113,2	110,1	97,8
60 - 65 "	100,0	112,7	117,4	121,7	116,7	128,8
65 - 70 "	100,0	89,5	124,2	127,1	132,8	129,7
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>101,7</b>	<b>101,8</b>	<b>100,1</b>	<b>98,2</b>	<b>96,1</b>

auf 1 567 400 Erwerbspersonen zurückgehen. Etwas größer fallen die Veränderungen bei einer Differenzierung nach dem Geschlecht aus. So wird die Zahl der männlichen Erwerbspersonen 1987 um 2,7% über dem Ausgangswert von 1982 liegen, die der weiblichen nur um 0,8%. Im Endjahr der Prognose soll sich nach den Berechnungen gegenüber dem Ausgangsjahr das Angebot an männlichen um lediglich 1,5%, das an weiblichen Arbeitskräften um mehr als 8% verringert haben.

Ganz erheblich sind die Veränderungen bei einer Differenzierung nach Altersgruppen. So wird bis zum Ende des 15 Jahre umfassenden Vorausschätzungszeitraums die Anzahl der 35- bis 40jährigen um mehr als 40% zunehmen, die der 15- bis 20jährigen um mehr als 40% zurückgehen. Die Anteile der Erwerbspersonen dieser beiden Altersgruppen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen verändern sich damit von 8,7 auf 12,8% bzw. von 10,4 auf 6,2%.

Diese Ergebnisse beinhalten ausschließlich die demographische Komponente, lassen also die Verhaltenskomponente unberücksichtigt. Während eine Mitberücksichtigung der Verhaltenskomponente vermutlich zu regional unterschiedlichen Ergebnissen führen würde, dürfte sich die demographische Komponente überall weitgehend gleich auswirken, weshalb hier auf eine regional differenzierende Betrachtungsweise verzichtet wurde.

#### Geschlechterproportion weitgehend konstant

Bedenkt man, daß nur rund 30% aller Frauen erwerbstätig sind, jedoch mehr als 58% der Männer, so lassen Veränderungen in der Geschlechtsstruktur auch Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot vermuten. In diesem Jahrhundert war die Anzahl der Frauen stets größer als die der Männer. Entfielen 1900 noch 1 007 Frauen auf 1 000 Männer, so waren

es im Jahre 1950 insgesamt 1 145. Seitdem ist ein zunehmender Ausgleich der Geschlechterproportion zu verzeichnen, der zum einen durch die Knabenüberschüsse der geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre, zum anderen durch die Zuwanderungen von ausländischen Arbeitnehmern und Flüchtlingen sowie spät heimkehrenden Kriegsgefangenen erklärt wird. Dieser Ausgleichsprozeß wird auch in Zukunft anhalten. Waren 1980 noch 1 092 Frauen je 1 000 Männer zu verzeichnen, so werden es 1995 voraussichtlich 1 065 sein. Diese Veränderungen sind jedoch im Hinblick auf das zu erwartende Arbeitskräfteangebot als gering anzusehen. Im Vergleich zu anderen Einflußfaktoren dürfte der Geschlechterproportion daher nur eine unbedeutende Rolle zukommen.

#### Variierende Auslastung der Bildungseinrichtungen

Besonderes Augenmerk ist in Zukunft solchen Altersgruppen zu widmen, die in das Kindergarten-, Schul- oder Studienalter hineinwachsen. Hier sind tiefgreifende Strukturveränderungen zu erwarten, die auch Auswirkungen auf einschlägige Wirtschaftszweige nach sich ziehen werden. Zu denken ist an die Bereitstellung der verschiedensten Infrastruktureinrichtungen oder die Nachfrage von Studierenden nach Unterkünften.

Das Alter, in dem Kinder einen Kindergarten besuchen, liegt üblicherweise zwischen etwa drei und sechs Jahren. Die Anzahl der Drei- bis Sechsjährigen wird voraussichtlich 1994 ihren Höchststand erreichen und mit 124 000 Personen um 18% über der Ausgangszahl von 1982 liegen. Bis 1997 wird sich die Anzahl der Kinder in diesem Alter jedoch wieder um etwa 5 000 Personen verringert haben. Inwieweit dieser Verlauf Änderungen bei der Inanspruchnahme von Kindergärten nach sich zieht, hängt noch von



Alter	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	1 000															
3- bis 6jährige (Kindergarten)																
Anzahl	105	107	110	111	112	113	115	117	120	122	123	124	124	123	122	119
1982 = 100	100	102	105	106	107	108	110	111	114	116	117	118	118	117	116	113
6- bis 10jährige (Grundschule)																
Anzahl	141	139	138	139	142	145	147	149	150	152	155	158	161	163	165	165
1982 = 100	100	99	98	99	101	103	104	106	106	108	110	112	114	116	117	117
10- bis 16jährige (Sekundarst.I)																
Anzahl	310	286	263	242	228	216	210	209	211	214	216	219	222	226	229	232
1982 = 100	100	92	85	78	74	70	68	67	68	69	70	71	72	73	74	75
16- bis 19jährige (Sekundarst.II)																
Anzahl	196	191	185	176	164	151	138	126	115	108	106	105	106	106	109	112
1982 = 100	100	97	94	90	84	77	70	64	59	55	54	54	54	54	56	57
19- bis 25jährige (Studium)																
Anzahl	368	383	395	404	406	404	396	379	360	336	312	288	268	253	241	235
1982 = 100	100	104	107	110	110	110	108	103	98	91	85	78	73	69	65	64

weiteren Faktoren ab. So ist zu bedenken, daß nur ein Teil der Kinder in diesem Alter auch tatsächlich einen Kindergarten besucht.

Der Umfang der Altersgruppe der Sechs- bis Zehn-jährigen (Grundschulalter) wird zunächst bis 1984 auf 138 000 absinken, aber 1986 mit 142 000 Personen schon wieder über dem Stand von 1982 liegen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums können 165 000 Personen erwartet werden, was einem Zuwachs von 17% gegenüber 1982 bedeutet.

Der Verlauf der Zahl der Zehn- bis 16jährigen (Alter der Schüler in der Sekundarstufe I) ist durch einen stetigen Rückgang bis zum Jahre 1989 gekennzeichnet. Gab es 1982 noch 310 000 Jugendliche dieser Altersklasse, so werden es 1985 noch 242 000 und 1989 mit 209 000 gerade noch zwei Drittel gegenüber dem Stand von 1982 sein. Bis zum Ende des Prognosezeitraums ist wieder mit einem leichten Anstieg zu rechnen.

Bei den 16- bis 19jährigen (Alter der Schüler in der Sekundarstufe II) ist die auffälligste Entwicklung aller hier betrachteten Altersgruppen zu erwarten. So wird die Anzahl der Personen dieses Alters von 196 000 im Jahre 1982 bis 1993 um 91 000 auf nicht einmal

54% des Ausgangswertes fallen. Bis 1997 wird dann eine – allerdings vergleichsweise sehr geringe – Zunahme zu verzeichnen sein.

Recht auffällig sind auch die zahlenmäßigen Verläufe bei den 19- bis 25jährigen. Der größte Teil der Studenten ist dieser Altersgruppe zuzurechnen. Gegenüber 368 000 Personen im Jahre 1982 kann bis zum Höchststand von 1986 ein Anstieg von gut 10% verzeichnet werden. Bis zum Ende des Prognosezeitraums muß eine starke Reduzierung erwartet werden. So ist 1997 nur noch mit 235 000 Personen in dieser Altersklasse zu rechnen. Das sind 36% weniger als 1982 und 42% weniger als 1986.

Die bisher aufgezeigten Prognoseergebnisse signalisieren eine wechselnde Auslastung der Bildungseinrichtungen. Es ist jedoch zu beachten, daß Zahlen über die Entwicklung dieser Altersgruppen nur erste Anhaltspunkte für die tatsächliche Inanspruchnahme der Bildungseinrichtungen geben. So ist es denkbar, daß trotz einer Abnahme der Bevölkerungsgruppe der 19- bis 25jährigen die Zahl der Studenten, zumindest vorübergehend, dennoch zunimmt, wenn die Studienneigung wächst.

Diplom-Ökonom G. Ickler

## Behinderte

Alle zwei Jahre ist eine Bundesstatistik über die Behinderten durchzuführen. Rechtsgrundlage ist § 51 des Schwerbehindertengesetzes in der Fassung des Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294). Danach sind die Anzahl und bestimmte Merkmale wie Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Wohnort der Behinderten zu erfassen, ferner ihre Stellung im Erwerbsleben und Beruf sowie Art und Ursache der Behinderung einschließ-

lich des Grades der auf ihr beruhenden Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Maßstab für die Schwere der Behinderung ist die in Prozent ausgedrückte Minderung der Erwerbsfähigkeit. In der Statistik werden nur diejenigen körperlich, geistig oder seelisch Behinderten berücksichtigt, deren Minderung mindestens 30% beträgt. Personen mit einer Minderung von 50 und mehr Pro-



Behinderte nach Altersgruppen Ende Dezember 1983

Altersgruppe	Insgesamt							Je 1 000 Einwohner		
	insgesamt			männlich		weiblich		insgesamt	männlich 1)	weiblich 1)
	Anzahl	Veränderung zu 1981 in %	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl		
unter 4 Jahre	463	1,1	0,1	266	0,1	197	0,1	3	4	3
4 - 6 "	560	32,7	0,1	312	0,2	248	0,2	8	9	7
6 - 15 "	3 992	- 2,8	1,1	2 277	1,0	1 715	1,1	11	12	10
15 - 18 "	2 674	4,8	0,7	1 496	0,7	1 178	0,7	15	16	13
18 - 25 "	10 167	6,3	2,7	6 024	2,8	4 143	2,6	23	26	19
25 - 35 "	17 012	12,6	4,5	10 172	4,7	6 840	4,3	33	38	27
35 - 45 "	28 346	- 2,9	7,5	16 306	7,5	12 040	7,5	63	71	54
45 - 55 "	68 201	4,8	18,0	41 295	19,0	26 906	16,7	141	168	113
55 - 60 "	62 111	10,0	16,4	38 812	17,8	23 299	14,5	277	381	191
60 - 65 "	70 008	47,1	18,5	44 373	20,4	25 635	15,9	339	542	206
65 u.mehr "	114 692	31,2	30,3	56 145	25,8	58 547	36,4	213	295	169
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>378 226</b>	<b>19,0</b>	<b>100,0</b>	<b>217 478</b>	<b>100,0</b>	<b>160 748</b>	<b>100,0</b>	<b>104</b>	<b>125</b>	<b>85</b>
dar. Ausländer	4 906	35,8	1,3	3 430	1,6	1 476	0,9	28	36	19

1) Geschlechtsspezifische Quoten.

zent gelten dabei als Schwerbehinderte. Der vorliegende Aufsatz basiert auf den Daten, die dem Statistischen Landesamt vom Landesversorgungsamt, bezogen auf den Stichtag 31. Dezember 1983, zur Auswertung zur Verfügung gestellt wurden.

#### Ein Fünftel mehr Behinderte

Die erste Erhebung über die Behinderten wurde zum 31. Dezember 1979 durchgeführt. Bei der rheinland-pfälzischen Versorgungsverwaltung waren seinerzeit knapp 208 000 amtlich anerkannte Behinderte registriert. Zwei Jahre später belief sich ihre Zahl auf annähernd 318 000 und Ende 1983 bereits auf 378 200 Personen. Dies bedeutet gegenüber 1981 eine Zunahme um gut 60 000 Fälle oder knapp ein Fünftel. Damit war 1983 etwa jedem zehnten Einwohner des Landes die Behinderteneigenschaft amtlich zuerkannt worden. Bei der Beurteilung der Bestandszahlen der Versorgungsämter ist zu berücksichtigen, daß sie und damit die Statistik nur die Daten solcher Personen enthalten können, von denen bzw. für die ein Antrag auf Anerkennung einer Minderung der Erwerbsfähigkeit gestellt wurde. Da manche Behinderte möglicherweise keinen Antrag stellen, würde dies eine entsprechende Untererfassung bedeuten. Andererseits sind in den Unterlagen der Versorgungsver-

waltung sicherlich auch Personen zu Unrecht enthalten, da die Unterlagen nicht laufend bereinigt werden. Die Gültigkeitsdauer der Schwerbehindertenausweise ist unterschiedlich und beträgt bis zu fünf Jahre. Stellt nach Ablauf dieser Zeit der Behinderte keinen Verlängerungsantrag, so wird er vom Versorgungsamt nach einer gewissen Zeit in der Datei gelöscht. Dies bedeutet, daß einerseits während der Laufzeit der Ausweispflicht Abgänge durch Besserung des Gesundheitszustandes, durch Tod oder Fortzug nicht in der Datei nachvollzogen werden können und insoweit in der Tendenz eine Übererfassung vorliegt, daß aber andererseits Behinderte, die ihren Ausweis nicht verlängern, obwohl ihre Minderung weiterhin besteht, zu Unrecht nicht mehr beim Versorgungsamt geführt werden. Insgesamt dürfte die Anzahl der von der Statistik ausgewiesenen Behinderten ein realistisches Bild vermitteln.

#### Zwei Drittel der Behinderten über 55 Jahre alt

Die Zahl der Behinderten nahm gegenüber 1981 um 19% zu. Überdurchschnittliche Zuwächse errechnen sich bei den Altersgruppen der 60- bis 65jährigen (+ 47%), der über 65jährigen (+ 31%) sowie der Vier- bis Sechsjährigen (+ 33%). Bei den Sechsbis 15jährigen und den 35- bis 45jährigen ergeben sich Rückgänge um 2,8 bzw. 2,9%.

Behinderte nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit Ende Dezember 1983

Minderung der Erwerbsfähigkeit	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
30 - 40 %	39 772	10,5	21 586	9,9	18 186	11,3
40 - 50 %	27 185	7,2	14 973	6,9	12 212	7,6
50 - 60 %	77 122	20,4	46 823	21,5	30 299	18,9
60 - 70 %	46 927	12,4	28 061	12,9	18 866	11,7
70 - 80 %	36 062	9,5	21 990	10,1	14 072	8,8
80 - 90 %	62 226	16,5	34 631	15,9	27 595	17,2
90 - 100 %	15 708	4,2	9 381	4,3	6 327	3,9
100 %	73 224	19,4	40 033	18,4	33 191	20,6
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>378 226</b>	<b>100,0</b>	<b>217 478</b>	<b>100,0</b>	<b>160 748</b>	<b>100,0</b>



Art der Behinderung	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	9 835	2,6	8 681	4,0	1 154	0,7
Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen	54 014	14,3	35 480	16,3	18 534	11,5
Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	70 202	18,6	37 685	17,3	32 517	20,2
Blindheit und Sehbehinderung	15 750	4,2	8 657	4,0	7 093	4,4
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	11 573	3,1	7 157	3,3	4 416	2,7
Kleinwuchs, Entstellungen u. a.	6 617	1,7	290	0,1	6 327	3,9
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	135 638	35,9	76 891	35,4	58 747	36,5
von Herz und Kreislauf	80 416	21,3	43 875	20,2	36 541	22,7
der Atemwege	16 343	4,3	12 229	5,6	4 114	2,6
der Verdauungsorgane	16 069	4,2	11 321	5,2	4 748	3,0
der Harnorgane	6 426	1,7	3 768	1,7	2 658	1,7
der Geschlechtsorgane	8 328	2,2	813	0,4	7 515	4,7
der inneren Sekretion, des Stoffwechsels, des Blutes	8 056	2,1	4 885	2,2	3 171	2,0
Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten	30 340	8,0	17 689	8,1	12 651	7,9
Querschnittslähmung	769	0,2	528	0,2	241	0,1
Hirnorganische Störungen	14 207	3,8	9 086	4,2	5 121	3,2
Störungen der geistigen Entwicklung	10 160	2,7	5 608	2,6	4 552	2,8
Schizophrenie, affektive Psychosen	5 046	1,3	2 347	1,1	2 699	1,7
Suchtkrankheiten	158	0,0	120	0,1	38	0,0
Sonstige Behinderungen	44 257	11,7	24 948	11,5	19 309	12,0
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>378 226</b>	<b>100,0</b>	<b>217 478</b>	<b>100,0</b>	<b>160 748</b>	<b>100,0</b>

Die Altersstruktur der behinderten Personen zeigt naturgemäß ein deutliches Übergewicht der älteren Jahrgänge. So waren fast zwei Drittel von ihnen über 55 Jahre, knapp die Hälfte über 60 Jahre alt. Der Anteil der jüngeren Behinderten ist entsprechend geringer. 1,3% aller Behinderten waren jünger als 15 Jahre, 2% waren unter 18 und 4,7% unter 25 Jahre alt.

Von den Behinderten insgesamt waren 217 500 oder 57,5% Männer und 160 750 Frauen. Von den 55- bis 65jährigen Behinderten entfielen 63% auf Männer. Sie haben in allen Altersgruppen ein zahlenmäßiges Übergewicht mit Ausnahme der über 65jährigen, unter denen mehr weibliche (51%) als männliche Behinderte sind.

Der Anteil der männlichen und der weiblichen Behinderten ist in den einzelnen Altersgruppen bis zu den mittleren Jahrgängen fast gleich groß; 17% der behinderten Männer und 16,5% der behinderten Frauen sind unter 45 Jahre alt. Im Alter von 45 bis 65 Jahre sind 57% der behinderten Männer und 47% der behinderten Frauen. Von den Behinderten ab 65 Jahre sind 36,4% Frauen und gut ein Viertel Männer. Dies bedeutet kein höherer Behindertenanteil der Frauen unter den älteren Menschen, sondern ergibt sich aus der höheren Lebenserwartung der Frauen. Unter den 65 Jahre und älteren Menschen sind nämlich fast 65% Frauen, aber nur gut 35% Männer.

#### Männer häufiger behindert als Frauen

Auf 1 000 Einwohner entfallen in Rheinland-Pfalz 104 Behinderte, und zwar auf 1 000 Männer 125 und auf 1 000 Frauen 85. Der Anteil der Behinderten an der Bevölkerung steigt mit zunehmendem Alter bis zu den unter 65jährigen stetig an. So sind von

1 000 Kindern unter vier Jahren drei behindert, von 1 000 35- bis 45jährigen Personen 63 und von 1 000 55- bis 60jährigen 277. Den höchsten Anteilswert verzeichnen die 60- bis 65jährigen; hier sind von 1 000 Einwohnern 339 behindert. Von den über 65jährigen sind es 213. Der relativ hohe Behindertenanteil der 60- bis 65jährigen dürfte – abgesehen von der altersabhängigen Zunahme der Behinderungen – auch damit zusammenhängen, daß in dieser Altersgruppe ein besonderes Interesse an der amtlichen Anerkennung der Behinderteneigenschaft besteht. Denn die schwerbehinderten Erwerbstätigen haben die Möglichkeit, mit Vollendung des 60. Lebensjahres in Rente bzw. in den Ruhestand zu gehen. Nicht mehr im Erwerbsleben stehende ältere behinderte Personen dürften an der amtlichen Anerkennung ihrer Behinderung bzw. der Verlängerung der Gültigkeitsdauer ihres Ausweises weniger interessiert sein, so daß in dieser Altersgruppe auch eine zahlenmäßige Unterfassung der Behinderten nicht auszuschließen ist.

Gemessen an der Bevölkerung gleichen Geschlechts bestehen in den einzelnen Altersgruppen zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den Anteilen der männlichen und weiblichen Behinderten. Im allgemeinen liegt die Behindertenquote der männlichen Personen in allen Altersgruppen über derjenigen der weiblichen, wobei die Unterschiede bei den unter 18 Jahre alten Personen noch vergleichsweise gering sind. Von 1 000 Jungen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren werden 16, von 1 000 Mädchen gleichen Alters 13 als behindert ausgewiesen. In der Altersklasse der 45- bis 55jährigen lautet die entsprechende Relation bereits 168 zu 113. Bei den 55- bis 60jährigen sind mit 381 Fällen genau doppelt so viele Männer wie Frauen je 1 000 Einwohner als Behinderte registriert. Noch ausgeprägter unterscheiden sich

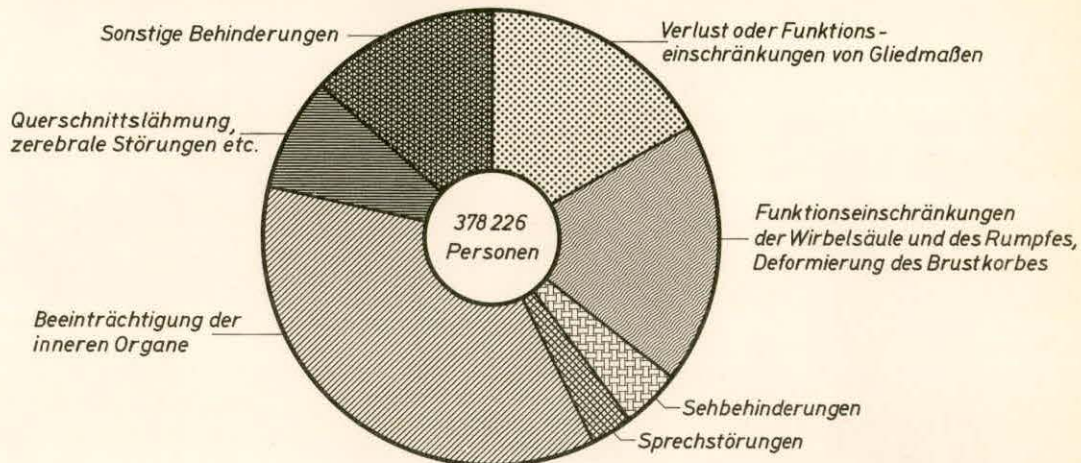


Behinderte nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit in den Verwaltungsbezirken Ende Dezember 1983

Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	Je 1 000 Ein- wohner	Mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von ... bis ... %					
			30 - 50	50 - 70	70 - 80	80 - 90	90 - 100	100
Kreisfreie Stadt								
Koblenz	17 629	158	2 776	5 568	1 492	3 412	689	3 692
Landkreise	128 053	103	22 407	41 110	11 448	21 812	4 678	26 598
Ahrweiler	10 810	97	1 727	3 397	901	2 022	409	2 354
Altenkirchen (Ww.)	12 778	105	2 114	4 112	1 250	2 300	504	2 498
Bad Kreuznach	16 435	113	2 834	5 171	1 524	2 646	632	3 628
Birkenfeld	8 046	93	1 274	2 574	712	1 429	301	1 756
Cochem-Zell	6 067	101	961	1 834	493	1 105	229	1 445
Mayen-Koblenz	19 831	106	3 755	6 402	1 715	3 248	694	4 017
Neuwied	17 590	113	2 961	5 694	1 538	3 074	634	3 689
Rhein-Hunsrück-Kreis	8 512	94	1 563	2 852	757	1 406	284	1 650
Rhein-Lahn-Kreis	12 678	108	2 180	3 959	1 144	2 138	453	2 804
Westerwaldkreis	15 306	90	3 038	5 115	1 414	2 444	538	2 757
RB Koblenz	145 682	107	25 183	46 678	12 940	25 224	5 367	30 290
Kreisfreie Stadt								
Trier	13 978	147	1 852	4 161	1 454	2 790	701	3 020
Landkreise	31 536	84	5 334	9 840	3 284	5 200	1 468	6 410
Bernkastel-Wittlich	8 009	75	1 342	2 409	820	1 319	399	1 720
Bitburg-Prüm	6 858	77	1 173	2 056	721	1 133	317	1 458
Daun	5 226	93	802	1 603	563	930	246	1 082
Trier-Saarburg	11 443	91	2 017	3 772	1 180	1 818	506	2 150
RB Trier	45 514	96	7 186	14 001	4 738	7 990	2 169	9 430
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	4 372	100	878	1 502	392	684	202	714
Kaiserslautern	10 255	104	1 776	3 260	1 127	1 694	504	1 894
Landau i.d.Pfalz	4 755	133	750	1 609	503	776	253	864
Ludwigshafen a.Rhein	18 572	119	3 841	6 351	1 803	2 838	826	2 913
Mainz	24 131	129	3 389	7 719	2 387	4 395	1 151	5 090
Neustadt a.d.Weinstr.	5 789	117	989	1 894	630	962	274	1 040
Pirmasens	6 328	133	1 105	2 158	654	1 029	307	1 075
Speyer	5 253	120	982	1 746	540	792	241	952
Worms	7 988	110	1 260	2 621	722	1 340	363	1 682
Zweibrücken	4 074	120	712	1 395	400	670	201	696
Landkreise	95 496	92	18 902	33 104	9 225	13 831	3 850	16 584
Alzey-Worms	9 153	94	1 598	3 166	839	1 351	381	1 818
Bad Dürkheim	10 231	87	2 190	3 539	1 000	1 426	394	1 682
Donnersbergkreis	5 386	80	972	1 649	533	768	222	1 242
Germersheim	7 995	78	1 770	2 973	724	1 050	275	1 203
Kaiserslautern	8 485	89	1 688	2 850	857	1 204	361	1 525
Kusel	6 497	88	1 320	2 245	646	894	264	1 128
Südliche Weinstraße	9 983	105	1 811	3 457	1 001	1 483	449	1 782
Ludwigshafen	12 128	95	2 832	4 430	1 173	1 570	461	1 662
Mainz-Bingen	16 183	101	2 786	5 522	1 514	2 725	639	2 997
Pirmasens	9 455	96	1 935	3 273	938	1 360	404	1 545
RB Rheinhessen-Pfalz	187 013	104	34 584	63 359	18 383	29 011	8 172	33 504
Rheinland-Pfalz	378 226	104	66 957	124 049	36 062	62 226	15 708	73 224
Kreisfreie Städte	123 124	126	20 310	39 984	12 104	21 382	5 712	23 632
Landkreise	255 085	96	46 643	84 054	23 957	40 843	9 996	49 592
Wohnsitz außerhalb der BRD	17	.	4	11	1	1	-	-



## Behinderte nach der schwerwiegendsten Art der Behinderung 1983



74/83

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

die Anteilswerte der 60- bis 65jährigen mit 542 behinderten Männern gegenüber 206 behinderten Frauen je 1 000 Einwohnern. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede dürften wiederum primär mit dem Umfang der Erwerbsfähigkeit zusammenhängen. Im allgemeinen sind die Frauen, und insbesondere diejenigen über 60 Jahre, weniger häufig berufstätig, so daß ihr Interesse an der amtlichen Anerkennung als Behinderte geringer ist.

### Behinderte Ausländer

Die Zahl der Behinderten nichtdeutscher Staatsangehörigkeit belief sich 1983 auf 4 900. Das sind 1,3% aller behinderten Personen. Demgegenüber errechnet sich für die 174 496 in Rheinland-Pfalz zum Jahresende 1983 gezählten Ausländer ein Anteil von 4,8% an der Wohnbevölkerung. Allerdings liegt die Steigerungsrate der behinderten Ausländer gegenüber 1981 mit + 36% beträchtlich über dem Gesamtdurchschnitt. 3 430 oder 70% der ausländischen Behinderten waren Männer, 1 476 Frauen. Damit ist der Anteil der weiblichen Behinderten bei den Nichtdeutschen deutlich geringer als beim Durchschnitt der Behinderten insgesamt (42,5%). Dies hängt zweifellos mit der Altersstruktur der Ausländerinnen in der Bundesrepublik zusammen. Von 1 000 ausländischen Mitbürgern waren 28 behindert, wobei auf 1 000 Männer 36 und auf 1 000 Frauen 19 Behinderte kamen.

### Vier Fünftel der Behinderten sind schwerbehindert

Von den rund 378 000 statistisch erfaßten Behinderten hatten 1983 knapp 67 000 oder 17,7% eine Minderung der Erwerbsfähigkeit zwischen 30 und 50%. Schwerbehindert mit einer Minderung von mindestens 50% waren über 311 000 Personen oder gut 82%. Darunter sind 73 200 Personen mit einer Minderung von 100%, so daß nahezu jeder fünfte Behinderte als voll erwerbsunfähig eingestuft ist. 4,2% aller Behinderten haben eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 90 bis unter 100%, 7,2% von 40 bis unter 50%. Jeweils rund ein Fünftel der Behinderten haben eine anerkannte Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 bis 60% bzw. 100%.

In den einzelnen Erwerbsminderungsgruppen bestehen anteilmäßige Abweichungen zwischen den männlichen und weiblichen Behinderten. Bei den Frauen ist der Anteil der leichter Behinderten (18,9%) höher als bei den Männern (16,8%), von denen gut 83% als Schwerbehinderte eingestuft sind. Allerdings wiesen relativ mehr Frauen (20,6%) einen Minderungsgrad von 100% auf als Männer (18,4%), was auf die unterschiedliche Altersstruktur beider Gruppen zurückzuführen sein dürfte.

### Verlust oder Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen bei jedem sechsten Behinderten

Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die zu einer Minderung der Erwerbsfähigkeit geführt haben, sind vielfältiger Art. Die meisten Behinderten leiden an einer Beeinträchtigung der Funktion innerer Organe. Allein bei 135 640 Personen, das sind rund 36% aller Behinderten, lag dieser Befund vor, darunter bei 80 420 (21%) in Form von Herz- und Kreislaufstörungen. Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie Brustkorbdeformierungen sind bei 70 200 oder 19% aller nachgewiesenen Fälle diagnostiziert worden. Vom Verlust oder Teilverlust sowie von Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen waren 63 850 oder 17% der Behinderten betroffen, wobei sich hier deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen lassen. Während 12% der weiblichen Behinderten unter dieser gesundheitlichen Beeinträchtigung leiden, ist es immerhin gut ein Fünftel der männlichen Behinderten. Hier spielen neben den Kriegsfolgen möglicherweise auch die häufigere Verwicklung der Männer in Arbeits-, Verkehrs- und sonstige Unfälle eine Rolle. Demgegenüber zeigen Leiden, die zu einem großen Teil angeboren sind, bei männlichen und weiblichen Behinderten etwa die gleiche Häufigkeitsverteilung. Dies gilt für Sehbehinderung, Blindheit, unter der gut 4% aller Behinderten litten, hirnorganische Störungen (3,8%), Sprachstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit (3,1%) und Störungen der geistigen Entwicklung (2,7%).



## Relativ viele Behinderte in Koblenz und Trier

Der Anteil der Behinderten an der Bevölkerung weist in den einzelnen Verwaltungsbezirken zum Teil erhebliche Unterschiede auf. So wurde der Landesdurchschnitt von 104 behinderten Personen je 1 000 Einwohner im Regierungsbezirk Koblenz (107) überschritten und im Regierungsbezirk Trier (96) unterschritten. Der Bezirk Rheinhessen-Pfalz entspricht genau dem Landeswert. Die höchste Behinderten-Quote errechnet sich für die Stadt Koblenz (158), gefolgt von den Städten Trier (147), Landau, Pirmasens (je 133) und Mainz (129). Die übrigen kreisfreien Städte lagen, mit Ausnahme von Frankenthal (100) und Kaiserslautern (104), ebenfalls über dem Landesdurchschnitt. Dies gilt auch für eine Reihe von Landkreisen, und zwar für Kreuznach und Neuwied (je 113), den Rhein-Lahn-Kreis (108), Mayen-Koblenz (106), Altenkirchen und Südliche Weinstraße (je 105). In allen anderen Landkreisen ergab sich ein unterdurchschnittlicher Anteil der Behinderten an der Gesamtbevölkerung. Die niedrigsten Zahlen, bezogen auf 1 000 Einwohner, werden für die Landkreise Bernkastel-Wittlich mit 75, Bitburg-Prüm (77), Germers-

heim (78), den Donnersbergkreis (80) und Bad Dürkheim (87) nachgewiesen. Die Kreise der Bezirke Trier (84) und Rheinhessen-Pfalz (92) fallen durch vergleichsweise niedrige Behinderten-Quoten auf.

Im allgemeinen ist ein Stadt-Land-Gefälle bei der relativen Häufigkeit Behinderter festzustellen. Dies ist daran abzulesen, daß Ende 1983 in den Landkreisen bei 73% der Gesamtbevölkerung nur 67% der behinderten Menschen wohnten. Dies kommt deutlicher in der Behinderten-Quote zum Ausdruck. Im Durchschnitt aller kreisfreien Städte kamen auf 1 000 Einwohner 126 Behinderte, in den Landkreisen 96.

Hinsichtlich des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit zeigen sich keine ausgeprägten Abweichungen zwischen Stadt und Land. Im Schnitt der kreisfreien Städte beläuft sich der Anteil der Schwerbehinderten, also der Personen mit einer Minderung von mindestens 50%, auf insgesamt 83,5% aller Behinderten. Er liegt damit etwas über dem entsprechenden Wert der Landkreise, in denen 82% der Behinderten den Schwerbehindertenausweis haben.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

## Ernteaussichten für 1984

### Witterungsverlauf

Zu Beginn des Winters 1983/84 herrschte überwiegend trockenes Frostwetter mit mäßigen Kältegraden. Vom Ende der zweiten Dezemberdekade an gestaltete sich die Witterung zunächst recht mild und niederschlagsreich. Anfang 1984 gingen die Niederschläge in höheren Lagen zunehmend in Schnee über, während in Tallagen die Temperaturen nur vereinzelt unter den Gefrierpunkt fielen. In den Mittelgebirgslagen bildete sich nach und nach eine Schneedecke, die teilweise bis Mitte März bestehen blieb. In den ersten Februartagen kam es zu starken Regenfällen, die in Verbindung mit einer vorübergehenden Schneeschmelze in den Höhengebieten vor allem in den nordöstlichen Landesteilen an zahlreichen Fluß- und Bachläufen zu außergewöhnlichen Überschwemmungen und Hochwasserschäden führten.

Mit Beginn der zweiten Februardekade gelangte unter dem Einfluß eines nordeuropäischen Hochs kalte Festlandsluft nach Rheinland-Pfalz, die bis Ende März überwiegend heiteres Winterwetter brachte. Lediglich um die Monatswende wurde das beständige Hochdruckwetter vorübergehend durch Tiefausläufer unterbrochen. Extreme Kältegrade wurden nicht erreicht. Durch intensive Sonneneinstrahlung und lebhaft Luftströmungen trockneten jedoch in freien Lagen die Ackerböden schnell aus, so daß die Wintersaaten gebietsweise Trockenschäden erlitten. Mitte März stiegen die Tageshöchsttemperaturen auf etwa + 10 Grad Celsius an, infolge beträchtlicher Nachfröste zeigte das Wachstum jedoch noch keine nennenswerten Fortschritte. Anfang April bewirkte polare Kaltluft aus nördlichen Breiten einen erneuten

Wintereinbruch mit ganz erheblichen Schneefällen, die in höheren Lagen nochmals für mehrere Tage eine geschlossene Schneedecke von beträchtlicher Höhe brachten.

### Kaltes Frühjahr

Mitte April stiegen die Tageshöchsttemperaturen auf + 15 Grad Celsius und höher an. Daraufhin setzte das Wachstum der meisten Kulturpflanzen verstärkt ein, obwohl es immer wieder zu Nachfrösten kam. Insbesondere zu Beginn der dritten Aprildekade zeigte das Wachstum bei teilweise sommerlichen Temperaturen erhebliche Fortschritte. Luftzufuhren aus nördlichen Richtungen ließen jedoch Ende

Gemüseerträge 1984

Gemüseart	Hektarertrag		
	D	1983	1984
	1978/83		
	dt		
Frühjahrsspinat	171,4	195,0	202,7
Frühweißkohl	310,4	315,3	328,4
Frührotkohl	286,8	302,3	308,2
Frühwirsing	233,3	255,6	279,0
Frühlumenkohl	229,9	233,2	246,1
Frühe Möhren	223,9	229,2	230,9
Frühe Karotten	204,8	204,8	197,3
Frischerbsen	50,2	56,7	64,6
Frühkohlrabi	238,8	277,5	266,0
Frühjahrskopfsalat	206,1	204,4	206,3
Spargel	38,6	35,7	33,6
Buschbohnen	99,0	92,1	85,1
Stangenbohnen	141,3	131,4	125,6
Einlegegurken	176,3	156,3	149,5
Schälgurken	219,2	218,9	167,9



# Ertragserwartungen für Obst 1984

Obstart	Maß- ein- heit	D 1978/83	1983	Vor- schät- zung 1984
Äpfel, Marktobstbau <sup>1)</sup>	dt	311 787	224 071	337 444
Äpfel, Übriger Anbau	kg je	26,5	20,4	24,3
Hoch- und Halb- stämme	Baum	32,7	25,5	29,4
Niederstämme	"	19,3	14,4	18,4
Birnen, Marktobstbau	"	20,5	22,8	19,0
Birnen, Übriger Anbau	"	20,0	18,5	18,0
Hoch- und Halb- stämme	"	22,9	20,5	20,5
Niederstämme	"	16,0	15,9	14,6
Süßkirschen	"	25,1	29,5	24,7 <sup>2)</sup>
Sauerkirschen	"	20,9	17,7	22,7
Pflaumen und Zwetschen	"	24,8	25,8	23,8
Mirabellen und Renekloden	"	19,7	25,9	18,3
Aprikosen	"	14,8	11,6	13,8
Pfirsiche	"	12,3	12,7	12,5
Erdbeeren	dt/ha	77,8	77,0	73,8

1) Erntemenge. - 2) Endgültiger Ertrag.

des Monats die Temperaturen wieder merklich absinken. Im Mai herrschte überwiegend kühles Schauerwetter. Lediglich an einzelnen Tagen wurden + 20 Grad Celsius erreicht. Insbesondere Ende Mai und Anfang Juni fielen anhaltende und sehr ergiebige Niederschläge.

Auch im Juni und Juli wurde die Witterung häufig durch Luftströmungen polaren Ursprungs bestimmt. Mitte Juni war es über zwei Wochen meistens trocken, die Temperaturen erreichten jedoch nur an wenigen Tagen zu Beginn der zweiten Monatshälfte sommerliche Werte. Nachdem am 1. Juli in ungünstigen Lagen noch Nachfröste aufgetreten waren, gelangte Ende der ersten Juliwoche tropische Warmluft in das Gebiet von Rheinland-Pfalz, die eine rasche Erwärmung und für kurze Zeit hochsommerliche Witterung brachte. An wenigen Tagen stiegen die Temperaturen verbreitet auf Werte von über 30 Grad Celsius an. Ende der ersten Julihälfte wurde jedoch diese Wetterlage durch ein Gewittertief schnell beendet. Danach verursachte erneut kalte Nordseeluft Schauerwetter. Ende der dritten Juliwoche setzte sich wieder Hochdruckeinfluß durch, der zunächst mäßig warmes und zum Monatsende heißes Sommerwetter brachte.

## Späte, aber gute Getreideernte

Infolge der anhaltenden Schneedecke in den Höhengebieten sind während der kalten Jahreszeit trotz zeitweise ungünstiger Wetterverhältnisse an den Wintersaaten nur auf wenigen Feldern Totalausfälle entstanden, die eine Neubestellung erforderten. Geringere Auswinterungsschäden, insbesondere gebietsweise bei Wintergerste und Winterraps, sind hingegen während der langen Bestockungsphase größtenteils wieder ausgeglichen worden.

Das Schossen des Getreides setzte Ende April ein und verlief im Mai infolge der niedrigen Temperatu-

ren sehr langsam. Das Ährenschieben und die Blüte erfolgten erst zwei Wochen später als in Normaljahren. Die reichlichen Niederschläge verursachten jedoch nur wenig Lagerung. Für die weitere Entwicklung war ferner vorteilhaft, daß infolge des verhaltenen Wachstums und des späten Reifebeginns die notwendige Kornfüllphase voll zur Verfügung stand. Anfang Juli konnten in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz bereits recht gute Getreidebestände beobachtet werden. Die Ernte der Wintergerste setzte in der südlichen Vorderpfalz zu Beginn der vierten Juliwoche und damit etwa zwei Wochen später als sonst ein. Beim Winterweizen wird auch in den klimatisch begünstigten Gebieten die Vollreife nicht vor Mitte und in den Höhengebieten nicht vor Ende August eintreten.

Nach einer ersten Vorschätzung, die Anfang Juli vorgenommen wurde, ist für dieses Jahr mit wesentlich höheren Hektarerträgen als im Vorjahr zu rechnen. Nachdem das Sommergetreide im letzten Jahr nur geringe Erträge gebracht hatte, sind nunmehr für diese Arten wieder mindestens durchschnittliche Flächenleistungen zu erwarten. Bei den Wintergetreidearten werden auch die Ergebnisse im mehrjährigen Mittel deutlich übertroffen. Die Spitzenerträge des Jahres 1982 dürften jedoch nicht erreicht werden. Unter Berücksichtigung einer Anbaueinschränkung von gut 4 000 ha oder 1,3% wird sich die diesjährige Getreideernte auf etwa 1,4 bis 1,5 Mill. t belaufen und damit gut 10% höher ausfallen als das Ergebnis von 1983. Der Hektarertrag für Getreide insgesamt dürfte etwa 44 dt betragen gegenüber 38 dt im Vorjahr, 45 dt im Jahre 1982 und 38 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1978/83.

## Einbußen beim ersten Rauhfutterschnitt

Das Wachstum der Rauhfutterpflanzen setzte in der zweiten Aprilhälfte ein und blieb im Mai und Anfang Juni infolge zu kühler Witterung hinter dem normalen Stand zurück. Mit der Ernte des ersten Schnittes

# Ertragserwartungen für Feldfrüchte und Futterpflanzen 1984

Fruchtart	Hektarertrag		
	D 1978/83	1983	Vor- schätzung 1984
	dt		
Winterweizen	47,6	46,8	48,2
Sommerweizen	42,5	37,7	40,6
Roggen	38,2	35,3	40,1
Wintermenggetreide	38,6	34,9	39,6
Wintergerste	46,9	44,6	47,3
Sommergerste	36,6	30,8	38,3
Hafer	37,8	28,7	36,2
Sommernenggetreide	36,1	28,1	35,8
Frühkartoffeln	217,6	198,2	213,0
Winterraps	24,3	23,4	23,2
Rauhfutter <sup>1)</sup>	55,1	60,0	53,7
Wiesen	53,3	58,7	51,8
Mähweiden	57,1	61,3	55,7
Grasanbau auf dem Ackerland	59,7	63,1	58,1
Klee und Klee gras	59,9	65,0	59,6
Luzerne	61,8	63,1	59,8

1) Heuertrag des ersten Schnittes.



Anbaugebiet Bereich	Gescheinansatz			Traubenansatz		
	schlecht	mittel	gut	schlecht	mittel	gut
	% der eingegangenen Berichte					
<u>Ahr</u>	-	50	50	-	100	-
<u>Mittelrhein</u>	-	50	50	-	43	57
Bacharach	-	67	33	-	50	50
Rhein-Burgengau	-	44	56	-	40	60
<u>Mosel-Saar-Ruwer</u>	3	78	19	6	72	22
Bernkastel	6	75	19	3	68	29
Obermosel	11	89	-	25	75	-
Saar-Ruwer	-	84	16	7	80	13
Zell/Mosel	-	72	28	-	71	29
<u>Nahe</u>	3	47	50	5	46	49
Bad Kreuznach	9	55	36	8	38	54
Schloß Böckelheim	-	44	56	4	50	46
<u>Rheinhessen</u>	-	70	30	1	44	55
Bingen	-	69	31	-	41	59
Nierstein	-	70	30	3	46	51
Wonnegau	-	72	28	-	46	54
<u>Rheinpfalz</u>	1	56	43	-	45	55
Südliche Weinstraße	3	58	39	-	45	55
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	-	54	46	-	44	56
Rheinland-Pfalz	2	65	33	3	52	45
dagegen 1983	-	30	70	-	18	82

wurde in Tallagen und Ebenen Ende der ersten Juni-dekade, in höheren Lagen Anfang Juli begonnen. Bei überwiegend günstigem Sommerwetter konnte der größte Teil der Heuernte zügig eingebracht werden.

Die Ertragsschätzung des ersten Rauhfutterschnittes ergab für alle Arten zusammen nur 54 dt Heu je Hektar gegenüber 60 dt im Vorjahr und 55 dt im mehrjährigen Mittel. Wiesen lieferten 52 dt, Mähweiden 56 dt, Klee und Klee gras 60 dt. Wegen der verspäteten Ernte waren teilweise leichte Qualitätseinbußen zu verzeichnen. Im Juli machte das Wachstum auf den Wiesen und Weiden beträchtliche Fortschritte, so daß weitere Nutzungen möglich sind.

Kartoffeln, Rüben und Grünmais konnten rechtzeitig bestellt werden. Das Auflaufen und erste Wachstum verzögerten sich jedoch durch niedrige Temperaturen beträchtlich. Ab Mitte Juni und im Juli verlief die Entwicklung günstiger. Ende Juli wiesen die meisten Kulturen einen mittleren Wachstumsstand auf. Frühkartoffeln, für die bereits Ertragsschätzungen vorliegen, werden mit annähernd 220 dt je Hektar die geringen Erträge des Vorjahres deutlich und die im mehrjährigen Durchschnitt noch etwas übertreffen.

#### Rebenaustrieb und -blüte verspätet

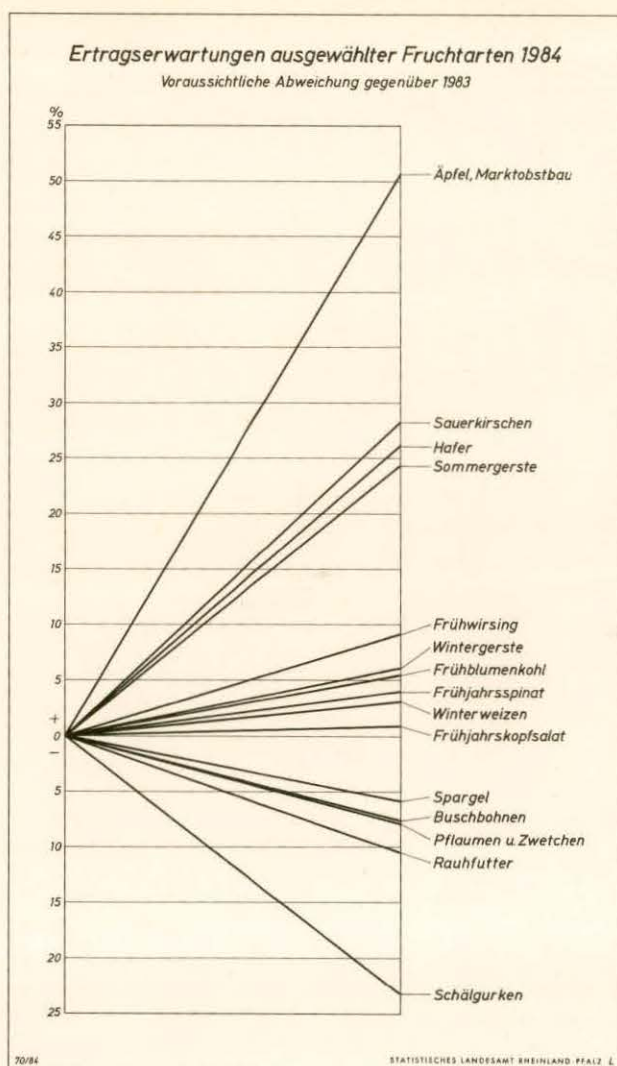
Während des letzten Winters und im Frühjahr sind in den Weinbergen keine nennenswerten Frostschäden an Holz, Knospen oder Laub entstanden. Da die Reben auch reichlich mit Feuchtigkeit versorgt waren und eine gute Holzausreife aufwiesen, bestanden zu-

nächst günstige Wachstumsvoraussetzungen. Der Rebenaustrieb erfolgte auf Grund niedriger Temperaturen erst Ende der ersten Maidekade und damit etwa zehn Tage später als in Normaljahren. Vermutlich infolge der Trockenheit im letzten Herbst trieben insbesondere an Mosel, Saar und Ruwer einige Knospen nicht aus. Im Mai und Anfang Juni verlief das Rebenwachstum zunächst sehr verhalten, ab Mitte Juni etwas zügiger.

Der Gescheinansatz wurde von 33% der Bericht-erstatte als gut und von 65% als mittel beurteilt. Das erste wichtige Merkmal zur Abschätzung der künftigen Ertragsaussichten erhielt damit eine deutlich geringere Bewertung als in den beiden letzten Jahren (1983: 70% gut), welche die bisher größten Weinmosternten gebracht hatten. Die Rebenblüte setzte in der Pfalz und in Rheinhessen um den 1. Juli ein und wurde hier mehrere Tage von kühlem Schauerwetter begleitet. In den übrigen Anbaugebie-ten begann sie etwa eine Woche später bei hoch-sommerlicher Witterung und war hier überwiegend nach wenigen Tagen beendet. Die Blüte erfolgte da-mit etwa zwei Wochen später als in Normaljahren.

Nach den Beurteilungen der Berichterstatte sind im Land etwa 18% schwache und 3% mittlere Ver-rieselungsschäden entstanden. Letztere bezogen sich hauptsächlich auf die Gebiete Ahr und Saar-Ruwer. Ende Juli wurde der Traubenansatz von 45% als gut und von 52% als mittel beurteilt, während im letzten Jahr 82% eine gute Bewertung erhielten. Auf Grund des überwiegend günstigen Blütenverlaufs fielen diese Ergebnisse deutlich besser aus als die für den Ge-





scheinansatz. In den Anbaugebieten Ahr und Mosel-Saar-Ruwer wurde dennoch der Traubenansatz weniger gut beurteilt als in den Anbaugebieten Rheinland-Pfalz, Rheinhessen und Nahe.

Aus diesen Ergebnissen kann geschlossen werden, daß die diesjährige Weinmosternte etwas höher als im Sechsjahresdurchschnitt 1978/83 (6,5 Mill. hl) ausfallen dürfte. Bezüglich der Qualitätsaussichten ist gegenwärtig der durch die späte Rebenblüte bedingte Vegetationsrückstand nachteilig zu werten. Günstige Wetterbedingungen im Spätsommer und Herbst können die Entwicklung aber durchaus noch positiv beeinflussen.

#### Mittlere Obsternte

Auch an den Obstgehölzen und Knospen entstanden im Winter und Frühjahr keine größeren Schäden durch Frosteinwirkungen. Südkirschen, Birnen und Frühpflaumen erblühten in den klimatisch begünstigten Gebieten zu Beginn der dritten Aprildekade bei zunächst überwiegend guten Witterungsverhältnissen. Die übrigen Arten und Gebiete folgten Anfang Mai bei wechselhaften Wetterabläufen, die zu einigen Einbußen bei der Blüte führten. In der Folgezeit bewirkten kühle Temperaturen und häufige Regenfälle

auch beim Obst eine erhebliche Verzögerung der Reifeentwicklung und einen stärkeren Fruchtfall. Insbesondere bei den Sauerkirschen kam es verbreitet zu Monilia-Infektionen, die eine Spitzendürre auslösten, aber den Ertrag in den Hauptanbaugebieten nicht wesentlich minderten.

Für die Südkirschen liegen bereits endgültige Ertragsergebnisse vor. Sie brachten 24,7 kg je Baum. Dieses Ergebnis entspricht etwa dem Mittelwert, während der Ertrag des Vorjahres um 16% unterschritten wurde. Sauerkirschen, die wichtigste Obstart in Rheinland-Pfalz, werden voraussichtlich 22,7 kg je Baum liefern. Damit werden das Vorjahresergebnis und der mehrjährige Durchschnitt ganz erheblich übertroffen. Die Gesamternte im Marktanbau beläuft sich auf 249 000 dt gegenüber 191 000 dt im letzten Jahr.

Die Apfelbäume werden 1984 deutlich höhere Erträge bringen als im Vorjahr. Der Marktanteil dürfte etwa 340 000 dt betragen gegenüber 224 000 dt im Jahre 1983 und 312 000 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1978/83. Die Apfelernte im übrigen Anbau zur Eigenversorgung wird voraussichtlich unter dem mittleren Ergebnis bleiben.

Mit Ausnahme der Erdbeeren kann bei den übrigen Obstarten mit Erntemengen gerechnet werden, die in etwa dem mehrjährigen Durchschnitt entsprechen.

Die Bestellung der ersten Frühgemüsekulturen unter Folie erfolgte größtenteils Mitte März und damit etwa zwei Wochen später als üblich. Im April und Mai zeigte das Wachstum infolge kühler Witterung zeitweise nur geringe Fortschritte. Während die frühen Kohlarten, Spinat, Kopfsalat, Erbsen und Möhren sich im allgemeinen günstig entwickelten, blieben die wärmeliebenden Arten merklich zurück. Ab Mitte Juni herrschten insgesamt gesehen bessere Wachstumsbedingungen.

Die Spargelernte konnte erst spät beginnen. Die Hektarerträge beliefen sich auf 33,6 dt gegenüber 35,7 dt im Jahr vorher und 38,6 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1978/83. Frühjahrskopfsalat brachte mit 206 dt je Hektar etwa die gleiche Erntemenge wie in den Vergleichsjahren. Frühjahrsspinat, Frühwirsing, Frühweiß-, -rot- und -blumenkohl lieferten teilweise erheblich höhere Mengen als 1983 und im mehrjährigen Durchschnitt. Insbesondere die Erträge der Buschbohnen, Stangenbohnen und Gurken dürften dagegen deutlich unter dem Durchschnitt bleiben.

Die erst im Juni und Anfang Juli bestellten Gemüsearten wiesen Ende Juli mit Ausnahme der Tomaten einen günstigen Wachstumsstand auf. Bei normalem Witterungsverlauf im Spätsommer und Frühjahr ist daher für die in Rheinland-Pfalz hauptsächlich angebauten später reifenden Gemüsearten Herbstspinat, Sommer- und Herbstkopfsalat, Späte Möhren, Sellerie, Lauch sowie Mittelfrüher und Spätblumenkohl mit reichlichen Erntemengen zu rechnen.

Dr. J. Töniges



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 639	3 634	.	.	3 633	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 917	1 943	1 595	3 010	2 391	1 561 <sup>P</sup>	1 598 <sup>P</sup>	2 758 <sup>P</sup>	2 917 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,4	5,3	9,8	8,0	5,1 <sup>P</sup>	5,4 <sup>P</sup>	8,9 <sup>P</sup>	9,8 <sup>P</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 094	2 952	2 871	3 009	2 970	3 012 <sup>P</sup>	2 835 <sup>P</sup>	2 985 <sup>P</sup>	2 948 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	9,7	9,6	9,8	9,9	9,8 <sup>P</sup>	9,5 <sup>P</sup>	9,7 <sup>P</sup>	9,9 <sup>P</sup>
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 631	3 705	3 585	3 667	3 515	3 861 <sup>P</sup>	3 750 <sup>P</sup>	3 526 <sup>P</sup>	3 472 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	12,2	12,0	11,9	11,8	12,5 <sup>P</sup>	12,6 <sup>P</sup>	11,4 <sup>P</sup>	11,6 <sup>P</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	34	33	23	28	35	29 <sup>P</sup>	23 <sup>P</sup>	36 <sup>P</sup>	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	11,0	10,9	8,0	9,2	11,9	9,6 <sup>P</sup>	8,1 <sup>P</sup>	12,1 <sup>P</sup>	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 536	- 753	- 714	- 658	- 545	- 849 <sup>P</sup>	- 915 <sup>P</sup>	- 541 <sup>P</sup>	- 524 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,8	- 2,5	- 2,4	- 2,1	- 1,8	- 2,7 <sup>P</sup>	- 3,1 <sup>P</sup>	- 1,8 <sup>P</sup>	- 1,8 <sup>P</sup>
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 490	7 066	.	.	...	6 087	6 023	5 471	...
Ausländer	Anzahl	1 645	1 413	.	.	...	1 348	1 377	1 335	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 036	3 643	.	.	...	3 052	2 636	2 249	...
* Fortgezogene	Anzahl	7 347	6 565	.	.	...	5 890	5 751	5 814	...
Ausländer	Anzahl	1 751	1 725	.	.	...	1 628	1 545	1 649	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 126	3 542	.	.	...	3 688	3 556	3 492	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	143	501	.	.	...	197	272	- 343	...
Ausländer	Anzahl	- 106	- 312	.	.	...	- 280	- 168	- 314	...
Erwerbspersonen	Anzahl	- 90	101	.	.	...	- 636	- 920	- 1 243	...
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 193	11 553	11 178	10 189	10 330	9 856	9 419	9 451	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	100 365	122 256	122 249	114 985	110 931	127 949	117 581	109 265	107 821
* Männer	Anzahl	56 124	69 433	70 221	64 616	61 225	75 193	66 686	60 161	58 513
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	.	.	.	.	1 786	2 809	.	.	1 697
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	.	7 142	11 529	.	.	7 392
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	.	.	.	.	43 193	48 322	.	.	39 264
Arbeitslosenquote	%	7,1	8,5	8,7	8,2	7,9	8,9	8,2	7,6	7,5
Offene Stellen	Anzahl	5 945	4 123	4 527	4 669	4 712	4 610	4 865	4 651	4 637
Männer	Anzahl	3 546	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	.	.	.	.	261	278	.	.	224
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	.	502	425	.	.	268
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	.	.	.	.	1 383	1 502	.	.	1 571
Kurzarbeiter	Anzahl	27 349	29 026	38 491	31 956	25 201	25 124	20 407	16 851	18 783
Männer	Anzahl	20 846	22 820	30 175	24 328	19 688	21 152	16 403	12 791	13 926
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	638	638	.	.	651	.	.	.	650
* Milchkühe	1 000	228	230	.	.	229	.	.	.	232
* Schweine	1 000	658	677	688	.	.	.	667	.	.
Mastschweine	1 000	228	249	219	.	.	.	222	.	.
* Zuchtsauen	1 000	75	76	77	.	.	.	75	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	48	48	48	.	.	.	46	.	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	Anzahl	16 077	15 650	14 133	15 505	13 510	15 686	14 421	15 703	13 913
* Kälber	Anzahl	305	263	221	285	234	246	418	294	288
* Schweine	Anzahl	111 329	114 225	108 256	123 317	108 476	113 087	116 087	111 977	107 212
* Hausschlachtungen	Anzahl	11 176	11 148	10 738	9 580	5 767	12 281	9 619	8 738	5 645
<b>Schlachtmengen</b> 6)										
* Rinder	t	13 714	13 904	13 106	14 763	12 827	13 836	13 807	13 841	12 806
* Kälber	t	4 626	4 528	4 125	4 610	3 985	4 579	4 224	4 549	4 045
* Schweine	t	29	24	20	24	19	24	44	34	31
* Schweine	t	8 965	9 257	8 888	10 050	8 754	9 137	9 426	9 171	8 652
<b>Geflügel</b>										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	60	56	62	87	20	50	80	23	18
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	78	82	88	95	89	85	86	92	85
* an Molkeereien und Händler geliefert	%	95,2	95,4	95,6	96,2	96,1	94,9	95,5	96,0	96,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,3	11,8	12,8	13,5	13,0	11,9	12,4	12,9	12,3

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1)										
Betriebe	Anzahl	2 843	2 732	2 734	2 724	2 724	2 696	2 689	2 686	2 682
* Beschäftigte	1 000	378	362	361	360	360	359	358	358	358
* Arbeiter 2)	1 000	264	251	249	249	249	248	248	248	248
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	37 250	35 740	35 782	35 777	34 996	36 883	34 677	36 726	32 184
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 139	1 147	1 061	1 090	1 199	1 080	1 092	1 088	1 169
* Löhne	Mill. DM	678	675	623	644	699	635	629	646	666
* Gehälter	Mill. DM	461	472	438	446	500	445	463	442	503
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	80	87	90	82	77	110	105	98	81
* Gasverbrauch	Mill. cbm	172	205	190	197	213	226	214	191	215
* Heizölverbrauch	1 000 t	120	93	93	92	79	100	85	79	68
* leichtes Heizöl	1 000 t	18	16	16	14	11	20	16	14	11
* schweres Heizöl	1 000 t	102	77	77	78	68	80	69	65	57
* Stromverbrauch	Mill. kWh	949	958	930	965	956	1 014	973	985	948
* Stromerzeugung	Mill. kWh	195	181	167	174	161	192	173	168	147
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 257	6 388	6 098	6 284	6 442	6 940	6 489	6 847	6 057
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 271	2 185	2 072	2 051	2 162	2 530	2 240	2 416	2 091
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	96	96	99	97	102	95	102	98	97 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	97	97	99	97	101	97	102	98	96 <sup>P</sup>
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	96	96	99	97	102	95	101	98	96
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	92	96	99	98	100	103	108	98	103
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	82	81	88	90	98	74	91	92	100
Chemische Industrie	1980 = 100	95	102	107	102	104	112	116	105	112
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	106	101	104	101	109	87	94	100	83
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV -Geräte und -einrichtungen	1980 = 100	103	93	86	88	105	72	77	108	92
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	92	92	98	91	93	94	99	94	92
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	98	96	90	90	69	107	98	103	74
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980 = 100	95	97	85	93	103	86	98	96	105
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	92	89	96	96	108	78	96	97	104
Handwerk 4)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	101	101	.	.	98	98	.	.	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	131	136	.	.	143	120	.	.	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	206	200	163	171	180	267	221	208	...
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 233	2 285	2 255	2 318	2 059	2 516	2 306	2 284	...
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	815	766	763	814	681	858	810	807	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 623	1 720	1 655	1 675	1 558	1 925	1 717	1 685	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	...	...	...	...
Gasbezug	Mill. cbm	299	335	305	306	252	...	...	...	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	280	315	286	291	245	408	384	272	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	70 389	68 631	67 639	68 459	70 238	66 324 <sup>P</sup>	67 648 <sup>P</sup>	68 133 <sup>P</sup>	68 895 <sup>P</sup>
Facharbeiter	Anzahl	37 460	35 621	35 399	35 665	39 069	33 738 <sup>P</sup>	33 691 <sup>P</sup>	34 060 <sup>P</sup>	36 762 <sup>P</sup>
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 316	15 621	14 822	15 608	14 217	15 236 <sup>P</sup>	16 562 <sup>P</sup>	16 821 <sup>P</sup>	15 115 <sup>P</sup>
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 233	8 084	8 035	8 402	9 390	7 428 <sup>P</sup>	7 875 <sup>P</sup>	8 733 <sup>P</sup>	8 386 <sup>P</sup>
Privater Bau	1 000	5 205	5 209	5 169	5 409	6 000	4 990 <sup>P</sup>	5 110 <sup>P</sup>	5 600 <sup>P</sup>	5 384 <sup>P</sup>
* Wohnungsbau	1 000	3 336	3 360	3 353	3 561	3 980	3 199 <sup>P</sup>	3 276 <sup>P</sup>	3 552 <sup>P</sup>	3 444 <sup>P</sup>
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	63	54	42	50	86	52 <sup>P</sup>	46 <sup>P</sup>	57 <sup>P</sup>	67 <sup>P</sup>
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 806	1 795	1 816	1 798	1 934	1 739 <sup>P</sup>	1 788 <sup>P</sup>	1 991 <sup>P</sup>	1 873 <sup>P</sup>
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 028	2 875	2 866	2 993	3 390	2 438 <sup>P</sup>	2 765 <sup>P</sup>	3 133 <sup>P</sup>	3 002 <sup>P</sup>
Hochbau	1 000	707	660	634	709	717	573 <sup>P</sup>	622 <sup>P</sup>	700 <sup>P</sup>	636 <sup>P</sup>
Tiefbau	1 000	2 321	2 216	2 232	2 284	2 674	1 865 <sup>P</sup>	2 143 <sup>P</sup>	2 433 <sup>P</sup>	2 366 <sup>P</sup>
Straßenbau	1 000	1 264	1 203	1 206	1 272	1 452	997 <sup>P</sup>	1 161 <sup>P</sup>	1 283 <sup>P</sup>	1 275 <sup>P</sup>
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	185	172	185	201	161 <sup>P</sup>	178 <sup>P</sup>	194 <sup>P</sup>	193 <sup>P</sup>
* Löhne	Mill. DM	150	156	146	158	172	133 <sup>P</sup>	150 <sup>P</sup>	166 <sup>P</sup>	163 <sup>P</sup>
* Gehälter	Mill. DM	28	29	27	27	29	28 <sup>P</sup>	28 <sup>P</sup>	28 <sup>P</sup>	30 <sup>P</sup>
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	504	529	452	484	675	394 <sup>P</sup>	446 <sup>P</sup>	501 <sup>P</sup>	530 <sup>P</sup>

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	805	1 015	1 109	1 312	1 283	896	908	917	944
* mit 1 Wohnung	Anzahl	516	637	735	835	829	584	574	575	628
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	219	280	289	360	337	231	256	255	242
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	70	99	85	117	117	81	78	87	74
* Umbauter Raum	1 000 cbm	904	1 144	1 175	1 359	1 420	964	939	972	1 019
* Wohnfläche	1 000 qm	149	189	191	225	232	162	159	161	170
* Wohnräume	Anzahl	6 979	8 950	9 092	10 626	10 697	7 693	7 408	7 572	7 953
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	270	356	360	419	436	302	297	305	317
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	3	2	1	3	3	1	4	-
Unternehmen	Anzahl	98	116	85	137	106	101	109	100	98
Private Haushalte	Anzahl	704	896	1 022	1 174	1 174	792	798	813	846
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	162	196	253	247	247	138	175	155	170
* Umbauter Raum	1 000 cbm	641	693	865	1 007	816	382	662	456	556
* Nutzfläche	1 000 qm	110	119	158	171	143	68	109	77	103
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	134	135	170	176	175	79	145	75	105
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	27	28	29	30	41	19	25	21	27
Unternehmen	Anzahl	132	165	222	214	205	119	141	130	139
Private Haushalte	Anzahl	3	3	2	3	1	-	9	4	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 823	2 254	2 105	2 663	2 580	2 047	1 865	1 842	1 917
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 240	2 133	2 075	2 066	2 142	2 493	2 197	2 490	2 106
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	135	139	121	133	136	158	154	172	164
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	2 106	1 994	1 954	1 932	2 006	2 335	2 043	2 317	1 942
* Rohstoffe	Mill. DM	19	19	17	20	20	23	22	21	22
* Halbwaren	Mill. DM	142	142	128	123	126	204	170	166	165
* Fertigwaren	Mill. DM	1 945	1 834	1 809	1 789	1 860	2 108	1 851	2 130	1 756
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	614	692	653	675	747	870	775	843	777
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 331	1 142	1 156	1 113	1 112	1 239	1 075	1 287	979
Nach ausgewählten Verbrauchsändern										
* EG-Länder	Mill. DM	940	959	918	974	1 003	1 199	1 068	1 162	1 012
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	156	160	164	157	158	207	202	208	186
Dänemark	Mill. DM	33	35	33	36	36	42	44	46	37
Frankreich	Mill. DM	284	278	266	289	321	346	304	317	246
Griechenland	Mill. DM	19	19	19	17	24	30	18	23	20
Großbritannien	Mill. DM	146	164	152	185	160	190	171	195	180
Irland	Mill. DM	7	7	6	7	8	10	7	8	7
Italien	Mill. DM	154	153	139	143	156	204	168	198	188
Niederlande	Mill. DM	140	142	140	139	140	169	153	167	148
Österreich	Mill. DM	91	97	83	92	95	110	95	118	93
Schweiz	Mill. DM	96	107	111	97	105	137	123	118	102
USA und Kanada	Mill. DM	106	140	130	133	197	184	156	166	184
Entwicklungsländer	Mill. DM	629	472	487	427	405	451	346	511	341
Statshandelsländer	Mill. DM	93	102	91	80	90	105	116	93	96
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 491	1 515	1 320	1 522	1 483	1 836	1 563	1 631	1 434
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	186	198	190	167	182	245	195	240	183
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 305	1 318	1 130	1 355	1 301	1 591	1 368	1 391	1 252
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	747	759	684	795	780	977	839	816	739
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	202	205	179	213	225	261	209	217	179
Dänemark	Mill. DM	14	15	15	11	16	16	15	16	12
Frankreich	Mill. DM	182	183	173	190	193	234	236	196	166
Griechenland	Mill. DM	7	6	9	10	5	16	12	10	8
Großbritannien	Mill. DM	38	48	40	43	48	79	55	59	58
Irland	Mill. DM	3	3	2	3	2	6	6	5	2
Italien	Mill. DM	127	136	123	141	124	169	123	135	126
Niederlande	Mill. DM	175	161	142	184	166	196	183	179	189
Österreich	Mill. DM	42	47	46	47	42	47	51	45	36
Schweiz	Mill. DM	27	36	33	36	38	33	40	38	36
USA und Kanada	Mill. DM	115	111	99	76	102	142	103	140	77
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	345	242	354	292	363	311	329	315
Statshandelsländer	Mill. DM	83	61	52	71	70	36	44	43	50



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	94	94	94	93	93	95	94	94	94
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	101	105	97	101	105	105	104	105	102
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	104	109	98	105	109	115	112	113	116
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	100	101	96	94	94	94	111	92	98
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	99	99	95	99	113	105	104	106	94
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	100	106	80	86	89	101	89	90	89
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	98	100	81	78	82	85	79	96	72
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	107	114	109	108	110	118	114	114	115
Tankstellen (Abs., eig., Namen)	1980 = 100	125	114	117	120	120	136	123	161	144
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	98	107	119	118	137	136	119	134	111
Sonstige Waren	1980 = 100	99	101	92	99	101	92	92	96	91
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 = 100	91	92	86	89	93	90	90	90	88
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	93	95	86	91	94	99	95	96	98
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	91	90	85	84	84	82	97	80	85
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	88	86	83	86	98	89	88	89	79
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	95	100	76	81	84	95	83	84	83
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	88	86	70	67	71	72	67	81	61
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	99	100	96	95	97	102	98	97	99
Tankstellen (Abs., eig., Namen)	1980 = 100	108	100	108	108	107	119	107	140	124
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	90	95	107	105	121	117	102	115	95
Sonstige Waren	1980 = 100	89	89	82	88	89	80	80	83	79
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	92	97	88	97	100	89	93	98	100
Teilbeschäftigte	1980 = 100	88	99	90	102	104	94	96	106	108
* Umsatz	1980 = 100	103	105	90	98	113	83	97	113	116
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	112	113	89	106	133	79	103	134	137
Gaststättengewerbe	1980 = 100	97	96	89	93	101	85	94	100	103
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	417	429	383	555	550	264	365	542	...
* Ausländer	1 000	71	77	60	86	106	44	79	142	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 527	1 502	1 295	1 822	1 955	846	1 306	1 813	...
* Ausländer	1 000	211	237	171	234	316	129	222	336	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 468	1 475	1 367	1 344	1 737	1 543	1 532	1 553	1 453
* Güterversand	1 000 t	1 286	1 183	1 071	1 251	1 486	1 296	1 225	1 310	1 157
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 750	14 017	17 826	17 236	18 382	19 793	17 648	17 695	11 468
Krafträder	Anzahl	1 489	1 339	2 508	2 074	1 882	2 181	2 194	1 649	1 393
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 443	11 726	14 123	14 051	15 308	16 445	14 391	15 013	9 315
* Lastkraftwagen	Anzahl	440	538	662	600	673	661	617	672	460
Zugmaschinen	Anzahl	285	315	446	332	403	382	294	254	208
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	9 125	9 323	9 043	10 867	9 523	8 792	9 467	10 465	9 970
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 794	1 892	1 894	2 170	2 448	1 451	1 857	2 006	2 250
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 331	7 431	7 149	8 697	7 075	7 341	7 610	8 459	7 720
Verunglückte Personen	Anzahl	2 440	2 576	2 594	2 917	3 375	1 902	2 598	2 741	3 011
* Getötete	Anzahl	60	61	67	61	78	36	49	48	54
Pkw - Insassen	Anzahl	29	32	32	36	39	19	18	21	20
motorisierte Zweiräder	Anzahl	13	12	11	12	25	5	13	19	20
Fußgänger	Anzahl	11	11	17	7	6	7	12	4	4
* Verletzte	Anzahl	2 379	2 515	2 527	2 856	3 297	1 866	2 549	2 693	2 957
Pkw - Insassen	Anzahl	1 280	1 393	1 352	1 560	1 506	1 119	1 395	1 467	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	579	603	678	746	1 011	350	691	710	...
Fußgänger	Anzahl	235	224	219	226	256	207	199	212	...
Schwerverletzte	Anzahl	752	801	805	887	1 052	580	826	812	960
Pkw - Insassen	Anzahl	371	410	390	429	476	320	393	389	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	198	208	251	253	340	104	260	252	...
Fußgänger	Anzahl	101	96	80	100	89	96	89	87	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	68 814	72 923	69 205	69 313	70 328	73 444	73 489	73 799	74 706
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	67 259	71 328	67 583	67 704	68 716	71 858	71 889	72 216	73 003
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	54 993	58 913	54 993	55 138	56 138	59 618	59 659	60 077	60 827
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 266	12 416	12 590	12 566	12 578	12 240	12 230	12 139	12 176
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 238	15 322	14 750	14 437	15 117	15 721	15 561	15 577	16 073
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	14 155	14 209	13 632	13 425	13 966	14 610	14 435	14 492	14 977
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 083	1 113	1 118	1 012	1 151	1 111	1 127	1 085	1 096
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 143	9 676	9 118	9 208	9 250	9 236	9 307	9 324	9 424
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 261	7 712	7 170	7 197	7 288	7 576	7 640	7 693	7 772
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 882	1 964	1 948	2 010	1 962	1 660	1 667	1 631	1 652
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	42 878	46 331	43 716	44 059	44 349	46 901	47 021	47 315	47 506
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	33 577	36 993	34 192	34 516	34 884	37 431	37 585	37 892	38 078
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 301	9 338	9 524	9 543	9 465	9 470	9 436	9 423	9 428
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	56 251	59 426	56 332	57 065	56 992	58 357	58 711	59 543	59 150
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 840	8 744	7 690	8 101	8 088	7 597	8 001	8 278	8 016
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	7 350	8 058	7 165	7 400	7 550	7 147	7 393	7 592	7 521
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	491	687	525	701	538	450	608	686	496
* Termingelder	Mill. DM	19 487	20 136	19 381	19 709	19 646	20 508	20 504	21 095	20 934
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	17 974	18 562	17 950	17 934	17 896	19 022	19 170	19 272	19 274
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 513	1 574	1 431	1 775	1 750	1 486	1 335	1 822	1 661
* Spareinlagen	Mill. DM	28 923	30 546	29 261	29 255	29 258	30 252	30 206	30 171	30 199
* bei Sparkassen	Mill. DM	17 023	17 917	17 178	17 142	17 132	17 917	17 892	17 880	17 866
* Gutschriften auf Sparkonten <sup>2)</sup>	Mill. DM	1 652	1 702	1 472	1 442	1 363	1 385	1 294	1 274	1 254
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 446	1 569	1 413	1 456	1 374	1 419	1 340	1 309	1 267
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse <sup>3)</sup>	Anzahl	66	74	66	49	93	62	52	74	71
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	35 080	45 106	19 508	16 842	36 395	47 468	31 060	71 814	26 164
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	-	1	1	-	1	-	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 140	1 022	1 073	1 087	1 141	907	871	935	923
* Wechselsumme	1 000 DM	8 109	8 041	7 221	10 434	11 310	10 919	8 557	12 963	7 265
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 158 755	1 210 642	750 105	1 166 191	1 294 437	1 455 137	766 404	1 218 728	1 474 783
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	793 980	822 046	394 233	807 691	972 649	1 117 579	373 161	799 289	1 047 618
* Lohnsteuer <sup>4)</sup>	1 000 DM	559 453	581 559	389 098	689 660	426 003	430 712	412 835	760 022	444 449
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	107 812	108 984	-	295 664	-	-	-	328 999	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	128 325	102 263	- 37 565	- 33 995	341 744	365 673	- 59 854	- 43 642	333 035
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	16 977	14 531	9 434	8 957	6 884	6 830	16 901	3 939	14 160
* Körperschaftsteuer <sup>4)</sup>	1 000 DM	89 224	123 694	33 266	143 069	198 018	314 364	3 279	78 970	255 974
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	15 971	27 817	-	107 708	-	-	-	74 408	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	364 776	388 596	355 872	358 500	321 788	337 558	393 243	419 439	427 165
* Umsatzsteuer	1 000 DM	225 997	245 161	197 397	237 306	188 535	167 404	236 040	210 202	254 744
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	138 779	143 435	158 475	121 194	133 253	170 154	157 203	209 237	172 421
* Bundessteuern	1 000 DM	163 561	163 985	140 742	141 160	151 985	188 670	140 594	165 177	140 691
* Zölle	1 000 DM	10 287	10 187	11 795	9 138	9 229	12 583	9 947	11 586	10 970
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	150 596	150 748	126 637	127 139	140 315	170 345	127 930	148 496	127 513
* Landessteuern	1 000 DM	72 488	75 660	61 102	108 372	69 124	53 553	65 417	99 800	68 301
* Vermögensteuer	1 000 DM	16 819	18 706	1 235	52 850	6 921	- 10 639	1 289	39 377	1 809
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	35 164	36 183	40 840	37 329	42 958	41 146	44 353	41 165	44 365
* Biersteuer	1 000 DM	6 473	6 154	5 910	5 270	6 656	5 256	4 913	6 041	6 477
* Gemeindesteuern <sup>5)</sup>	1 000 DM	445 407	437 379	.	.	477 135	536 223	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	7 922	8 046	.	.	9 991	7 343	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	75 620	81 892	.	.	88 311	74 839	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	324 346	299 509	.	.	326 256	405 546	.	.	.
* Lohnsummensteuer <sup>6)</sup>	1 000 DM	57	- 17	.	.	- 57	21	.	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	26 196	35 823	.	.	35 289	38 787	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Restzahlungen aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	771 187	791 067	524 829	735 369	794 745	908 848	588 249	785 950	885 998
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	344 820	359 736	169 080	354 671	428 743	499 060	160 107	345 917	465 498
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	250 197	258 426	189 113	238 412	214 017	221 109	257 582	274 740	279 800
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 610	8 920	25 894	1 126	-	9	29 966	116	9
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	587 855	615 866	406 824	642 802	638 685	697 797	441 476	627 545	747 139
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	343 248	357 758	169 080	352 437	426 760	497 467	157 707	343 774	463 880
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	159 510	173 528	150 748	180 867	142 801	146 768	188 386	183 855	214 949
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 610	8 920	25 894	1 126	-	9	29 966	116	9
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	678 044	693 761	.	.	687 848	790 155	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	247 575	248 246	.	.	270 778	345 363	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	309 408	307 645	.	.	266 191	314 115	.	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	111,9	115,6	114,7	115,0	115,4	117,9	118,1	118,2	118,6
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	111,3	114,3	114,7	114,8	114,9	116,5	116,7	116,7	117,1
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1980 = 100	108,9	111,2	.	110,7	.	.	.	114,2	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	600	622	616	.	.	.	634	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	639	665	658	.	.	.	675	.	.
* Facharbeiter	DM	675	705	699	.	.	.	711	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	602	629	621	.	.	.	642	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	512	542	536	.	.	.	559	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	430	438	432	.	.	.	448	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	415	420	413	.	.	.	432	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	14,64	15,10	15,09	.	.	.	15,41	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	15,39	15,92	15,93	.	.	.	16,25	.	.
* Facharbeiter	DM	16,21	16,85	16,86	.	.	.	17,10	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	14,59	15,09	15,05	.	.	.	15,42	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	12,57	13,20	13,23	.	.	.	13,51	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,01	11,17	11,12	.	.	.	11,38	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	10,59	10,73	10,68	.	.	.	10,93	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,0	41,1	40,9	.	.	.	41,2	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	41,4	41,6	41,3	.	.	.	41,6	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,1	39,1	38,8	.	.	.	39,4	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	3 154	3 236	3 200	.	.	.	3 338	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 810	2 876	2 852	.	.	.	2 966	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 410	3 561	3 520	.	.	.	3 627	.	.
* männlich	DM	2 238	2 257	2 236	.	.	.	2 344	.	.
* weiblich	DM	3 898	4 021	3 968	.	.	.	4 134	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 990	4 101	4 048	.	.	.	4 215	.	.
* männlich	DM	2 712	2 859	2 826	.	.	.	2 977	.	.
* weiblich	DM	3 631	3 738	3 699	.	.	.	3 828	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	3 291	3 385	3 364	.	.	.	3 468	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 883	4 046	4 003	.	.	.	4 131	.	.
* männlich	DM	2 572	2 607	2 598	.	.	.	2 676	.	.
* weiblich	DM	3 943	4 076	4 020	.	.	.	4 162	.	.
* Technische Angestellte	DM	4 026	4 164	4 107	.	.	.	4 247	.	.
* männlich	DM	2 794	2 874	2 830	.	.	.	2 978	.	.
* weiblich	DM				.	.	.		.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 509	2 525	2 498	.	.	.	2 619	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 488	2 514	2 489	.	.	.	2 604	.	.
* männlich	DM	3 021	3 125	3 088	.	.	.	3 179	.	.
* weiblich	DM	2 053	2 057	2 031	.	.	.	2 147	.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage, - 2) Ohne Bauleistungen.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983			1984				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 638	61 423 <sup>P</sup>							
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 164	30 802 <sup>P</sup>	27 195 <sup>P</sup>	24 236 <sup>P</sup>	47 295 <sup>P</sup>	17 475 <sup>P</sup>	...	...	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	51 764	49 515 <sup>P</sup>	50 390 <sup>P</sup>	47 708 <sup>P</sup>	51 031 <sup>P</sup>	47 276 <sup>P</sup>	...	...	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 655	59 861 <sup>P</sup>	66 727 <sup>P</sup>	57 653 <sup>P</sup>	58 540 <sup>P</sup>	56 783 <sup>P</sup>	...	...	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	- 7 891	- 10 347 <sup>P</sup>	- 16 337 <sup>P</sup>	- 9 945 <sup>P</sup>	- 7 509 <sup>P</sup>	- 9 507 <sup>P</sup>	...	...	...
Arbeitslose	1 000	1 833	2 258	2 386	2 254	2 149	2 537	2 393	2 253	2 133
Männer	1 000	1 021	1 273	1 408	1 279	1 200	1 522	1 407	1 284	1 190
Offene Stellen	1 000	105	76	82	82	86	80	93	94	97
Männer	1 000	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Kurzarbeiter	1 000	606	675	1 023	764	639	644	618	489	388
Männer	1 000	460	548	824	609	500	567	543	423	326
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 478	23 449	.	23 744	.	.	.	23 684 <sup>r</sup>	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	360	368	378	348	389	358	370	...	...
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	95	95	99	97	95	100	100	100	98
ohne Baugewerbe	1980 = 100	96	96	101	97	95	105	102	101	98
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	95	96	100	97	96	104	101	100	99
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980 = 100	91	94	97	96	95	102	100	100	99
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1980 = 100	99	99	103	100	99	107	105	103	101
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1980 = 100	90	92	98	93	89	100	99	94	93
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980 = 100	99	99	99	94	93	99	97	97	99
Baugewerbe	1980 = 100	88	86	80	93	98	59	76	90	99
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 226	6 927	6 955	6 918	6 905	6 820	6 826	6 814	6 814
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	689	660	723	662	660	682	693	636	674
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	107 031	109 389	117 924	104 610	131 266	113 886	120 582	112 411	117 700
Auslandsumsatz	Mill. DM	29 000	29 603	31 906	27 444	35 523	32 450	34 836	31 316	33 655
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 304	25 939	28 700	24 340	23 453	30 055	30 782	27 028	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 046	2 971	3 322	2 752	2 711	3 223	3 093	2 917	3 065
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 152	1 122	1 064 <sup>r</sup>	1 113	1 131	1 023	1 063 <sup>P</sup>	1 091 <sup>P</sup>	1 103 <sup>P</sup>
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	127	123	122 <sup>r</sup>	127	136	84	114 <sup>P</sup>	120 <sup>P</sup>	140 <sup>P</sup>
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 722	8 866	6 477 <sup>r</sup>	7 250	8 331	5 534	6 854 <sup>P</sup>	7 379 <sup>P</sup>	8 750 <sup>P</sup>
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	10 963	13 657	14 661	15 801	16 594	10 836	13 703	11 722	14 125
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 547	11 838	13 034	13 934	14 762	9 414	11 874	10 238	12 451
Wohnfläche	1 000 qm	2 268	2 804	2 797	3 157	3 229	2 138	2 814	2 336	2 693
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 650	3 215	4 185	4 022	4 134	2 143	2 509	2 399	3 009
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	27 135	34 964	33 766	38 064	39 090	26 689	35 546	29 262	33 223
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
EG-Länder	Mill. DM	35 648	36 028	40 090	33 807	35 503	41 151	42 351	38 211	41 493
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	17 161	17 312	20 177	16 468	16 898	19 936	20 541	18 242	19 843
Dänemark	Mill. DM	2 591	2 653	3 030	2 609	2 618	3 031	3 183	2 842	2 992
Frankreich	Mill. DM	704	715	776	690	680	847	872	806	887
Griechenland	Mill. DM	5 011	4 630	5 848	4 238	4 377	5 686	5 338	4 738	4 841
Großbritannien	Mill. DM	391	384	413	371	359	441	453	369	470
Irland	Mill. DM	2 610	2 950	3 216	2 749	2 964	3 300	3 405	3 071	3 483
Italien	Mill. DM	142	151	171	149	160	194	180	171	166
Niederlande	Mill. DM	2 698	2 674	3 153	2 613	2 738	2 859	3 413	2 991	3 391
Österreich	Mill. DM	3 014	3 154	3 570	3 049	3 003	3 579	3 697	3 255	3 612
Schweiz	Mill. DM	1 719	1 844	1 991	1 781	1 780	2 013	2 165	1 945	2 142
USA und Kanada	Mill. DM	1 808	1 865	2 026	1 758	1 744	2 144	2 234	2 069	2 243
Entwicklungsländer	Mill. DM	2 555	3 002	2 770	2 594	2 789	4 255	4 246	3 698	3 955
Staatshandelsländer	Mill. DM	6 055	5 599	5 929	5 319	5 928	6 034	5 820	5 607	5 756
	Mill. DM	1 709	1 884	2 229	1 734	1 877	1 690	1 931	1 789	1 987

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm<sup>3</sup>.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	31 382	32 530	34 635	31 132	31 864	36 299	37 816	35 656	36 666
EG-Länder	Mill. DM	15 107	15 958	18 032	15 447	16 164	16 994	19 016	17 299	17 981
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 123	2 341	2 579	2 428	2 405	2 421	2 845	2 521	2 655
Dänemark	Mill. DM	546	582	644	613	552	581	644	580	568
Frankreich	Mill. DM	3 573	3 714	4 482	3 388	3 887	3 600	4 289	3 895	4 027
Griechenland	Mill. DM	229	229	241	208	186	239	235	252	236
Großbritannien	Mill. DM	2 259	2 261	2 641	2 210	2 263	2 789	2 567	2 572	2 794
Irland	Mill. DM	153	183	222	185	168	209	218	205	223
Italien	Mill. DM	2 393	2 632	2 791	2 367	2 660	2 574	3 242	2 752	2 852
Niederlande	Mill. DM	3 831	4 016	4 433	4 048	4 043	4 582	4 976	4 520	4 627
Österreich	Mill. DM	926	1 050	1 107	1 033	1 006	1 195	1 217	1 108	1 212
Schweiz	Mill. DM	1 077	1 165	1 188	1 073	1 119	1 271	1 349	1 284	1 358
USA und Kanada	Mill. DM	2 631	2 587	2 684	2 640	2 397	3 036	2 954	2 756	2 896
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 707	5 265	4 925	4 779	5 004	6 168	5 665	5 768	5 719
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 779	1 853	1 686	1 636	1 738	2 157	2 075	2 232	1 961
Einzelhandel										
Umsatz	1980 =100	105,0	108,4	118,9	104,0	106,1	102,3	114,1	110,7	110,3 <sup>P</sup>
Gastgewerbe										
Umsatz	1980 =100	105,8	107,0	99,4	102,9	116,3	92,4	102,8	107,5 <sup>P</sup>	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>1)</sup>	Mrd. DM	1 658	1 769	1 662	1 663	1 676	1 759	1 765	1 771	1 779 <sup>P</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 242	1 333	1 237	1 241	1 248	1 327	1 336	1 339	1 348 <sup>P</sup>
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	416	436	425	422	428	431	429	432	431 <sup>P</sup>
Einlagen von Nichtbanken <sup>2)</sup>	Mrd. DM	1 124	1 187	1 109	1 114	1 124	1 170	1 163	1 172	1 178 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mrd. DM	518	548	523	526	526	544	544	544	543 <sup>P</sup>
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	23 674	24 650	27 649	18 378	17 801	20 878	31 368	18 698	19 861
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	15 014	15 462	20 739	9 223	9 095	10 123	23 200	9 124	10 277
Lohnsteuer	Mill. DM	10 284	10 741	8 355	8 999	9 173	10 096	10 046	9 607	9 942
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 550	2 356	7 231	- 555	- 739	- 0	7 059	- 867	- 747
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	8 143	8 823	6 903	8 343	8 408	10 717	8 166	8 771	9 317
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 478	4 932	3 258	4 335	4 832	6 151	3 598	4 058	4 635
Bundessteuern	Mill. DM	4 131	4 343	4 309	4 071	4 059	4 547	4 454	3 763	4 781
Zölle	Mill. DM	394	395	400	413	370	424	459	435	426
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 489	3 678	3 578	3 374	3 432	3 471	3 671	3 090	4 100
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>3)</sup>	1976 = 100	127,0	128,0	127,2	127,4	127,6	131,9	131,6	131,6	131,3 <sup>P</sup>
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	107,3	105,8	106,6	104,9	104,3	108,9	110,0	108,2 <sup>P</sup>	105,3 <sup>P</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>3)</sup>	1980 =100	114,1	115,8	114,7	115,1	115,2	118,0	118,2	118,7	118,9
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 =100	109,2	111,4	.	.	110,9	113,1	.	.	114,3
Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1980 =100	108,9	111,2	.	.	110,7	113,0	.	.	114,2
Preisindex für den Straßenbau	1980 =100	100,3	99,5	.	.	99,1	100,0	.	.	100,8
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 =100	111,9	115,6	114,4	114,7	115,0	117,8	117,9	118,1	118,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 =100	111,3	114,3	114,1	114,7	114,8	116,1	116,5	116,7	116,8
Bekleidung, Schuhe	1980 =100	109,8	113,0	112,3	112,4	112,8	114,6	114,9	115,1	115,5
Wohnungsmieten	1980 =100	109,7	115,6	114,4	114,9	115,3	118,3	118,7	119,1	119,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 =100	125,6	124,5	120,2	121,6	121,7	128,9	127,2	127,7	127,3
Übriges für die Haushaltsführung	1980 =100	110,6	113,7	112,9	113,0	113,4	115,3	115,5	115,7	115,8
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1980 =100	111,0	115,6	115,1	115,0	115,2	117,3	117,7	117,8	117,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 =100	112,6	117,1	114,4	114,5	115,6	119,7	119,4	119,4	119,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 =100	107,9	111,4	110,7	110,6	110,5	114,1	114,3	113,9	113,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 =100	113,5	118,5	117,2	117,2	117,2	119,9	120,0	120,0	120,0

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Bauleistungen.

963/76



**Alle neun Jahre kaufen die Haushalte einen neuen Fernseher**

96% aller rheinland-pfälzischen Haushalte sind Besitzer mindestens eines Fernsehapparates. Jeder vierte Haushalt hat zwei Geräte und 4% sogar drei oder mehr. Da schon seit Jahren der Sättigungsgrad weitgehend erreicht ist, kann nach den Anschaffungsjahren der Geräte der Ersatzbedarf abgeleitet werden. So kauft im Durchschnitt jeder Haushalt etwa alle neun Jahre ein neues Fernsehgerät. 45% des Bestandes wurden vor 1978 angeschafft.

Mit 88% ist der Ausstattungsgrad bei den Einpersonenhaushalten am geringsten und mit 99% bei den Vierpersonenhaushalten am größten. Die letztgenannten weisen mit 84% auch den höchsten Anteil an Farbfernsehgeräten auf. br

**Sieben von zehn rheinland-pfälzischen Haushalten haben ein Auto**

Rund 70% der über 1,3 Millionen rheinland-pfälzischen Haushalte besaßen 1983 mindestens ein Personenauto. Jeder fünfte dieser Haushalte hatte zwei Autos.

Die meisten Autofahrer finden sich unter den Beamten (98%). Es folgen die Landwirte, Angestellten und Selbständigen mit jeweils rund 90% und die Arbeiter mit 87%. Von den Haushalten der Nichterwerbstätigen hatte fast jeder zweite ein Auto.

Jedes fünfte Auto wurde 1982 angeschafft, 17% im Jahre 1980 und 15% im Jahre 1981. Etwa 3% des Pkw-Bestandes sind älter als zehn Jahre.

In Gemeinden unter 5 000 Einwohnern sind drei von vier, in Gemeinden mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern zwei von drei Haushalten Autobesitzer.

Je mehr Personen zu einem Haushalt zählen, desto höher ist der Anteil der Pkw-Besitzer. Von den Haushalten mit fünf und mehr Personen besaßen 98% ein Auto, von den Einpersonenhaushalten jeder dritte. br

**84% der Haushalte mit Telefonanschluß**

Im Jahre 1983 konnten 84% der rheinland-pfälzischen Haushalte telefonisch erreicht werden. Vor fünf Jahren waren es erst knapp zwei Drittel gewesen. Im Bundesdurchschnitt haben 88% der Haushalte Telefonanschluß. 1978 hatte der Abstand zum Bundesdurchschnitt noch 10% betragen.

Die Selbständigen (98%) sind mit Telefon am besten ausgestattet. Es folgen Angestellte (91%), Beamte und Landwirte (je 89%) sowie Arbeiter (84%). Immerhin acht von zehn Haushalten der Nichterwerbstätigen sind telefonisch erreichbar.

In Gemeinden unter 5 000 Einwohnern liegt der Ausstattungsgrad bei 80% und erhöht sich auf mehr als 92% in Städten über 100 000 Einwohnern. br

**Landwirte und Selbständige verfügen über den meisten Wohnraum**

Im Jahre 1983 wohnten 7% der rheinland-pfälzischen Haushalte in einer Wohnung unter 60 m<sup>2</sup>, 26% hatten einen Wohnraum von 60 bis 89 m<sup>2</sup> und 29% von 90 bis 119 m<sup>2</sup>. Eine Wohnfläche von 120 bis 149 m<sup>2</sup> nutzten 23% der Haushalte und eine noch größere Wohnung 15% der Haushalte.

Über den meisten Wohnraum verfügten die Landwirte und Selbständigen, von denen 53 bzw. 36% Wohnungen von 150 und mehr m<sup>2</sup> besaßen. Die Nichterwerbstätigen sind mit 35% am stärksten in der Größenklasse 60 bis 89 m<sup>2</sup> vertreten. Von den Arbeitern leben 33% und von den Angestellten 28% in Wohnungen mit 90 bis 119 m<sup>2</sup>. Jeder dritte Beamte hatte eine Wohnung von 120 bis 149 m<sup>2</sup>. br

**Jeder zweite Haushalt lebt in einem Einfamilienhaus**

Fast jeder zweite rheinland-pfälzische Haushalt wohnt in einem Einfamilienhaus. Ein Viertel aller Haushalte hat eine Wohnung in einem Zweifamilienhaus, und 27% haben eine Wohnung in einem Gebäude mit drei und mehr Wohnungen.

Von den Landwirten wohnen 78% und von den Selbständigen 54% in Einfamilienhäusern, von den Arbeitern und Angestellten jeweils rund 48%, bei den Beamten sind es 45% und bei den Nichterwerbstätigen 41%. br

**Zwei von drei Haushalten in Rheinland-Pfalz besitzen einen Garten**

Zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Haushalte besitzen einen Garten. Von den Landwirten sind 95% Gartenbesitzer, von den Beamten und den Selbständigen etwa 70%. Von den Haushalten der Angestellten und Arbeiter haben zwei Drittel einen Garten, von den Nichterwerbstätigen knapp 60%. br

**Fahrrad immer beliebter**

Im Jahre 1983 besaßen zwei von drei rheinland-pfälzischen Haushalten ein Fahrrad. Jeweils drei Zehntel davon hatten zwei bzw. sogar drei oder mehr. Allein im Jahre 1982 wurden 20% des Bestandes neu angeschafft. Gegenüber 1978 erhöhte sich die Zahl der Haushalte mit Fahrrad um nahezu 17%.

Am häufigsten finden sich Fahrräder in Beamten- und Angestelltenhaushalten mit 83 bzw. 82%, bei Arbeitern (73%) und Nichterwerbstätigen (43%) sind es deutlich weniger.

Sehr beliebt ist das Fahrrad in den Familien, deren Haushaltsvorstand zwischen 35 und 44 Jahre alt ist. Bei ihnen beträgt die Ausstattungsquote 85%. In den Städten Koblenz, Ludwigshafen und Mainz haben 69% der Haushalte ein Fahrrad, in Gemeinden unter 5 000 Einwohnern 61%. br



**27 Mill. DM Wohngeld im zweiten Quartal 1984**

Im zweiten Quartal 1984 wurden an rheinland-pfälzische Haushalte 27,1 Mill. DM Wohngeld gezahlt. Das sind 1,9 Mill. DM oder 7,6% mehr als im Vorquartal, aber 0,6 Mill. DM oder 2% weniger als im Zeitraum April bis Juni 1983. Die Zahl der Wohngeldbezieher nahm im Vergleich zum Juni 1983 um 7,3% auf 59 741 ab. Von diesem Rückgang waren Mietzuschußempfänger und Bezieher von Lastenzuschuß gleichermaßen betroffen.

Der durchschnittliche Wohngeldanspruch nahm gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres geringfügig um 2 DM auf 108 DM zu. Den höchsten Durchschnittsbetrag erhielten mit 126 DM die Haushalte im Kraus Daun, den niedrigsten mit 86 DM die im Rhein-Lahn-Kreis. ne

**Exporte in den ersten fünf Monaten 1984 um 13% gestiegen**

Im Mai 1984 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Waren im Wert von nahezu 2,5 Mrd. DM aus. Im Vergleich zum Mai 1983 stiegen die Exporte um 21%. Die Ausfuhren aus dem Bundesgebiet erhöhten sich in der gleichen Zeit um 17%.

Annähernd neun Zehntel der aus Rheinland-Pfalz ins Ausland gelieferten Güter waren End- (52%) und Vorerzeugnisse (34%). Unter den gewerblichen Produkten stiegen im Vergleich zum Mai 1983 die Exporte von Halbwaren am stärksten (+ 35%).

Von Januar bis Mai 1984 wurden für 11,8 Mrd. DM Waren ins Ausland geliefert. Im Vergleich zu den ersten fünf Monaten 1983 nahmen die Exporte um rund 13% zu (Bundesgebiet + 14%). pe

**95 Binnenschiffahrtsunternehmen in Rheinland-Pfalz**

Ende Juni 1983 waren in Rheinland-Pfalz 95 Unternehmen ausschließlich oder überwiegend in der Binnenschiffahrt tätig. Sie verfügten zusammen über 89 Güterschiffe mit einer Tragfähigkeit von mehr als 83 500 t sowie über 11 Schlepper. Für den Personenverkehr wurden 52 Fahrgastschiffe mit insgesamt 14 300 Plätzen eingesetzt.

Bei den befragten Unternehmen waren 422 Arbeitskräfte in der Binnenschiffahrt tätig, davon 359 als fahrendes Personal. Der Umsatz der Güter- und Personenschiffahrt belief sich im Jahre 1982 auf 38 Mill. DM. Rund ein Fünftel der Erlöse entfiel auf die Fahrgastschiffe.

Gegenüber 1982 nahm die Zahl der rheinland-pfälzischen Binnenschiffahrtsunternehmen um 10 ab. Die Zahl der Beschäftigten ging um 23 zurück. Der im Jahre 1982 von der Güterschiffahrt erwirtschaftete Umsatz war um 29% niedriger als im Jahre 1981, die Erlöse der Tankschiffahrt erhöhten sich um 7,1%. Die Umsätze der Personenschiffe blieben auf dem Stand des Vorjahres. pf

**Güterumschlag in den rheinland-pfälzischen Häfen um rund ein Zehntel gestiegen**

Der Güterumschlag in den rheinland-pfälzischen Häfen lag im Mai 1984 mit fast 2,9 Mill. t um mehr als 10% über dem Ergebnis des gleichen Vorjahresmonats. Damals war allerdings die Schifffahrt auf Rhein und Mosel vom Hochwasser beeinträchtigt worden. Der Güterversand nahm um 4,7% auf 1,3 Mill. t zu, gelöscht wurden 1,6 Mill. t (+ 16%). Die Zahl der be- und entladenen Schiffe war mit 2 837 um fast 300 höher als im Jahr zuvor.

Fast die Hälfte aller umgeschlagenen Güter waren Steine und Erden, für die ein geringer Rückgang (- 2%) errechnet wurde. Hohe Zunahmen ergaben sich für Düngemittel (+ 117 000 t) und Mineralölzeugnisse (+ 88 000 t). Hierdurch wurde auch die Entwicklung in den einzelnen Verkehrsbezirken maßgeblich bestimmt. Die Umschlagsleistung der Häfen des Oberrheins und des oberen Mittelrheins bis Bingen stieg um 16%. pf

**Beförderungsleistung im allgemeinen Linienverkehr leicht angestiegen**

Von Januar bis März 1984 erbrachten die rheinland-pfälzischen Straßenverkehrsunternehmen mit insgesamt 86 Mill. Fahrgästen die gleiche Beförderungsleistung wie im ersten Vierteljahr 1983. Die eingesetzten Fahrzeuge legten 44 Mill. Wagen-Kilometer zurück (+ 1%). Die Einnahmen stiegen um 0,9% auf 87 Mill. DM.

Unter den einzelnen Verkehrsarten zeigte nur der allgemeine Linienverkehr eine leichte Aufwärtsentwicklung. Hier wurden 280 000 Beförderungsfälle mehr registriert (+ 0,4%). Die Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf (67 Mill. DM) erhöhten sich um 1,9%. pf

**20% weniger Tote im Straßenverkehr**

Von Januar bis Juni 1984 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 251 Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang, bei denen insgesamt 269 Personen ums Leben kamen. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1983 verringerte sich die Zahl der Unfälle um 59 (- 19%) und die der Todesopfer um 69 (- 20%).

Die Zahl der tödlich verunglückten Insassen von Personenkraftwagen ging um 62 auf 117 zurück, die der getöteten Mofa- und Mopedfahrer nahm um elf auf sieben ab. Bei den Fußgängern waren es acht Tote weniger (58). Auf Krafträdern kamen 55 Personen ums Leben, 12 mehr als 1983. Unverändert blieb die Zahl der tödlich verunglückten Radfahrer (23).

113 Verkehrsteilnehmer starben im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, 95 Personen waren 15 bis 24 Jahre. Außerdem wurden 41 ältere Menschen über 65 und 20 Kinder unter 15 Jahren tödlich verletzt. gz



**Geringere Milchproduktion**

Im ersten Halbjahr 1984 wurden 478 Mill. kg Rohmilch aus Rheinland-Pfalz an die Molkereien geliefert. Das sind 4,7 Mill. kg oder 1% weniger als im ersten Halbjahr 1983.

In den ersten beiden Monaten des Jahres waren die Anlieferungen gegenüber 1983 noch angestiegen, doch seit April haben die Molkereien ein deutlich geringeres Milchaufkommen mit weiterhin rückläufiger Tendenz zu verzeichnen. Allein im Monat Juni reduzierten die Milcherzeuger ihre Ablieferungsmenge um 3,8 Mill. kg oder 4,5%. su

**Einzelhandelsumsatz in den ersten fünf Monaten 1984 um 3% gestiegen**

Der Umsatz der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte nahm von Januar bis Mai 1984 im Vergleich zu den ersten fünf Monaten 1983 um 3% zu. Beim Vertrieb von Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen erhöhten sich die Erlöse um knapp ein Fünftel. Überdurchschnittliche Steigerungen verzeichneten auch der Einzelhandel mit Fahrzeugen und Fahrzeugteilen (+ 7,1%), Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (+ 6,7%), elektrotechnischen Erzeugnissen und Musikinstrumenten (+ 5,5%), Einrichtungsgegenständen (+ 5,2%) sowie mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Artikeln (+ 3,9%). pe

**Hotelumsätze im ersten Halbjahr 1984 um fast 10% gestiegen**

Von Januar bis Juni 1984 nahmen die Umsätze im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe gegenüber dem ersten Halbjahr 1983 um 5,9% zu. Eine überdurchschnittliche Steigerung erzielten die Hotels (+ 9,8%). Die Erlöse der Gaststätten erhöhten sich um 4,5%, die der Speisewirtschaften um 5,9%.

Im ersten Halbjahr 1984 stieg die Zahl der im Gastgewerbe Beschäftigten um 1,8%. Die Zahl der Vollzeitkräfte nahm um 0,5% zu, die der Teilzeitbeschäftigten um 3,8%. Sehr viele Neueinstellungen im Teilzeitverhältnis erfolgten bei den Schankwirtschaften (+ 14%) und den Gasthöfen (+ 13%). pe

**Importplus von fast 20% in den ersten fünf Monaten 1984**

Im Mai 1984 bezog Rheinland-Pfalz Waren im Wert von mehr als 1,6 Mrd. DM aus dem Ausland. Gegenüber Mai 1983 nahmen die Einfuhren um 7,2% zu.

Die rheinland-pfälzischen Einfuhren bestanden zu 85% aus gewerblichen Produkten. Überdurchschnittlich erhöhten sich die Importe von End- (+ 19%) und Vorerzeugnissen (+ 9,2%).

Von Januar bis Mai 1984 wurden für mehr als 8,3 Mrd. DM Güter aus dem Ausland bezogen. Im Vergleich zu den ersten fünf Monaten 1983 stiegen die Einfuhren um 19%. Die Importe der Bundesrepublik nahmen in diesem Zeitraum um 16% zu. pe



---

## **kurz + aktuell**

---

### **Produktionsrückgang im Juni durch Arbeitskämpfe**

Die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz verzeichnete gegenüber dem Vorjahresmonat ein Minus von 7,9%. Die rückläufige Entwicklung ist hauptsächlich auf das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (– 27%) zurückzuführen, das von den Streiks im Metallgewerbe besonders betroffen war. Im Straßenfahrzeugbau betrug die Produktion nur 40% der Leistungen des Vorjahresmonats.

Von Mai bis Juni ist die Produktion des gesamten verarbeitenden Gewerbes um 8,9% zurückgegangen. Auch bei einer gleichen Anzahl von Arbeitstagen hätte sich ein Rückgang um 1,4% ergeben, da der Straßenfahrzeugbau 51% weniger produzieren konnte.

Im ersten Halbjahr 1984 lag die Industrieproduktion um 2,9% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. kä

### **Höhere Auftragseingänge im ersten Halbjahr**

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk im ersten Halbjahr 1984 in Rheinland-Pfalz lagen um 4,2% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Inlandsbestellungen nahmen um 2,7% zu, die Auslandsnachfrage erhöhte sich um 6,7%.

Den stärksten Zuwachs verzeichnete das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit + 12% (Inland + 5,5%, Ausland + 20%) vor allem durch die Entwicklung in der chemischen Industrie (+ 17%). Für das Investitionsgüter produzierende Gewerbe errechnet sich ein Rückgang der Auftragseingänge um 5,7%.

Sowohl im Vergleich zum Vormonat (– 4,5%) als auch zum Vorjahresmonat (– 2%) fielen die Neuaufträge im Juni 1984 geringer aus. kä

### **Höhere Umsätze im ersten Halbjahr**

Die Umsätze von Industrie und Handwerk im ersten Halbjahr 1984 in Rheinland-Pfalz lagen um 5,3% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Auslandsumsätze erhöhten sich um 9,6%, die Inlandsumsätze um 3%. Der Gesamtumsatz der chemischen Industrie nahm um 21% zu, und zwar mit dem Ausland um 30%, im Inland um 12%.

Im Juni lagen die Umsätze sowohl im Vergleich zum Vormonat (– 11%) als auch zum Vorjahresmonat (– 5,3%) deutlich niedriger, was vor allem auf die Streiks im Metallgewerbe zurückzuführen ist. Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mußte Einbußen von 26% gegenüber Mai 1984 und von 28% gegenüber Juni 1983 hinnehmen.

Die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe blieb im Juni im Vergleich zum Vormonat fast unverändert (– 0,1%) und nahm gegenüber Juni 1983 leicht ab (– 0,6%). kä



#### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	D = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Felddbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ \* 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz \* Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 3,—, Jahresabonnement DM 30,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45, Telex 869 033 stle d oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet. ISSN 0174-2914.